Nr. 82 — Halle (Saale), Mittwoch den 9. April 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Merz 46/48. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter dem Textstrich die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Merz 46/48. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Aufrüstungsdebatte.

Bethmanns „panslawistische" Gründe.

Der Reichstag begann am Montage die Beratung der wichtigsten Vorlagen, die ihm die Regierung zugewiesen. Militär und Steuern zu bewilligen ist ja seine hervorragendste Aufgabe. In der Tat ist der Reichstag während der ganzen Zeit seines Bestehens im Grunde genommen nie etwas anderes gewesen als

eine Bewilligungsmaschine für neue Soldaten und neue Steuern.

Beides geschah immer im Interesse der herrschenden Klassen, während die Volksmassen nur immer protestieren mußten. Die Arbeiterklasse ist nie aus den Protestaktionen gegen Reichstagsbeschlüsse herausgekommen. Solange der Reichstag nichts weiter als das Machtinstrument der kapitalistischen, militaristischen und imperialistischen Bourgeoisie ist, wird es auch vorläufig so bleiben.

Die Regierung kennt dies Instrument und spielt darauf, wie es ihr beliebt. Die gestrige „Begründung" der Heeresvorlagen durch Herrn Bethmann war erstens so dürftig, wie es sich nur ein Mann erlauben kann, der die Bewilligung schon in der Tasche hat. Zweitens aber so widerspruchsvoll, daß man eben im imperialistischen Denken befangen sein muß, um einen Rest (kapitalistischer) Logik darin zu entdecken. Das **Deutsche Reich habe mit England keine Differenzen, im Gegenteil: die Verbindungen mit Großbritannien seien ausgezeichnet. Mit Frankreich ständen wir „gut", wie Bethmann betonte, und mit Rußland durchaus freundschaftlich. Da wir überdies mit Oesterreich und Italien verbündet sind, so — — brauchen wir 136 000 Mann Soldaten mehr.** Diesen Kopfsprung versteht nur, wer die Herrschaftsansprüche **der deutschen Kapitalistenklasse „auf die Welt"** versteht. **Der ungeheuer aufgetürmte deutsche Kapitalbesitz** — lauter den Arbeitern vorenthaltener und abgepreßter Lohn! — will in der Welt auf Profit ausgehen, wozu er eine starke Rüstung **braucht, die die auszubeutenden Länder bedrohen und den Konkurrenten aus dem Felde schlagen kann.** Das ist die Triebfeder des Aufrüstens. Formell freilich klammert man sich an die „panslawistische Gefahr".

Dem deutschen Reichskanzler muß es peinliche Verlegenheit bereitet haben, eine, auch nur seinen bescheidenen Ansprüchen befriedigende Begründung für die Rüstungsvorlage zusammen zu stoppeln. Die Mehrzahl der Gründe, die er am gestrigen Montage in einer halbstündigen Rede aneinander reihte, waren alt und abgedroschen. Man kannte sie schon aus all den Reden über Heeresverstärkung, die wir seit etlichen Jahren zu hören bekommen haben. Sie haben ihre Dienste getan 1912, 1911 und so immer weiter zurück. Aber etwas neues mußte doch vorgebracht werden, um die plötzliche und über alles frühere Maß weit hinausgehende Heeresverstärkung zu begründen. Was in aller Welt war da zu machen? Die Ankündigungen der journalistischen Regierungshandlanger hatten schon darauf schließen lassen, daß der Balkankrieg der Reichsregierung den ausschlaggebenden Vorwand für die ungeheuerliche Volksschröpfung liefern würde. Und richtig:

der panslawistische Popanz

wurde von dem Reichskanzler an die Wand gemalt, um die biederen Gesetzgeber in die Gemütsverfassung zu bringen, die ihnen die Zustimmung zur Verstärkung des Heeres um 136 000 Mann erleichtern würde. Wer aber, unbelehrt durch frühere Erfahrungen, sich der Erwartung hingegeben haben sollte, von dem Reichskanzler eine wirklich eingehende sachliche Erörterung der panslawistischen Gefahr zu hören, muß arg enttäuscht gewesen sein.

Der Gedankengang des Herrn v. Bethmann Hollweg war der, daß der Balkankrieg die Fähigkeiten der siegreichen Balkanvölker zu einer aktiven Politik erwiesen habe. Während die Passivität der Türkei sie zu einem Element des Friedens in Europa gemacht habe, sei zu erwarten, daß bei einer künftigen kriegerischen Verwicklung in Europa die aktiven Balkanstaaten als friedengefährdende Faktoren in Rechnung zu stellen seien. Herr Bethmann folgerte nun aber ohne weiteres noch, daß diese Balkanstaaten in einem etwaigen Kriege zwischen Deutschland und Rußland auf die Seite Rußlands treten würden. Er sprach in diesem Zusammenhange von der „Gegnerschaft des Germanentums gegen das Slawentum"; er gebrauchte das Schlagwort von der „panslawistischen Bewegung", vermied es aber peinlich, auch nur mit einem Worte zu erörtern, welche dieser Balkanstaaten denn überhaupt als slawische Hilfstruppen Rußlands in Betracht kommen könnten. Wenn man aber die „panslawistische Gefahr" als Beweggrund für eine dauernde Verstärkung des deutschen Heeres verwenden will, kommt es gerade auf diese Einzelnachweise an. Seine Unterlassungssünde spricht nicht gerade dafür, daß der Reichskanzler bei dieser Frage ein gutes Gewissen gehabt hat. Es ist deshalb notwendig, in der Oeffentlichkeit die Untersuchung anzustellen, die er geflissentlich übergangen hat.

Was hat es auf sich mit dem Panslawismus (pan ist griechisch und bedeutet all, demnach Allslawentum) überhaupt? Die panslawistische Idee beruht auf der Voraussetzung, daß alle slawischen Völker untereinander durch gemeinsame Interessen gegenüber allen anderen Völkern, insbesondere gegenüber den germanischen Völkern, verbunden sind. Auch der Reichskanzler teilt offenbar diese Auffassung, denn an einer Stelle seiner Rede sprach er von dem Gegensatz des Slawentums gegen das Germanentum. Das ist aber weiter nichts als ein Hirngespinst, das allerdings von gewissen russischen Politikern im Interesse des zarischen Imperialismus künstlich aufrecht erhalten wird.

Die sprachliche Zusammengehörigkeit ist allerdings ein Faktor von großer politischer Bedeutung; darauf beruht die sogenannte nationale Idee, die sich seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts in Europa mehr und mehr Geltung verschafft hat. Die sprachliche Zusammengehörigkeit bildet den Kitt für das Staatsgefühl der Völker in den meisten Staaten Europas. Sie ist aber an sich noch nicht einmal ein Beweis für die gemeinsame Abstammung aller dieselbe Sprache sprechenden Leute, oder, wie man das auch ausdrückt, für die „Rasseneinheit" eines Volkes. Denn alle heute eine Sprache sprechenden Völker Europas sind aus der Verschmelzung verschiedenartiger Volkselemente entstanden. Daß die Sprache eines der wichtigsten Bindemittel eines Staates ist, liegt auf der Hand, da sie die gegenseitige Verständigung und die gemeinsame Behandlung aller öffentlichen Angelegenheiten ungemein erleichtert. Staaten, in denen verschiedensprachige Völker zusammenwohnen, haben deshalb auch unter den Nachteilen der daraus entstehenden nationalen Antipathien der einzelnen Völker untereinander schwer zu leiden. Am auffälligsten tritt dieser Nachteil in dem vielsprachigen Oesterreich zutage. Es kann noch einmal durch die beständigen nationalen Zwistigkeiten zerfprengt werden, wenn es nicht gelingt, die Volksbestandteile Oesterreichs zur gegenseitigen Duldung und Verständigung zu bringen, wie das in der Schweiz möglich gewesen ist.

Es liegt aber gar kein Grund vor, daß Völker, die verschiedene Sprachen sprechen, bloß deshalb ein Gemeinsamkeitsgefühl und eine gemeinsame Gegnerschaft gegen andere Völker notwendigerweise entwickeln müßten, weil die Sprachen, die sie sprechen, unter einander näher verwandt sind.

In ihrer überwiegenden Mehrzahl sprechen die Völker Europas Sprachen, die sich auf eine gemeinsame Ursprache, die man die arische nennt, zurückführen lassen. Die arischen Sprachen zerfallen wieder in mehrere Gruppen, unter denen drei an Zahl die kleineren Sprachgemeinschaften wesentlich übertreffen, und die deshalb auch hier hauptsächlich in Betracht kommen. Das sind die romanischen Sprachen, die sich auf eine gemeinsame Mutter, das Lateinische, zurückführen lassen. Es sind das: Italienisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Rumänisch. Der germanischen Gruppe gehören an: Deutsch, Holländisch, Flämisch, Schwedisch, Dänisch, Norwegisch und Englisch. Die slawische Gruppe endlich umfaßt: Russisch, Bulgarisch, Serbisch, Slowenisch, Ruthenisch, Polnisch und Tschechisch. Außerdem gibt es in Europa noch drei isolierte arische Völker, die Griechen, Albanesen und Litauer.

Schon aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die gemeinsame sprachliche Verwandtschaft keineswegs ein politisches Gemeinsamkeitsgefühl erzeugt. Das gilt für die romanischen und germanischen Völker, nicht minder aber auch für die Slawen, denn die Russen lassen sich durch ihre sprachliche Verwandtschaft mit den Polen nicht von der brutalsten Unterdrückung dieses slawischen Nachbarvolkes abhalten. Auch Serben und Bulgaren haben noch vor wenigen Jahren untereinander einen erbitterten Krieg geführt. Der Balkanbund, der jetzt gegen die Türken Krieg führt, umfaßt allerdings drei slawische Völker, Bulgaren, Serben und die serbisch sprechenden Montenegriner. Sollte der Balkanbund Bestand haben, so müssen ihm außer den nichtslawischen Griechen auch noch die nichtslawischen Rumänen und Albanesen beitreten. Es ist also völlig aus der Luft gegriffen, diesem Bunde notwendigerweise eine panslawistische gegen das Germanentum gerichtete Politik zuzuschreiben. Der Balkanbund, wenn er zu dauernden, gemeinschaftlichen, staatlichen Einrichtungen kommen sollte, kann nur eine friedliche Politik dem übrigen Europa gegenüber betreiben. Die Befürchtung liegt aber sehr nahe, daß zunächst wenigstens die neuen Balkanstaaten sich unter einander um die türkische Beute raufen werden, und zwar die Griechen mit den slawischen Serben vereinigt gegen die slawischen Bulgaren.

Die Petersburger Machthaber möchten sich zwar herzlich gern die Gefolgschaft irgendwelcher Balkanvölker bei einer kriegerischen Verwicklung gegen Oesterreich oder auch Deutschland sichern. Dazu wäre aber bei den Balkanvölkern unter keinen Umständen Rumänien, Griechenland oder gar Albanien zu bringen, ja nicht einmal Bulgarien, das nirgends mit seinem Gebiet ein westeuropäisches Land berührt, sondern allerhöchstens Serbien und Montenegro. Aber auch das könnte nur geschehen, wenn Oesterreich es nicht verstehen würde, durch Befriedigung der berechtigten Ansprüche seiner eigenen serbischen Bevölkerung diese Gefahr im voraus zu bannen. Unter keinen Umständen kann aus diesen sehr entfernten und winzigen Möglichkeiten eines serbisch-österreichischen Krieges, die Notwendigkeit der geplanten ungeheuerlichen Verstärkung des deutschen Heeres hergeleitet werden. Der Hinweis auf die „panslawistische Gefahr" ist eine Spekulation auf die kritiklose Leichtgläubigkeit, die gerade die sogenannten nationalen Kreise ausgezeichnet. Insofern mag die Phrase eine gewisse Zugkraft ausüben, bei der Arbeiterklasse verfängt sie nicht mehr.

Im übrigen geht das Aufrüsten zugunsten des Imperialismus seinen unheilvollen Weg. Schon der erste Tag der Debatte zeigte, daß es für die kapitalistischen Parteien kein Halten mehr gibt. Der deutsche Moloch erfährt eine Stärkung, die auf die ganze Welt wirtschaftlich und kulturell niederdrückend wirkt und dem Weltkriege immer näher treibt. Möge die Arbeiterklasse in gleich intensiver Weise rüsten!

•

Der „große Tag".

Ueber den Sitzungsverlauf wird uns aus dem Reichstage geschrieben:

C. B. Ein großer Tag sollte es werden. Man wußte, daß die allgemeine Erörterung mit einer Rede des Kanzlers beginnen würde, und Herr v. Bethmann Hollweg hatte ja auch tiefgründige Betrachtungen der internationalen Politik schon vor einigen Tagen in Aussicht gestellt. Den äußeren Anschein des welthistorischen Ereignisses bot freilich der Anblick des Saals und der dichtgefüllten Tribünen. Sogar die Hofloge wies einen reichen Besuch auf, und in den Tribünen der Diplomaten, des Bundesrats und der Abgeordneten wechselten die elegantesten Frühjahrstoiletten der Damen mit blendenden Uniformen ab. Ob aber der vornehme Besuch auf seine Rechnung gekommen ist und die ersehnte Sensation erhalten hat? Herr v. Bethmann Hollweg ist sicherlich kein glänzender Tenor; es ist fast zu fürchten, daß er sein Publikum enttäuscht hat . . .

Was man von ihm erwarten durfte, war zum mindesten eine einigermaßen ausreichende Ergänzung der überaus dürftigen Gründe, die seine Vorlage zugunsten der Heeresvermehrung anführt. Aber die Argumente, die er gebracht hat, in der unsicheren und fast ängstlichen Beredsamkeit, die sein politisches Denken zugleich charakterisiert, diese Argumente sind von einer so trivialen Gleichgültigkeit, daß sie dem spießigsten Bierbankdebatter vertraut vorkommen werden. Allgemeine Redensarten über die Verschiebung der militärpolitischen Situation in Europa durch den letzten Balkankrieg, unerhört ungenaue und falsche Deduktionen über einen Gegensatz zwischen Slawentum und Germanentum, schließlich die Märchen von dem allmächtigen französischen Chauvinismus: das ist der Inhalt seiner Rede. Denn die paar konventionellen Bemerkungen über die friedlichen Absichten Deutschlands, über die Ablehnung jeglichen Wettrüstens, wollen nichts besagen. Der einzige Punkt von allgemeinem Interesse und von großer Bedeutung, den der Kanzler berührt hat, war die Anregung, die der englische Minister Churchill über eine Rüstungsverständigung gegeben hat, und hier blieb der Kanzler, der doch eben noch die Vorzüglichkeit unserer Beziehungen zu England, zu Frankreich, zu Rußland hervorgehoben hatte, stumm. Er antwortete nicht mit irgendeinem Wort offenherzigen Entgegenkommens, erklärte vielmehr nur, daß man die konkreteren Vorschläge der englischen Regierung abwarten müsse.

War es bloß Subordination, daß der Kriegsminister, der die technischen Einzelheiten der Vorlage begründen sollte, sich Mühe gab, seinen Vorredner nicht in den Schatten zu stellen, oder begnügte er sich mit der geradezu überraschenden Kürze, weil er von vornherein weiß, daß die bürgerlichen Parteien ja doch den Forderungen zustimmen werden? Die Fortschrittler werden vielleicht morgen ihre Entrüstung über soviel Zurückhaltung äußern, aber schließlich braucht sich die Regierung nicht in Unkosten zu stürzen, um noch besonders das Dekorum zu wahren, wenn sie ohnehin keine bürgerliche Opposition zu vermuten braucht.

Von der Unbestimmtheit und Phrasenhaftigkeit der Reden, die von der Ministerbank gehalten wurden, hob sich überaus wirkungsvoll ab die präzise Schärfe der Darlegungen des ersten Redners aus dem Hause, des Genossen Haase, der die Ablehnung der Vorlage im Namen der sozialdemokratischen Fraktion vertrat. Unser Redner stellte zunächst die unsägliche Armut der Begründung fest und schloß daran eine eingehende und überlegene Kritik der Scheinargumente, die der Kanzler mündlich vorgetragen hatte. Die dilettantenhaften Bemerkungen über die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der slawischen und der germanischen Welt, die phantastischen Uebertreibungen des Einflusses, den angeblich der französische Chauvinismus hat, zerstörte er durch eine sachverständige und überzeugende Darlegung der wirklichen Tatsachen, und namentlich durch den Hinweis auf die mächtige Aktion, die der französische Sozialismus entfaltet. Und dem Kanzler, der aus einer Veränderung der politischen Karte Europas mechanische militärische Konsequenzen zieht, gab er die bessere, die politische Lehre, daß die selbstverständlichere und wirksamere Folgerung ein kluges Verhalten der deutschen Diplomatie sein muß. Der sozialdemokratische Redner vertrat so die Politik der Verständigung unter den Nationen gegen den imperialistischen Ehrgeiz der Eroberungen, der die ernsteste Ursache dieser Rüstung ist. Die Verteidigung der Grenzen kann nicht durch ein Wettrüsten gesichert werden. Die Miliz, die freie Volkswehr ist in diesem Sinne die gegebene Organisation, deren Leistungsfähigkeit Haase an den Zeugnissen der Geschichte, vornehmlich aus dem Jahre 1813 beweisen konnte. Die Rede, die im ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde, erweckte bei unseren Freunden den lebhaftesten Beifall.

Nach ihm sprach für das Zentrum Herr Dr. Spahn. Der kluge Führer der Partei, die sich anfänglich durch allzu scharfe Opposition gegen die Vorlage etwas sehr kompromittiert hat, versuchte möglichst vorsichtig zu reden. Aber seine Ankündigung, daß man sehen würde, was aus den Kommissionsberatungen hervorgehen wird, blieb nicht mißverständlich. Man weiß, was das zu besagen hat, und schließlich ist an dem Enderfolg solcher Gedankengänge nicht zu zweifeln, nachdem Herr Dr. Spahn jetzt schon seine Argumente zugunsten der Vorlage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0001

nahezu wörtlich einer Broschüre des — Wehrvereins entnommen hat!

Den Abschluß bildeten die Herren v. Liebert und Behrens, von denen man nicht erst zu sagen braucht, daß sie für jede Rüstung Feuer und Flamme sind. Ein allzu unvorsichtiger Angriff, den der Reichsverbandsgeneral in seiner Rede gegen unseren Genossen Wendel wagte, brachte ihm von unserem Freunde die verdiente Abfertigung.

In der morgigen Debatte wird Genosse Scheidemann für unsere Fraktion sprechen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 8. April 1913.

Kein Geld für die Greise der Arbeit.

Als die Sozialdemokratie bei Beratung der Reichsversicherungsordnung forderte, man solle das Alter für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre heruntersetzen, erhob die Regierung Einspruch; die Kosten würden zu hoch sein, das Reich habe dafür keine Mittel. Die Kosten wurden auf etwa 7 Millionen Mark veranschlagt. Die Regierung drohte, das Gesetz an einem solchen Beschlusse scheitern zu lassen, worauf die bürgerlichen Parteien sämtlich umfielen. Aber, es wurden „Erhebungen" zugesagt, die jetzt stattgefunden haben. Die Norddeutsche Allgemeine berichtete gestern, daß in Berlin eine Konferenz der Landesversicherungsanstalten stattgefunden, auf der die Kosten für Herabsetzung des Alters der Altersrentner von 70 auf 65 Jahre 47 Millionen Mark kosten sollten. Daß das ein Wahnsinn sein mußte, lag klar auf der Hand. Heute berichtigt sich das Blatt; nicht 47, sondern 4¼ Millionen Mark würde es kosten! Na also!

Aber um so toller wirkt diese Feststellung gerade jetzt, wo man viele Hunderte von Millionen dem Militarismus in seinen unergründlichen Schlund schleudert. Für die Greise der Arbeit hat man nicht einmal vier Millionen, für den Moloch ungezählte. Etwas Aufreizenderes als diese beiden Tatsachen kann es für das schaffende Volk überhaupt nicht geben.

Echt Nationalliberales.

Die preußischen Nationalliberalen hielten am Sonntag ihren Parteitag in Hannover ab, der die letzten Vorbereitungen zu den Landtagswahlen treffen sollte. Am Sonnabend vorher fand die übliche Demonstrationsversammlung statt, die indessen durch die Schuld eines Fortschrittlers nicht so ganz nach Wunsch verlief. Man gedachte, sich in dieser Versammlung recht patriotisch zu erweisen und die Militärvorlage in allen Tonarten zu feiern. Ein vorlauter Fortschrittler aber äußerte starke Zweifel, ob die Nationalliberalen auch darauf bestehen würden, daß die neue Belastung diesmal wirklich allein durch Besitzsteuern gedeckt werden würde. Der Landtagsabgeordnete Senator Fink-Hannover bedauerte auf dem Parteitag am Sonntag noch diesen fortschrittlichen Zweifel an den Nationalliberalen; er kündigte an — nicht etwa, daß die Nationalliberalen künftighin das Vertrauen der Wähler besser rechtfertigen würden, — sondern, daß man künftig keine Diskussion mehr zulassen werde, um die Harmonie besser zu wahren.

Der Parteitag hatte im wesentlichen den Wahlaufruf für die Landtagswahlen festzustellen. Der Führer der Nationalliberalen im preußischen Dreiklassenhause Dr. Friedberg hielt hierzu das einleitende Referat. Es war beherrscht von der schmerzlichen Klage über die „rote Flut" und über die 110 Sozialdemokraten im Reichstag. In der weiteren Ausspinnung dieser Klage schob er den Konservativen die Verantwortung dafür zu, daß die Blockpolitik in die Brüche gegangen und der schwarzblaue Block entstanden sei, welche Wendung nur der Sozialdemokratie genützt habe. Die Besprechung des Wahlaufrufs selbst gipfelte in den Ratschlägen, wie der Wahlaufruf so vorsichtig wie möglich abgefaßt werden könne, um möglichst allen Schichten der Bevölkerung Rechnung zu tragen: den Klassenwahlrechtsfreunden und den Klassenwahlrechtsfeinden, dem Mittelstand und der Großindustrie, kurz allen denen, auf deren Hilfe die Nationalliberalen bei den Wahlen spekulieren. Und das Ergebnis nach sehr langer Debatte? Es wurde beschlossen, den Satz: „Wir bekämpfen mit allen gesetzlichen Mitteln die Sozialdemokratie" im Wahlaufruf besonders fett zu drucken; es wurde beschlossen, den Satz: „Auswüchse der Warenhäuser und Konsumvereine sind durch gesetzliche Maßnahmen zu bekämpfen" neu in den Wahlaufruf aufzunehmen, weil man damit auch die Sozialdemokratie zu treffen hofft, und es wurde vor allen Dingen daran festgehalten, daß die Wahlreform nur in direkter und geheimer Stimmabgabe bestehen dürfe, wofür dann die Drittelung in den Urwahlbezirken, die allein heute der Arbeiterschaft eine Vertretung im Dreiklassenhause ermöglicht, zu beseitigen ist. Dem so gestalteten Wahlaufruf fügte man dann noch die nachstehende Resolution an:

Der vierte allgemeine Vertreterlag der nationalliberalen Partei in Preußen spricht die Erwartung aus, daß bei den kommenden Landtagswahlen die Wahlkreisorganisationen und die Kandidaten gegenüber der Sozialdemokratie keinerlei Verpflichtungen übernehmen.

Mit diesem Gelöbnis ging der nationalliberale Preußentag auseinander.

*

Gegen gleiches Recht — aber für ein Zuchthausgesetz! Das sind eigentlich die zwei Hauptpunkte des nationalmiseralen Wahlaufrufs, die für das arbeitende Volk Interesse haben. Der Aufruf sagt:

Die Einführung des gleichen Wahlrechts lehnt die nationalliberale Partei entschieden ab; sie verlangt vor allem das direkte und geheime Wahlrecht, die Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken und Vermehrung der Zahl der Abgeordneten, wo es durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse gerechtfertigt erscheint.

Da die Nationalliberalen die Vertreter der industriell-kapitalistischen Klassen sind, erscheint ihre Ablehnung der Wahlrechtsgleichheit nur natürlich. Die Herrschaften wollen Vorrechte für den Besitz, Privilegien für die „Gebildeten". Würden sie den nichtbesitzenden Volksmassen gleiches Wahlrecht gewähren, so wäre ihre Vorherrschaft bedroht, denn die Reichen sind in der Minderzahl, die Armen bilden aber die gewaltige Mehrheit des Volkes.

Wird aber die Gleichheit der Stimmen nicht eingeführt, so hat die Form der Stimmabgabe — ob geheim oder direkt — nicht mehr viel zu bedeuten. Was nutzt es, wenn die dritte Klasse geheim wählen könnte, wenn man zugleich die völlige Einflußlosigkeit der dritten Klasse bestehen läßt? Die nationalliberale „Reform" ist also ein Scheinmanöver für die Dummen. Höbe man überdies die Drittelung in den Urwahlbezirken wieder auf und „drittelte" wieder über die ganze Gemeinde, dann fegte man auch die sechs Sozialdemokraten aus der Dreiklassenstube wieder hinaus. Das wäre freilich das nationalliberale Ideal.

Da die Kapitalisten weiter die Aufklärungsarbeit der Arbeiterklasse fürchten und besonders die gewerkschaftlichen Kämpfe hassen, fordern sie stramm ein Zuchthausgesetz. Der Aufruf sagt:

Industrie und gewerblicher Mittelstand müssen diejenigen Rücksichtnahme bei weiteren sozialpolitischen Gesetzen beanspruchen, die sie brauchen, um konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande zu bleiben (also „Sozialpolitik für die Kapitalisten"! Red.) Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft bedingt die Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit. Ihre notwendige Ergänzung ist aber **ein stärkerer Schutz der Arbeitswilligen.**

Der Abg. Schiffer betonte, daß man aus der Ablehnung des Streikbrecherschutzantrages der Konservativen im Reichstage keine Folgerungen ziehen dürfe, denn jener Antrag sei nur um deswillen abgelehnt worden, weil er in der Form aussichtslos erschienen sei. „Sachlich" stehen also die Nationalliberalen auf dem Standpunkte, daß das Streikpostenstehen zu verbieten und mit Polizeigewalt brutal zu hindern sei. Uebrigens quittierte eine große Anzahl Delegierter die Tatsache der Ablehnung mit dem lebhaften Zuruf „Leider!" — das sagt genug. Die Arbeiterklasse sieht aus diesen Tatsachen wieder, wer die nationalliberale Partei ist: **die Vertretung des großen Geldsacks.**

Gegen Rüstungswahnsinn und Volksbelastung.

Demonstrationsversammlungen gegen die neuen Militär- und Steuervorlagen wurden in den letzten Tagen in einer weiteren Anzahl von Städten und Orten abgehalten.

Eine gewaltige Demonstration veranstaltete die Arbeiterschaft von Elberfeld-Barmen am Sonntag auf dem in der Mitte der Stadt Elberfeld erhöht liegenden sogenannten Exerzierplatze. Es mögen hier 12 000—15 000 Teilnehmer versammelt gewesen sein. Von verschiedenen Rednertribünen sprachen zu gleicher Zeit und abwechselnd die Reichstagsabgeordneten Ebert und Haberland, der Landtagsabgeordnete Hirsch, sowie Genosse Wilhelm Gewehr-Elberfeld. Die Ausführungen aller Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Irgend welche Zwischenfälle wurden nicht verzeichnet, da sich die Polizei, die nur durch einzelne Beamte vertreten war, vollständig ruhig verhielt.

Weitere Demonstrationen fanden teils unter freiem Himmel in allen Teilen des Reiches statt.

In Württemberg wurden in den letzten Tagen in zahlreichen Städten ebenfalls zum Teil massenhaft besuchte Protestversammlungen gegen das aberwitzige Rüstungstreiben abgehalten. In Stuttgart und in Kannstatt wurde in den zum Beschluß erhobenen Resolutionen neben der entschiedenen Ablehnung der Rüstungsvermehrung auch die Verwerfung jeder Deckungsvorlage von der Reichstagsfraktion erwartet. In den übrigen Versammlungen wurde der Kundgebung der deutschen und französischen Parlamentsvertretung zugestimmt, wonach die Sozialdemokratie im Falle der Annahme der Rüstungsvermehrung durch die bürgerliche Mehrheit des deutschen Reichstags alle Kraft aufbieten wird, um die Lasten den Besitzenden aufzubürden. In den Deckungsvorschlägen der Regierung wird keine annehmbare Besitzbesteuerung erblickt.

Das preußische Dreiklassenhaus

erledigte am Montag, bevor es die Beratung des Kultusetats fortsetzte, eine Reihe kleinerer Vorlagen. Die Vorlage über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen wurde der verstärkten Gemeindekommission überwiesen, nachdem sich u. a. Genosse Leinert im Gegensatz zu den Rednern der konservativ-klerikalen Mehrheit sich gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen gewendet und nachdrücklich betont hatte, daß die Fortbildungsschulen keine politischen seien, sondern einzig und allein den Zweck verfolgen dürften, die jungen Leute zum Kampf ums Dasein zu befähigen. — Der Gesetzentwurf über die Bewilligung weiterer 15 Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten wurde in erster und zweiter Lesung erledigt.

Die Beratung des Kultusetats, die sich um das Kapitel: Höhere Lehranstalten drehte, verlor sich völlig in Einzelheiten. Hervorzuheben ist nur die Beschwerde des konservativen Abg. Goßler darüber, daß im vergangenen Jahre zum erstenmal in Preußen ein Jude als Direktor einer höheren Lehranstalt bestätigt wurde, sowie die ganz haltlosen Klagen des Zentrums über die Zurücksetzung der Katholiken. Dienstag Fortsetzung.

Deutsches Reich.

— **Der Unfug des Massenschwörens vor Gericht.** Vor einer Breslauer Strafkammer weigerte sich ein Zeuge, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, mit dem Hinweis auf die mitgebrachte Bibel, in der stände: Eure Rede sei ja, ja — nein, nein usw. Der Vorsitzende entgegnete, die Bibel fordere aber auch: Jedermann sei untertan der Obrigkeit. Doch der Zeuge behauptete, daß mit jener Stelle eine bestimmte Regierung gemeint sei. Hier brach das Gericht die interessanten Auseinandersetzungen ab mit der Begründung: daß dem Gericht nicht die Bibel, sondern das Gesetzbuch das Maßgebende sei. Der Mann wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Ob er nun von seinem Bibelglauben geheilt ist?

— **Der Hansabund und die Wehrvorlagen.** In Königsberg in Preußen nahm am Sonntag die Organisation des Hansabundes von Ostpreußen zu den Wehr- und Deckungsvorlagen Stellung. Regierungsassessor Dr. Kleefeld als Referent sprach sich für den Wehrbeitrag aus, und betonte, daß festgestellt werden müsse, wie hoch das tatsächliche steuerbare Vermögen im Deutschen Reiche sei. Dieses sei nach den Berechnungen der Vorlage auf 200 Milliarden geschätzt; doch werde es von dem Direktor der Deutschen Bank, Herrn v. Gwinner, auf 300 Milliarden und von anderen maßgebenden Persönlichkeiten noch höher geschätzt. Weiter verlangte der Redner, daß im Interesse des schwer ringenden Mittelstandes das steuerfreie Minimum höher angesetzt werde und vor allem die Sonderbelastung der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien fällt. Auch gegen die übrige von der Regierung vorgeschlagene Besteuerung hegte der Redner mannigfache Bedenken.

Frankreich.

Die zerschundene Militärvorlage. Die Agitation unserer französischen Genossen trägt Früchte. Die eingefleischten Rüstungshetzer lassen, wie man uns aus Paris schreibt, die Regierungsvorlage im Stich und klammern sich an ein Gegenprojekt Montebello-Reinach, das allerdings nicht besser ist. 180 000 Mann sollte die Regierungsvorlage der Friedenspräsenzstärke hinzufügen, um den Preis der Verlängerung der Dienstzeit von zwei auf drei Jahren. Bei näherem Zusehen bleiben von den 180 000 Mann ganze 60 000 Mann übrig! Nach der Regierungsvorlage soll künftig eine schärfere Auswahl bei der Einziehung der Rekruten getroffen werden, was ein Minus von 20 000 Mann ausmachen würde. Die Soldaten, die

Kleines Feuilleton.

Was ist eine Milliarde?

Die Rüstungsforderungen gehen jetzt nur noch in die Milliarden: im Deutschen Reiche, in Japan, in Frankreich und wer weiß sonst wo noch werden nur noch Milliardensummen genannt. Was ist denn aber eigentlich eine Milliarde? Jeder, der eine gute Volksschule besucht hat, wird über diese Frage entrüstet die Nase rümpfen. Und dennoch ist das Wort nicht so Allgemeingut der Bevölkerung wie man's denken sollte. Um so mehr, als die Amerikaner unter einer Milliarde etwas ganz anderes verstehen als wir! Das mag vielen merkwürdig erscheinen, aber doch ist's so. Wir verstehen unter einer Milliarde eine Zahl, die hinter der Eins noch neun Nullen hat, also 1 000 000 000. Das sind also tausend Millionen, während man unter einer Billion eine Million Millionen versteht. Das ist überall in der wissenschaftlichen Ausdrucksweise so. Die noch höheren Zahleneinheiten bildet man nach den lateinischen Zahlbezeichnungen: Trillion (eine Million Billionen, also 1 mit 18 Nullen dahinter), Quadrillion (1 mit 24 Nullen), Quintillion, Sextillion, Septillion, Oktillion usw. Wie gesagt, weichen davon die Amerikaner ab. Mancher wird sich schon darüber gewundert haben, daß es bei uns wohl einen Haufen Millionäre gibt, aber keinen einzigen Milliardär, die in Amerika nach geläufiger Anschauung nur so auf der Straße herumliegen, daß jeder anständige Mensch eigentlich Milliardär sein müß. Das kommt nicht allein daher, daß bei uns die Akkumulation der Vermögen noch in keiner Hand ein so weitgehendes Maß erlangt hat wie in Amerika, sondern auch an der Verschiedenheit der Bezeichnungsweise. Ein Milliardär ist in Amerika ein Mann, der 100 Millionen Dollars im Vermögen hat, während er bei uns 1000 Millionen haben müßte. Wirkliche Milliardäre gibt's daher selbst in Amerika nur wenige, so wenige, daß man sie fast dem Namen nach kennt. Und in ähnlicher Weise nennt man in Amerika 1000 Millionen bereits eine Billion. Das ist natürlich sehr irreführend, weil man eben der Kürze wegen für so große Zahlen immer die Wortbezeichnung zu schreiben und zu drucken pflegt, nicht die Zahlen selbst. Bei denen ist kein Irrtum möglich, sie sind wie die chemischen Formeln wahrhaft internationale Symbole. Die erwähnte Abweichung gebraucht man übrigens nur in Amerika. Dennoch besteht angesichts der Einbürgerung solcher Unarten wenig Aussicht, noch mal auf eine einheitliche Bezeichnungsweise zu kommen. Von der Summe einer Milliarde macht man sich übrigens zumeist gar keine richtige Vorstellung. Die Riesenstadt Berlin, allerdings nur die politische Gemeinde Berlin, nicht Groß-Berlin mit seinen 2,1 Millionen Einwohnern, versteuert ein Gesamteinkommen von rund 1,5 Milliarden Mark. Acht Monate lang müßten also die Einwohner von ganz Berlin arbeiten und ihre gesamten Einnahmen abgeben, wenn sie die Rüstungsvorlage von einer Milliarde Mark bezahlen wollten. Lohnt es sich da überhaupt noch, die „Versicherungsprämie", die man gegen die Unsicherheit bezahlen soll, aufrecht zu erhalten? Ist es nicht ein Unding, wenn ein Kompler von Groß-Berlin jahraus jahrein nichts weiter tun, als bloß für die Erhaltung einer Einrichtung zu arbeiten, die die Sicherheit unter Umständen herbeiführen kann, sie nicht etwa wirklich sichert?

Ueber die Vielweiberei des Negers

schreibt Franz Molbe im Tag. „Daß die Vielweiberei des Negers einer der schwersten Schäden des gesamten afrikanischen Volkslebens ist, dürfte wohl von keiner Seite ernsthaft bestritten werden. Eine andere Frage ist es, ob und in welcher Weise die Vielweiberei bekämpft werden kann und bekämpft werden muß, ob nicht die gegenwärtigen Verhältnisse erst gänzlich geändert werden müßten, ehe an eine Bekämpfung der Vielweiberei gedacht werden kann, und ob die Vielweiberei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht auch ihre guten Seiten hat. Je mehr wir die Hausklaverei einschränken, um so unentbehrlicher wird die Arbeit der Frau für die Neger. Sie hat das Feld zu bestellen, die Früchte zu ernten, Halmfrüchte zu enthülsen und zu Mehl zu verarbeiten (in vielen Gegenden Afrikas werden aus diesem Grunde fast gar keine Halmfrüchte, sondern nur Knollenfrüchte angebaut), hat Wasser und Holz auf oft unglaubliche Entfernungen heranzuschleppen, die Speisen zu bereiten und für den fast immer vorhandenen Säugling zu sorgen. Kein Wunder daher, daß viele Negerfrauen durchaus nicht die Frau eines Monogamisten sein mögen, da sie dort zu viel zu arbeiten haben. Kein Wunder aber auch, daß der Säugling vielfach infolge der Ueberlastung der Mutter in der Einehe zu kurz kommt und eine erschreckliche Kindersterblichkeit die Folge ist. Aus Statistiken, welche Regierungsarzt Dr. Kills bei verschiedenen Südkameruner Volksstämmen und der englische Missionar Harris in Belgisch-Kongo aufzustellen versucht hat, geht hervor, daß die Fruchtbarkeit der Ehe mit der Entfernung von der europäischen Kultur zunimmt. Harris konnte bei seinen Zählungen einen Unterschied der Geburtenzahlen von Monogamisten und Polygamisten nicht feststellen. Rohrbach, welcher kürzlich in Süd-Nigeria diese Frage studierte, fand auch bei christlichen Negern die Ansicht vertreten, daß die Vielweiberei für den Neger ein Bedürfnis sei. Dort hat sich auch, worauf auch Harris hinweist, eine christliche Eingeborenenkirche gebildet, welche die Polygamie ausdrücklich gestattet. Vielleicht sei dies die zukünftige Religionsform Afrikas, bemerkt Harris hierzu; denn das Verbot der Vielweiberei ist das schwerste Hindernis für die Ausbreitung des Christentums und treibe den Neger in die Arme des Islams. Das Vorstehende dürfte genügen, um den Nachweis zu führen, daß das Problem der Vielweiberei des Negers ein äußerst verwickeltes und zum mindesten ohne Umforschung der ganzen gegenwärtigen Wirtschaftsform des Negers nicht zu lösen ist."

Wie sich die Pariser Lebewelt „amüsiert".

„Im Vorjahre herrschten die sogenannten Apachenbälle, selbst in den exklusiven aristokratischen Kreisen der Faubourg St. Germain," so zitiert der Vorwärts aus einem Gesellschaftsbericht aus Paris. „Das Genre hatte sein psychologisches Interesse, wenn man sah, mit welcher Leichtigkeit die vornehmen Damen das ungenierte Gehaben der Trottoirheldinnen von Menilmontant und Pantin imitierten. Als Konversationston war das gröblichste Argot vorgeschrieben; in den Salons wurde Valse chaloupée viel roher getanzt, als selbst Max Dearly und die Mistinguette in der Cigale es gewagt hatten. Den Vogel schoß eine authentische Komtesse vom Quartier d'Europe ab, die ohne Vorwissen ihrer Gäste ein halbes Dutzend echter Apachen von Belleville einlud, die sich mit ihren „Damen" auch pünktlich einstellten, nicht ohne daß zuvor die Bedienten das Silberzeug in Sicherheit gebracht hätten. Nur bedeutete dieses kühne Experiment eine Enttäuschung, denn die vorstädtischen Herrschaften benahmen sich im Gegensatz zu den Pseudoapachen sehr manierlich in ihren Tänzen und auch dem Büfett erwiesen sie nicht übermäßige Ehre. Aber die Apachenmode flaute recht bald ab, und der exzentrische Poiret brachte für eine Weile das persische Genre in Flor. Was sich da an Festen der Sherezade, an Märchen aus Tausendeine Nacht, an arabischen Phantasias darbot, war sicherlich von Reiz. Und was diesem Sinnenzauber noch eine willkommene schwüle Note gab, war die Verquickung mit den bizarren Tänzen, mit denen uns Amerika beglückt hatte. Einer der elegantesten Vereine des mondänen Paris, der sich Bohème dorée nennt, gab dieser Tage einen Ball, der erst um 1 Uhr früh begann und sich bis zum Sonnenaufgang hinzog. Es war das allerneueste vom allerneuesten. Dieses Nachtfest nannte sich Gala du deshabillé und schrieb für die Damen jene Toilette vor, in der sie sich dem Gatten oder dem . . . Liebhaber präsentieren, während die Herren der Schöpfung dafür den Pyjama (Nachtanzug) zur Ehre brachten."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0002

vier lebende Geschwister haben, sollen nur 30 Monate dienen und die fünf Geschwister haben nur zwei Jahre — um die rückgängige Geburtenziffer zu heben! — was ein weiteres Minus von 60 000 Mann zur Folge haben würde. Schließlich kündigte der Kriegsminister an, daß den Soldaten ein- bis dreimonatliche Urlaubsfristen gewährt würden, was eine weitere Verminderung der Präsenzziffer um 40 000 Mann ergäbe. Der tatsächliche „Gewinn" der unpopulären und unökonomischen Maßregel würde also 60 000 Mann betragen. Aber diese 60 000 Mann sind nur Paradetruppen für den Frieden, während die Kriegsstärke nicht um einen Mann gehoben würde, ja eher ließe sich das Gegenteil nachweisen. Das Gegenprojekt Montebello-Reinach will deshalb in erster Linie ein Minimum der einzelnen Truppenkörper fixieren. Da weder die Kommission noch die Regierung zu dem Initiativantrag bisher Stellung genommen haben, gehen wir nicht weiter darauf ein. Wir stellen nur fest, daß die Vorlage der französischen Regierung sich in sehr schlechter Position befindet.

Unsere Genossen nützen die Parlamentsferien inzwischen gründlich zu ihrer großzügigen Agitation aus. In Paris allein werden in den nächsten zwei Wochen über 60 Versammlungen abgehalten. Es ist vorgesehen, anläßlich der Ueberreichung der zirkulierenden Petitionslisten eine große öffentliche Demonstration zu organisieren. Trotz der verzweifeltsten Anstrengungen, verlieren die Rüstungshetzer täglich an Boden.

Die Rüstungen zu Wasser folgen denen zu Lande, wie die Nacht dem Tage. Zu der neuen Militärvorlage kommt jetzt noch eine Flottenvorlage. Nach einer offiziösen Meldung sind in dem vom Marineminister Baudin ausgearbeiteten Kadersgesetz verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt, durch die eine Verjüngung des Offizierkorps der Kriegsflotte erzielt werden soll. Der Marineminister werde gleichzeitig beim Parlament einen auf 10—12 Jahre zu verteilenden Nachtragskredit von etwa 500 Millionen verlangen, durch den das von der Kammer bereits bewilligte Flottenprogramm seine volle Wirksamkeit erlangen solle. U. a. sollen aus diesem Nachtragskredit drei Panzerschiffe und besondere, die Torpedobootszerstörer an Leistungsfähigkeit übertreffende Aufklärungsschiffe gebaut werden, die einen Tonnengehalt von 6000, eine Geschwindigkeit von 27 Knoten haben und mit 4 Kanonen von 138 Millimeter ausgerüstet werden sollen. Der Kostenpreis für ein solches Aufklärungsschiff wird auf 19 Millionen veranschlagt.

Oesterreich-Ungarn.

Christlich-sozialer Parlamentarismus. Der niederösterreichische Landtag wird von den Christlich-Sozialen infolge des schlechten Wahlrechts vollkommen beherrscht. Es gehört ihm nur eine kleine sozialdemokratische Opposition an, deren Stellung man ganz gut mit der der „Roten Sechs" im preußischen Landtag vergleichen kann. In den letzten Tagen kam es, wie schon öfter vorher, zu großen Skandalszenen. Die Christlich-Sozialen hatten nämlich die Gehälter des Landmarschalls (Landtagsvorsitzenden) und der Landesausschüsse, die eine Art Landesminister darstellen, um je 6000 Kronen erhöht, dies jedoch durch einfache Erhöhung der betreffenden Etatstitel besorgt, ohne den hierzu notwendigen Landtagsbeschluß einzuholen. Nicht genug damit, schnitten sie unseren Genossen die Gelegenheit ab, Abänderungsanträge zu stellen, und der Landmarschall Prinz Liechtenstein führte selbst den Vorsitz, obgleich es sich doch um seine höchst persönliche Angelegenheit handelte. Das führte zu einer scharfen Brandmarkung der ganzen christlich-sozialen Verwaltung durch unsere Genossen und zu wüsten Radau- und Schimpfszenen, sodaß schließlich selbst der milde christlich-soziale Dr. Heilinger den Landtag zum Schluß mit einer — Brantweinbude verglich. Das war das Ergebnis der Debatte!

Die Justiz gegen die ungarische Parlamentsopposition. In dem Prozeß gegen die gewesenen Abgeordneten, die gegen den Ministerpräsidenten und den Ackerbauminister Tintenfässer und andere Gegenstände geschleudert hatten, wurde Zakarias zu 30 Tagen Gefängnis und 500 Kronen Geldstrafe, Hoffmann und Beck zu 15 Tagen Gefängnis und 300 Kronen Geldstrafe verurteilt. Vier andere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verteidiger und der Staatsanwalt haben Berufung eingelegt.

Amerika.

Die neue Tarifvorlage ist dem Repräsentantenhaus in Washington zugegangen. Der Ausfall der Zolleinnahmen, der durch die Verminderung der Zollsätze verursacht wird, soll durch eine Einkommensteuer eingebracht werden, von der man gegen 100 Millionen Dollar erwartet. Die Vorlage sieht eine sofortige Reduktion des Zuckerzolles um 25 Prozent und völligen Wegfall des Zuckerzolls im Jahre 1916 vor. Rohwolle wird sofort zollfrei und die Zollsätze aller Wollwaren erheblich verringert. Die Freiliste schließt folgende Artikel ein: Fleisch, Mehl, Brot, Stiefel, Schuhe, Nutzholz, Kohlen usw. Folgende bisher zollfreie Artikel werden künftig Zöllen unterworfen: rohe ungeschliffene Diamanten, Edelsteine, Pelze, Kohlenteerprodukte mit 10 Prozent, flüchtige Oele mit 20 Prozent und Gewürze mit ein bis zwei Cents pro Pfund.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Harz 42/43, Hof, 2 Treppen. Sprechstunden nur Wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telephon Nr. 1541.

Ein Sonder-Verkauf von grösster Bedeutung! Kleiderstoffe!! Baumwollwaren

Mittwoch — Donnerstag — Freitag

Tages-Artikel
zu Einheits-Preisen.
Schlager auf Schlager!
Nur während des Sonder-Verkaufs.

Für **8** Pfg.

1 Glasschüssel 8
1 Kammkasten 8
1 Tasse mit Untertasse . 8
1 grosser Kaffeebecher . 8
2 Wassergläser . . zus. 8
2 Glasteller . . . . zus. 8
1 Messerputzer 8
1 gr. Kuchenteller . . . 8
1 Toilette-Fettseife . . 8
1 Pack Seifenpulver . . 8
2 Kaffeelöffel . . . zus. 8
1 dekor. Salatschüssel . 8
1 Weinglas 8
1 Dose Schuh-Creme . . 8
1 Umsteckhalter 8
1 Konto-Buch 8
2 Oktavhefte 8
1 Diarium 8
1 Notizblock 8
1 Haussegen 8
1 Konsole 8

Für **18** Pfg.

1 Frisierkamm 18
1 Pfd. Seifenpulver . . 18
1 Glas-Zuckerdose . . 18
1 gr. Kompottschüssel . 18
1 Klosettpapierhalter . 18
1 Bratenplatte 18
1 Tasse m. Untert., dek. 18
1 Sturzflasche mit Glas 18
3 Abendbrotteller, dek. 18
1 Wandspiegel 18
1 Schüssel mit Deckel . 18
1 Giesskanne 18
1 Brotbüchse 18
1 Segelschiff 18
1 Karton Sandformen . 18
1 Kolleg-Heft 18
40 Griffel 18
½ Dtzd. Bleistifte . . 18
1 Schneidebrett 18
1 Zahnbürste 18

Für **68** Pfg.

1 Zelluloid-Haartüte . 68
1 Satz, 6 Schüsseln . . 68
1 Wasserkrug 68
1 Spirituskocher m. Topf 68
1 feuerfester Schmortopf 68
3 gr. Küchenbretter . . 68
1 gr. Waschschüssel . . 68
1 Handtuchhalter . . . 68
1 Leder-Handtasche . . 68
1 Zigarrentasche . . . 68
1 Rauchtisch 68
1 Spiegelkonsole . . . 68
1 P. Plüschpantoffel . . 68
1 P. Kind.-Ohrenschuhe 68
1 P. Kind.-Jahresschuhe 68
1 P. Segelt.-Kinderschuhe 68
2 Tischläufer (Papier) . 68
2 Glastintenfässer . . . 68
1 P. Kind.-Segelt.-Schuhe 68

Kleiderstoffe

Cheviot reine Wolle, doppeltbreit, 90—110 Meter, in allen gangbaren Farben . . . . . 1.45 95 — **75** Pf.
Popeline Ia. reine Wolle, ca. 110 cm breit, in viel. Farben, Mtr. 1.95 — **1**65
Croise reine Wolle, doppeltbreit Meter 1.50 — **1**25
Kostümstoffe ca. 130 cm breit, mod. Bindg., neue Farben, solide Qualitäten, Meter 2.60 1.75 — **95** Pf.
Reinwoll. Blusenstoffe mod. Streifen M. 2.65 1.95 1.25 — **85** Pf.
Blusen-Popeline mit apart. Durchzügen 1.75 1.20 — **95** Pf.
Voile, bedruckt 115 cm breit, die grosse Mode . . . . . Meter — **1**75

Ein Posten **Künstler-Gardinen**
in eigenen Ateliers
:: angefertigt. ::

Serie 1	Serie 2	Serie 3
Moderne Allover-Net-Stoffe, klein gemust., mit Einsätzen und Volant	Moderne Allover-Net-Stoffe mit breiten Einsätzen und Volant	Hochmodern. Allover-Net-Stoffe, sehr solide Qualität breit. Eins. u. Vol.
Fenster **3**95	Fenster **5**75	Fenster **6**90

Seidenstoffe

Besondere Schlager

Ein Posten **Blusenseide** reine Seide, mod. Streifen, Schotten und Karos . . . Meter 1.75 1.25 — **95** Pf.
Ein Posten **eleg. Blusenseide** letzte Neuheit, auch Futuristen, Bulgaren, Mille fleurs, Mtr. 3.50 2.50 — **1**75
Ein Posten **Paillette** Ia. reine Seide, viele Farben . . . . . Meter — **2**25
Ein Posten **Messaline** Ia. Qualität., in gross. Farbensort., m 2.90 2.40 — **1**95
Ein Posten **Duchesse-** Musseline, vorzügliche Qualitäten . . Meter — **3**95
Ein Posten **Herkules-Seide** 50 cm br., pr. reine Seide, schön. Frb., m — **1**25

Für Küche und Haushalt

Aufsehen erregender Extra-Verkauf zu kaum denkbar billigen Preisen.

Ausstellung und Verkauf in der III. Etage.

Kleiderstoffe

Wollmusseline Ia. reine Wolle, neueste Dessins, auch Futur. u. Mille fleurs . . . . . 1.50 95 — **60** Pf.
Musseline imit., neue waschechte Must., mit u. ohne Kante, Mtr. 55 38 — **24** Pf.
Batist a jour 80/82 breit, Streifen u. Karos . . Meter 68 48 — **38** Pf.
Tupfenmull schweizer und deutsches Fabrikat . Mtr. 95 70 58 — **48** Pf.
Schweizer Stickereistoffe 70—120 cm breit, selten preiswert . . . . . Meter 2.90 1.50 — **75** Pf.
Wasch-Voile ca. 120 cm breit, weiss u. hellfarbig, Meter 1.95 1 50 — **1**25
Frotté ca. 115 cm br., letzte Neuheit für Kostüme, weiss und farbig Meter 3.85 2.70 — **2**50

Ein Posten **Damen-Halbschuhe:**
Schwarz, braun, beige,
:: grau und Lack. ::

Serie 1	Serie 2	Serie 3
Schnürschuh, Knopfschuhe mit u. ohne Lackkappe	Hochelegante Beige, grau, braun, schwz., u. Lackschuh,	Luxus-Schuhe in all. möglich. Fantasie- und prakt. Ausfrg.,
durchweg **4**90	durchweg **5**90	durchweg **6**90

Tages-Artikel
zu Einheits-Preisen.
Schlager auf Schlager!
Nur während des Sonder-Verkaufs.

Für **28** Pfg.

1 Borstenhandfeger . . 28
1 Scheuer-u. 1 Waschbürst. 28
1 Kleiderbürste 28
1 gr. Milchtopf, dek. . . 28
1 Salatbesteck 28
1 Zelluloid-Seifendose . 28
1 Wäscheleine 28
1 grosse Kaffeekanne . 28
2 Paar dek. Tassen . . 28
1 Kuchenteller, dek. . . 28
1 Paneel 28
1 Kleiderleiste 28
1 Tennisschläger . . . 28
1 Staubtuchkorb . . . 28
4 Kontobücher 28
1 Dutzend Bleistifte . . 28
4 Dutzend Schreibfedern 28
6 Bromsilberkarten . . 28

Für **39** Pfg.

1 gr. Riegel Kernseife 39
1 Pck. Kerzen, Riebeck 39
1 Satz Schüsseln, 4 teilig 39
6 Esslöffel 39
1 grosse Butterdose . . 39
1 Fischglas 39
1 Solinger Besteck . . 39
1 Kreppschere 39
1 Bierkrug 39
1 Suppen-Terrine . . . 39
1 Messerkasten, Buche . 39
1 Bündel Töpfe, 6 Stck. 39
1 Briefkasten 39
1 Emaille-Schmortopf . 39
1 Emaille-Maschinentopf 39
1 Ds. weisse Schuhcreme 39
1 extr. gr. Ds. Schuhcreme 39
1 Alpakka-Armband . . 39
1 Postkarten-Album . . 39
1 Tischläufer m. 20 Serv. 39

Für **95** Pfg.

1 Gemüse-Etagere . . 95
1 gr. Buchen-Topfbrett 95
1 gr. Buchen-Hackbrett 95
1 Schokoladen-Kanne . 95
1 Satz dek. Milchtöpfe 95
1 Brennscheren-Garnitur 95
1 Bürsten-Garnitur . . 95
1 Manicure-Garnitur . . 95
1 Satz dek. Schüsseln . 95
1 Waschkrug, dek., gr. 95
1 Waschschüss., dek., gr. 95
1 Papierkorb 95
1 Wandspruch 95
1 Vogelbauer m. Scheibe 95
1 Eck-Konsole 95
1 Handkorb 95
1 Füllfederhalter . . . 95
1 Postkarten-Album . . 95
1 Zigarrenschrank . . . 95
1 P. Lederpantoffeln im. 95
1 P. Zeugsch. m. Leders. 95
100 Leinenbeg. m. Kante 95

Grosse Posten Leinen- und Baumwollwaren.

Hemdentuch spottbillig . . . . Meter — **18** Pf.
Hemdentuch 80/82 breit, stark u. mittelfadig . . . . Mtr. 55 38 — **28** Pf.
Maccotuch 80/82 breit, für elegante Leibwäsche . . Mtr. 95 85 — **55** Pf.
Bettuch-Halbleinen . . Mtr. 1.35 1.20 — **85** Pf.
Bettkattun 80/82 breit, waschechte, lebhafte Muster, Mtr. 38 28 — **22** Pf.
Bettzeug kariert, selten billig, 52 35 — **25** Pf.
Inlett glatt u. gestr., feder-leicht, Deckbettbr. — **95** Pf. — Kissen-breite — **45** Pf.
Tischtücher Drell und Jacquard . . . Stück durchweg 1.25 95 — **70** Pf.

Sensationell!

Schürzendruck Ia. Qualit., echt blau, ca. 120 cm brt., Mtr. 95 — **75** Pf.
Kleider-Gingham ca. 90 cm breit, gar. waschecht, Mtr. 75 65 — **45** Pf.
Poliertücher hervorragend billig ½ Dutzend 90 — **40** Pf.
Kaffeedecken moderne Zeichnungen, extralang . . . 2.95 2.10 — **1**65
Garten-Tischdecken 110×120, waschechte Muster . . — **95** Pf.
Reste u. Coupons Hemdentuch, Croisé, Piqué, Inlett, Barch., Negligé-Barchent etc., jeder Rest — **95** Pf.

Gerstenkorn-Handtücher 46×105, derbe Qualität, mit Rand . . . . . ½ Dtzd. — **1**80
Weisse Drell-Handtücher besondere Schlager . . . . . ½ Dtzd. 3.10 2.50 — **1**95
Weisse Jacquard-Handtücher Ia. Schles. Halbleinen, 48×110, ½ Dtzd. 4.25 3.25 — **2**40
Reinlein. Jacquard-Handtüch. Ia. Schles. Reinleinen . . . . ½ Dtzd. 6.75 5.25 — **3**75
Reinlein. Wischtüch. 55×55 und 60×60, schöne Karos . . . . . ½ Dtzd. 2.30 — **1**45
Halblein. Servietten 60×60, Ia. Schles. Ware, Stern- und Blumenmuster . . . . . ½ Dtzd. 3.00 — **2**25
Reinlein. Servietten 60×60, gesäumt u. gebändert . . . . ½ Dtzd. 4.75 4.25 — **2**75

240

Leopold Nussbaum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:
Mit kolossalem Lacherfolg
„Grosse Rosinen".
Originalposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. 242

Gesangsschlager:
1. Pauline geht tanzen.
2. Das Stadtbahn-Couplet.
3. Mit ‚de' Finger, mit ‚de' Beene, mit'n Kopp.
4. Schlaf, Kindlein, schlaf, Dein Vater ist ein Graf.
5. Das Kientopp-Duett.
6. Mädel, jung gefreit.

Freier gemischter u. Frauen-Chor
Halle an der Saale.
Mitglied des Arb.-Sängerbundes. ● Leitung: Musiklehrer A. Kern.
Sonnabend den 12. April 1913
im großen Saale des „Volksparks",
Burgstraße 27:
Frühlings-Konzert
(Heiterer Lieder-Abend)
bestehend in
gemischten Chören, Frauen-Chören, Terzetten und Duetten.
Musik von der Kapelle des Hrn. Kapellmeisters Hugo Engelmann.
Nach dem Konzert:
Großer Ball bis früh.
Eintritt 30 Pf. Eintritt 30 Pf.
— Lieder-Texte an der Abendskasse. —
Saal-Oeffnung 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.
241

Sozialdemokratischer Verein für Halle (Saale).
Donnerstag den 10. April, pünktlich abends 8¼ Uhr im „Volkspark":
Frauen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Referat des Genossen Koenen über Verfassungs-Fragen. 239
2. Vereins-Angelegenheiten.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

Freidenker-Vereinigung, Halle.
Mittwoch, den 9. April, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Goldene Kette, Alter Markt 11:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag eines Mitgliedes vom Dürerbund. Thema: **Ausdruckskultur.**
2. Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig.
3. Unsere Frühjahrsagitation. [237
4. Abrechnung vom ersten Quartal.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet vollzähliges und pünktliches Erscheinen **Der Vorstand.**
Gäste willkommen.

Merseburg.
Oeffentl. Einwohner-Versammlung
Sonnabend den 12. April 1913
abends ½9 Uhr in der **Kaiser-Wilhelms-Halle.**
Thema:
Was bietet die Volksfürsorge der arbeitenden Bevölkerung? und **Die Schäden der kapitalistischen Volksversicherungsgesellschaften.**
Referent: Geschäftsführer **Rich. Krüger.**

Bürger, Arbeiter und Frauen! Die von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründete Volksfürsorge hatte schon vor ihrer Gründung alle kapitalistischen Gesellschaften als Feinde gegen sich; ein Beweis, wie sehr sie die Schmälerung ihrer Riesenprofite befürchten, und mit Recht. Diesen gilt der Kampf. Viel Feinde, viel Ehr! ist die Losung. Darum ist es Ehrensache jedes Einwohners, sich in dieser Versammlung Aufklärung zu holen. Darum erscheint in Massen! **Die Vorbereitungskommission.**
*131 J. A.: **Otto Dietzel.**

Wegen Umzug 8
Ausverkauf
in Geraer Kleiderstoffen, Samt, Seide, Woll- und Weißwaren.
Frau A. Zimmer, Schwetschkestraße 28.

Chirurgische
Gummiwaren.
Vorteilhaft nur im Spezialgesch.
Kertzscher,
untere Leipzigerstr. 26 und Grosse Ulrichstr. 63.
(Preisliste gratis.) 15

41

Richard Flemming,
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
Zweiggeschäft: Reilstraße 129 (Ecke Roonstraße).
— Optische Anstalt. —
Große Auswahl, billigste Preise!

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig.
P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachritzstraße 5.
36 Rabattmarken.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
Nicht selbst waschen!
Das besorgt viel schneller, besser und billiger Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges Kochen und die schmutzigste Wäsche ist
im Nu blendendweiss
frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.
Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. *128
Auch Fabrikanten der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda

An unsere Leser!
Wir bitten genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

Blutreinigung
Als rein pflanzliches, selbst bei längerem Gebrauch vollkommen unschädliches Laxans zur Blutauffrischung und Säftereinigung b. Hautausschlägen, Korpulenz, Gicht und Rheumatismus, Hämorrhoiden, haben sich „Leo"-Pillen vorzüglich bewährt. Glas für eine Frühlingskur ausreichend 1,50 ℳ. Bei Einsendung von 1,75 ℳ franko Erhältlich in den Apotheken.
Gratismuster verlange man direkt v. Laboratorium Leo, Dresden A. 3.
Depots in Halle a. S.: **Engel-Apotheke, Hirsch-Apotheke, Hohenzollern-Apotheke, Löwen-Apotheke.** *45

Achtung! Achtung!
Kreis- und Orts-Vertrauensleute, Expedienten und Zeitungsausträger!
Bestellungen für die im Verlag **„Vorwärts"** erscheinende reich-illustrierte
Maizeitung 1913
werden schon jetzt erbeten.
Preis 10 Pfg. (Ohne Remissionsrecht).
Die Bestellungen müssen umgehend bei uns eingesandt werden.
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Saat-Kartoffeln!
Offeriere in frühen und späten Sorten große Auswahl. *133
ff. Speise-Kartoffeln
im **engros** und **detail.**
Paul Otto,
jetzt Königstrasse 71, zweiter Hof. Tel. 3329.

Bienen-Honig
unter Garantie naturrein, frei von jeden fremden Bestandteilen,
235 Pfd. 1.00 Mk. inkl.
F. H. Weber, Gr. Steinstr. 46, neb. Walhalla

Würmer 39
nebst Brut beseitigen sicher „Wurma"-Tabletten, Schacht. 40 ₰
Bahnhofs-Apotheke a. Bahnhof

Schutt u. Asche
kann bis auf weiteres
— im Bruchfeld des —
Bergwerk Alwiner Vereins
bei Bruckdorf, kostenlos abgeladen werden. *118

Gebrauchte Möbel
(Nußbaum und Birke)
Vertiko, Spiegel u. Schränkchen, Kleiderschränke, Trumeaus, Steg- u. Ausziehtische, Stühle, Sofas, Garnitur, Schreibtische, Schreib-Sekretäre, Rollbüro, komplette Küchen-Einrichtungen verkauft
Friedrich Peileke,
Geiststrasse 25. 233

Wir haben für sämtliche
: Brennmaterialien :
die
!! Sommer-Preise !!
eintreten lassen. 232
Einkaufsverein der Kohlenhändler
(e. G. m. b. H.)
Horderferstrasse Nr. 5, Telephon Nr. 741.
Lieferung auch an Private!
Alleinverkauf der Elite-Marke:
LEOPOLD EDDERITZ
!! Grösstes Brennmaterialien-Platz-Geschäft !!

Volkskirchlich-soziale Vereinigung,
Ortsgruppe Halle (Saale).
Morgen, Mittwoch d. 9. April, abends präzis ½9 Uhr in der Aktienbrauerei, Dessauerstr. 1
Freier öffentl.
Diskussions-Abend.
„Der moderne Mensch u. die religiöse Unterweisung seiner Kinder".
— **Freie Diskussion.** —
Religions- u. Kirchengegner besonders eingeladen. 219

Fahrräder
werden fachgemäß repariert, emailliert und vernickelt bei
Otto Hänisch,
Turmstrasse 156.
37 Großes Lager in
neuen und gebrauchten Fahrrädern
sowie sämtlichen Ersatzteilen.

Möbel!
Spiegel
Sofas
Matratzen
in **reeller Ausführung,**
liefert zu billigsten Preisen
G. Schaible
84 **Möbelfabrik,**
Gr. Märkerstr. 26, a. Ratskeller

Es empfiehlt sich nach wie vor
Hermann Lorenz,
Schuhmacher,
Schwetschkestraße 32. 227

Alle Farben u. Lacke
kaufen Sie billigst bei 40
Max Ott, Steinweg 26.

Zur Ausführung von
Reparaturen sowie **Maßarbeit**
empfiehlt sich [*9
Carl Voigt Schuhmacher Burgstr. 2, I. **Radewell.**

Ein Kinderwagen z. verkaufen. Oberröblingen a. S., Seestr. 23. *129

Ringäpfel
236 Pfund 30 Pfg.
F. H. Weber, Gr. Steinstr. 46, neben Walhalla.

Mittwoch:
Schlachtefest.
Marie Böttcher,
Inh.: **C. Wilke,**
Triftstraße 2. 42

Mittwoch:
Schlachtefest.
R. Zachmann,
57 Talstraße 20.

Führer durch das Mietsrecht.
Gemeinverständliche Erläuterungen des gesetzlichen und vertraglichen Rechts.
Von
Arbeitersekretär M. Güldenberg.
Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung

Restergeschäft
wird anständigen Leuten unt. günstigen Bedingungen eingerichtet. Anzahlung erforderlich. Laden nicht notwendig. Offerten unter **D. E. 8186** an **Rudolf Mosse, Dresden.** *130

Witwer wünscht seine 5 Kinder (2 Mädchen 14 u. 12 J., 3 Knaben 10, 7 u. 3 J.) an Kindesstatt in anständige Familien zu geben.
Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieses Blattes. *132

Apollo-Theater.
Täglich abends 8 Uhr bei gewöhnlichen Preisen:
Gastspiel von **Prang's** lustiger Kölner Bühne:
Madame Knaster.
243
Man lacht nicht nur, man jubelt!

Stadt-Theater in Halle.
238
Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
Mittwoch den 9. … 1913:
204. Abonnem.-Vorst. … Viertel.
Novität! Novität!
Zum 5. Male:
Filmzauber.
Vaudeville-Operette in 4 Akten von Walter Kollo und Willy Bredschneider.
Kassenöffn. 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag den 10. April 1913:
205. Abonnem.-Vorst. 1. Viertel.
Novität! Novität!
Zum 1. Male:
Jesuiten.
Schauspiel in 3 Akten von Jos. M. van Mens.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 7. April.

Aufgeboten: Arbeiter Göthe und Anna Wunderlich (Merseburgerstraße 35 und Oschersleben-Jakobsberg). Arbeiter Engelhardt und Anna Blume (Grasweg 15 und Kl. Ulrichstr. 37). Konditor Rößler und M. H. Strich (Halle u. Beuditz). Prakt. Arzt Dr. med. Arnold und Ehrenfriede Danker (München u. Jena). Mechaniker Schneider u. A. F. Keller (Ammendorf und Langenreichenbach).

Eheschließungen: Vize-Wachtmeister Kehrer und Helene Fritsch (Merseburgerstraße 93 u. Pfälzerstraße 19). Maurer Richter und Anna Budick (Steinweg 18 und Herzberg a. E.).

Geboren: Arbeiter Hundt T. (Jakobstr. 31). Kaufmann Schmidt T. (Große Steinstraße 1). Kaufmann Huth T. (Marktplatz 20). Handelsmann Brandt S. (Landwehrstraße 14). Arbeiter Winter S. (Schülershof 13). Schiffseigner Zeitz aus Steinfurth Sohn (Sophienhafen). Schneider Pittke T. (Ratswerder 12-13). Glaser Haase Tochter (Hochstraße 20). Hufschmied Würtzbach T. (Volkmannstraße 16). Arbeiter Stollberg T. (Weingärten 25). Kaufmann Schaaf T. (Alter Markt 20). Zimmermann Bauermeister Sohn (Schmiedstr. 35). Lokomotivhilfsheizer Priefer T. (Gustav Hertzbergstraße 4).

Gestorben: Lackierers Michael Ehefrau Ottilie geb. Peitsch, 41 J. (Schwetschkestraße 15). Kutschers Hammer Ehefrau Maria geb. Winkler, 54 J. (Sophienstraße 3). Witwe Leither geb. Rath aus Schafstädt, 62 J. (Klinik). Oberschweizer Zurflüh aus Lehndorf, 56 J. (Klinik). Witwe Hennig geb. Dyke, 66 J. (Oleariusstr. 5). Witwe Kagelmann geb. Krietsch aus Magdeburg, 82 J. (Graefestraße 15). Kaufmanns Karfunkelstein Ehefrau Rebecka geb. Meyer, 65 J. (Schülershof 1). Lucie Holländer, 25 J. (Merseburgerstr. 3). Tischlers Göthe S., 2 J. (Schillerstraße 41). Arbeiters Ulbrich T., 4 J. (Unterplan 9). Bauarbeiters Hundt T., 2 T. (Jakobstraße 31). Konditor Theek, 21 J. (Liebenauerstraße 1). Böttchers Baumgarten Tochter Hildegard, 1 Jahr (Jakobstr. 38). Arbeiters Berger aus Möst S., 1 Monat (Klinik). Weichenstellers Schellenberg aus Obernessa Tochter, 13 J. (Klinik). Arbeiters Albrecht T., 1 J. (Unterplan 5). Fischers Schreiber Sohn, 5 Monat (Spitze 29). Arbeiters Kampe S., 9 Mon. (Jakobstr. 47). Kanzleisekretär a. D. Ulicke, 80 J. (Gr. Steinstr. 40). Müllers Both Sohn, 6 Mon. (Schwetschkestr. 9). Werkmeister Heinemann, 78 J. (Königstr. 27). Lokomotivführers Hille Ehefr., Agnes geb. Schaefer, 29 J. (Krondorferstr. 6c).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3 a) 7. April.

Eheschließung: Sattler Diedrich u. Lydia Meißner (Gr. Brunnenstraße 51 und Merseburg).

Geboren: Dem Werkmeister Langer T. (Harz 35). Arbeiter Schmohl S. (Trothaerstraße 78). Maurer Ert T. (Weißenburgstr. 4). Maler Jahn T. (Breitestraße 7). Gerichtsassessor Dr. jur. Gisevius aus Magdeburg T. (Mühlweg 9). Schlosser Görlitz S. (Humboldtstraße 5). Eisendreher Weber S. (Weißenburgstr. 14).

Gestorben: Witwe Rabenhold geb. Böhme, 76 J. (Am Kirchtor 25). Stadtrats Lindner Ehefrau Marie geb. Sattler, 72 Jahr (Henriettenstraße 15). Arbeiterin Knajnk aus Zaschwitz, 16 J. Arbeiter Kolbe, 33 J. (Am Kirchtor 20a). Schuhmachermstrs. Kohlhardt aus Hedersleben T., 9 J.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 82 — Halle (Saale), Mittwoch den 9. April 1913 — 24. Jahrg.

Vor der Blockade.

Im Gegensatz zu einer früheren Meldung, nach der die Blockade gegen Montenegro auf die nordalbanische Küste ausgedehnt werden solle, meldet die Wiener Neue Freie Presse aus Sutomore, daß die Blockade überhaupt noch nicht begonnen hat. Vorläufig dauert noch die Flottendemonstration an. Der englische Vizeadmiral Burley wartet weitere Befehle seiner Regierung ab.

Wien, 7. April. Wie die Neue Freie Presse „von besonderer Seite" erfährt, finden unter den Mächten Verhandlungen statt wegen Ausdehnung der Blockade auch auf die nordalbanischen Häfen Midia und Durazzo. Insbesondere ist es Oesterreich-Ungarn, daß sich in dieser Richtung bemüht und die Initiative zu einer solchen Maßnahme ergriffen hat. Die Mächte des Dreibundes haben sich für die Annahme des österreichischen Vorschlages ausgesprochen. Die Zustimmung der Staaten der Triple-Entente liegt noch nicht vor. Man hofft, daß diese heute erfolgen wird, da die Durchführung der Ausdehnung dringend geboten erscheint, weil sonst in diesen Häfen Munition usw. ausgeschifft werden könnte. Die ernsten Vorstellungen in Belgrad dauern fort. Sie sind um von so größerer Wichtigkeit, als ein serbischer General die Aktionen auf dem Kriegsschauplatz leitet.

Die nächsten Schritte.

Wien, 7. April. Wie verlautet, liegt nach der neuerlichen Ablehnung der in dem Telegramm des Vizeadmirals Burney ausgesprochenen Forderungen der Großmächte durch Montenegro die Entscheidung über die von der internationalen Flotte zu unternehmenden Schritte nunmehr dem Admiralsrat ob, dessen Mitglieder im Besitze der notwendigen Instruktionen ihrer Regierungen sein dürften. Zunächst handelt es sich darum, die Blockade für effektiv zu erklären und ihre Ausdehnung zu bestimmen. — Da der Widerstand Montenegros in hervorragendem Maße durch die in Zahl und Kriegsmaterial vor Skutari weit überwiegende Beteiligung Serbiens genährt wird, so ist anzunehmen, daß der Admiralsrat einen Beschluß fassen wird, nach dem die Blockade auch eine weitere Ausschiffung serbischer Truppen verhindern soll.

Die Antwort der serbischen Regierung.

Belgrad, 8. April. Wie ein heute veröffentlichtes halbamtliches Communique besagt, hat die serbische Regierung in Beantwortung der Note der Großmächte zur albanischen Frage erklärt, daß sie die serbischen Truppen vor Skutari nach dem Friedensschluß oder nach der Einnahme Skutaris und die serbischen Truppen aus Albanien nach Bekanntgabe der Grenze zurückziehen werde. Der Forderung einer Garantie für die Mohammedaner und Katholiken könne die serbische Regierung nicht entsprechen, weil diese Forderung einem Rechte der staatlichen Souveränität widerspreche und weil die Verfassung genügende Sicherheit für die weitgehendste Glaubensfreiheit biete.

Keine Erfolge vor Skutari?

Wien, 8. April. Von „wohlunterrichteter Seite" erfährt die Neue Fr. Pr. aus Antivari, daß die Serben und Montenegriner bisher noch keine einzige Position in der Umgebung von Skutari eingenommen haben. (?)

*

Grey über die Flottendemonstration.

London, 7. April. Im Unterhause erwiderte heute der Minister Sir Edward Grey auf eine Anfrage betreffend die Flottendemonstration mit folgenden Ausführungen: Zwei britische Kriegsschiffe haben sich nach der montenegrinischen Küste begeben, um an der internationalen Flottendemonstration teilzunehmen. Oesterreichisch-ungarische, französische, deutsche und italienische Kriegsschiffe befinden sich zu demselben Zwecke dort. Der rangälteste britische Marineoffizier ist angewiesen worden, sich mit den rangältesten Marineoffizieren des internationalen Geschwaders in Verbindung zu setzen und mit ihnen alle Schritte zu beraten, welche möglich sind, um auf die montenegrinische Regierung einen Druck auszuüben, daß sie die Entscheidung der Mächte annimmt. Eine Landung von Marineabteilungen und Feldgeschützen oder ein Bombardement wird nicht vorgenommen werden, ohne daß weitere Instruktionen erteilt sind. (Beifall.) Die Haltung der russischen Regierung, die keinen Mangel an Schiffen hat, ist durch das am 2. April veröffentlichte Communique erklärt worden. Das Haus wird mir vielleicht gestatten, einige Erklärungen über das Ziel der Flottendemonstration zu geben und darüber, wie und warum die britische Regierung daran teilgenommen hat. Wir nehmen daran teil, weil wir mit den anderen Großmächten an einem Uebereinkommen beteiligt sind, das durch die Flottendemonstration aufrechterhalten werden soll. Dies Uebereinkommen besteht darin, daß Albanien autonom werden soll. Wir sind willens, hieran teilzunehmen, weil die Albanesen in Rasse, Sprache und in großem Umfange auch in der Religion ein Volk für sich bilden. Der Krieg, der gegen sie geführt wird, hat lange aufgehört, von irgendeiner Tragweite für den Krieg zwischen der Türkei und den Verbündeten oder ein Befreiungskrieg zu sein. Die Operationen der Montenegriner gegen Skutari sind ein Teil eines Eroberungskrieges, und es liegt kein Grund vor, warum die Sympathie, die für Montenegro oder für andere Länder, die für ihre Freiheit oder für ihre nationale Existenz kämpften, nicht auch auf die albanesische Bevölkerung von Skutari und seiner Umgegend, die hauptsächlich aus Katholiken und Mohammedanern besteht, und die für ihr Land, ihre Religion, ihre Sprache und ihr Leben kämpft, ausgedehnt werden soll. Aus diesen Gründen hat die britische Regierung nicht gezögert, an dem Uebereinkommen der Mächte betreffend Albanien teilzunehmen. Das Uebereinkommen der Mächte ist nach langen, mühevollen diplomatischen Anstrengungen zustande gekommen. Es wurde entschieden, daß das Küstengebiet und Skutari Albanien zufallen sollten, während Ipek, Prizrend, Dibra und — nach vielen Verhandlungen — Djakova von Albanien ausgeschlossen werden sollten. Bei diesem Uebereinkommen bleibt ein weites Gebiet Landes als Frucht ihrer Siege zur Verteilung zwischen Serbien und Montenegro übrig. Das Erzielen des Uebereinkommens war wesentlich für den Frieden Europas, und nach meiner Meinung ist es zur rechten Zeit getroffen worden, um diesen Frieden zwischen den Großmächten zu erhalten. Daß das Uebereinkommen durch eine internationale Aktion aufrecht erhalten werden soll, bleibt für die Fortdauer dieses Friedens wesentlich. Die britische Regierung hat kein direktes Interesse an den Einzelheiten des Uebereinkommens, und wir werden uns aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einem Uebereinkommen widersetzen, welches die Zustimmung der näher interessierten Mächte gefunden hat. Aber weil wir glauben, daß das Uebereinkommen in seinen Hauptlinien in Uebereinstimmung steht mit Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit, und weil wir wissen, daß der Friede Europas auf der Aufrechterhaltung der Eintracht zwischen den Mächten beruht, die in diesem Gebiet am nächsten interessiert sind, deswegen haben wir es für richtig gehalten, — und durch Teilnahme an dem Uebereinkommen haben wir eine ehrenvolle Verpflichtung übernommen — an der internationalen Aktion teilzunehmen, die sich jetzt vollzieht, um das Uebereinkommen aufrechtzuerhalten und ihm Respekt zu verschaffen. (Beifall.)

Bulgarisch-serbische Gegensätze.

Wien, 8. April. Die Neue Freie Presse schreibt über die serbisch-bulgarischen Gegensätze, von denen der russische Minister des Aeußeren Ssasonow in seinen letzten Aeußerungen sprach, es verlaute in hiesigen diplomatischen Kreisen, Bulgarien hätte im Bündnisvertrag Serbien den Besitz der nordalbanischen Küste versprochen. Da nun Serbien auf Grund der Abmachungen der Großmächte die nordalbanesische Küste nicht erhalten werde, erhebe es andere Ansprüche, die ihm Bulgarien streitig mache.

Das chinesische Parlament.

Die Eröffnung des Parlaments. Am 8. April (heute) tritt das erste Parlament der chinesischen Republik zusammen. Seine erste Aufgabe wird die Genehmigung der Verfassung, und im Anschluß daran die Wahl des Präsidenten sein. Könnte man nach dem Stärkeverhältnis der Parteien die Stellungnahme des Parlaments beurteilen, so würde der Grundton der neuen Verfassung Volksherrschaft im Reich, in Provinz und Gemeinde sein, und an Stelle des konservativen Yuanschikais würde ein Mann von liberaler Anschauung treten. Allein bei der Entscheidung dieser Frage werden politische Erwägungen eine wichtigere Rolle spielen als die Mandatzahl der Parteien.

In den beiden Häusern des Parlaments werden sich zwei Richtungen gegenüberstehen: der Kunghotang und der Komingtang. Der erstere ist die Partei der „gloriosen Restauration", der andere die der Nationalisten; im Kunghotang ist das konservative Element vereinigt, dessen Ziel Verstärkung der Macht der Zentralregierung und des Präsidenten ist, während im anderen die Nationalisten, das liberal gesinnte Element, vertreten ist, das ein parlamentarisches Regime und weitestgehende Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden anstrebt. Die Nationalisten, deren geistiges Haupt Sunyatsen ist, haben nichts gegen Yuanschikai als zukünftigen Präsidenten, aber sie sind entschlossen, seine Machtbefugnisse verfassungsrechtlich so weit einzuschränken, daß die Oberherrschaft des Parlaments gewahrt bleibt. Das aber ist es gerade, was Yuanschikai um jeden Preis zu verhindern trachtet. Bei dieser Sache werden sich die Geister messen, und von ihrer Entscheidung wird sehr viel für das parlamentarische Regime, wenn nicht auch für den inneren Frieden Chinas abhängen.

Die Nationalisten verfügen in beiden Häusern des zukünftigen Parlaments über eine starke Mehrheit. Von den 596 Sitzen der zweiten Kammer besitzen sie 368. Ob diese Zahl nicht durch die nächsten Kämpfe im Parlament vermindert werden wird, ist freilich eine andere Frage. Das politische Leben der Republik ist noch viel zu jung und zu unentwickelt, als daß sich die Parteien sofort absondern und innerlich festigen hätten können.

Mit dem 8. April beginnt für das chinesische Volk eine neue Epoche. Sein erstes Parlament hat Aufgaben von beispielloser Größe und Vielseitigkeit zu erfüllen. Es wird von den Hoffnungen der 40 Millionen Wähler, nein von der ganzen chinesischen Rasse begleitet.

Volkswirtschaftliches.

Der Reichskriegsschatz.

Zu den gewaltigen Kriegsrüstungen, die die neue Heeresvorlage enthält, gehört auch der Vorschlag, den Reichskriegsschatz um 240 Millionen auf 360 Millionen zu erhöhen. Die Bildung des im Juliusturm zu Spandau niedergelegten Schatzes von 120 Millionen ist im Jahre 1871 erfolgt, um bei einem ausbrechenden Kriege über die ersten finanziellen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Da ein zukünftiger Krieg weit erheblichere Kosten verursachen würde, hält die Begründung der Gesetzesvorlage eine Erhöhung dieses Schatzes für erforderlich. Das soll geschehen durch Anschaffung eines Bestandes an Silbermünzen in Höhe von 120 Millionen Mark und einer Goldreserve von ebenfalls 120 Millionen. Die Silberreserve soll in ausgeprägten Münzen bestehen, die in den Tresors der Reichsbank aufbewahrt werden. Die Kosten für Ankauf des Silbers und Prägung würden sich auf rund 54 Millionen Mark stellen. Bei Ausgabe der Münzen würden dem Reiche also nachträglich 66 Millionen Mark als Gewinn zufließen. Die Prägung soll in sechs Jahren zu je 20 Mill. Mark erfolgen. Die Kosten dafür werden wesentlich durch Einnahmen aus dem Prägegewinn gedeckt werden.

Die aufgespeicherten 120 Millionen Silber sollen nach der Vorlage zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs, hauptsächlich also im Kriegsfall, dienen. Im Gegensatz zur Goldreserve, die nur für den Kriegsfall in Betracht kommt, soll die Verwendung der Silberreserve aber auch schon in Zeiten drohender Kriegsgefahr oder wegen einer aus sonstigen Gründen besonders unruhigen Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse (Geldmarktlage) gestattet sein.

Die Mittel zur Beschaffung der Goldreserve werden durch Vermehrung der Reichskassenscheine zu fünf und zehn Mark gewonnen werden. Die Kosten für Herstellung der Scheine beziffern sich auf rund 1,75 Millionen Mark. Das Gold, das die Reichsbank durch diese Scheine an sich zieht, soll ebenfalls in den Tresors der Reichsbank aufgespeichert werden. Die 120 Millionen Gold sollen aber nicht schon jetzt zur Deckung von Reichsbanknoten dienen, sondern ungenutzt für den Kriegsfall daliegen. Erst im Mobilmachungsfall würden sie entsprechend dem Zweck der sonstigen Goldreserven der Reichsbank, zur Dritteldeckung der Banknoten benutzt werden können. Erst im Kriegsfalle also könnten für die 120 Millionen Gold 360 Millionen Mark Noten ausgegeben werden.

Die Sozialdemokratie steht natürlich auf Grund ihrer prinzipiell-politischen Haltung dem Gedanken eines Kriegsschatzes und seiner Erhöhung ablehnend gegenüber. Aber auch die bürgerlichen Parteien müßten sich gegen diese Art der Kriegsschatzbildung wenden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus liegen die Silber- und Goldreserven völlig brach. Würden sie wie die übrigen Bankreserven behandelt werden, so würden sie der Deckung der Kreditmittel dienen. Aber es kommt noch hinzu, daß die durch Ausgabe der Reichskassenscheine entzogenen Metallvorräte zum größeren Teile wieder der Reichsbank entnommen werden, sowie sie der Geldzirkulation im Warenverkehr entstammen. Eine weitere Schädigung des Metallvorrats der Reichsbank wird dadurch eintreten, daß die neuen Reichskassenscheine den alten gleichgestellt sind und damit zur Deckung der Banknoten (statt des Metalls) verwandt werden können. Man kann also sagen: Jede Million, um die der Kriegsschatz wächst, verliert die Reichsbank als Zentralnoteninstitut. Wird schon heute über zu geringe Metallvorräte der Reichsbank geklagt, so muß dieser Mangel sich im Maße der Schatzbildung vermehren, wenn er auch äußerlich durch im kapitalistischen Produktionsprozeß entstehende Schatzbildungen zum Teil oder ganz verdeckt wird.

Die Geschäftslage in der Mordwaffenbranche.

Sieht die gesamte Industrie der Zukunft voll Sorgen entgegen, so weiß die Mordwaffenindustrie nicht, wie sie die Aufträge, die sie erhält, ausführen soll. Sie hat schon in den letzten Jahren ungeheure Verdienste eingeheimst, und neue glänzende Geschäfte harren ihrer.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken schütten eine Dividende von 32 Prozent gegen eine von 25 Prozent im Vorjahre und eine von 20 Prozent im Jahre 1908 aus. Mit einem Kapital von 15 Millionen haben sie in den letzten fünf Jahren nicht weniger als 18,45 Millionen an Dividenden ausgeschüttet. So vorteilhaft ist es, dem Militarismus zu dienen!

Ueber die Aussichten ihrer Tochtergesellschaften schreiben sie im Bericht:

> Die Waffenfabrik Martinikenfelde war in normalem Umfange vorwiegend durch Ausführung von Lieferungen für ausländische Heeresverwaltungen in Anspruch genommen. Für das laufende Geschäftsjahr sei ihr eine volle Beschäftigung bereits gesichert. Die Munitions- und Maschinenfabrik in Karlsruhe war in den meisten Betriebszweigen gut beschäftigt und übernimmt einen erheblichen Auftragsbestand in das neue Jahr. Die Kugellager- und Kugelfabrik Wittenau war zur wesentlichen Erweiterung der Betriebsanlagen veranlaßt, die bereits teilweise in Benutzung genommen wurden. Auch für 1913 sei ein flotter Geschäftsgang zu erwarten.

Von den Beteiligungen wird die Waffenfabrik Mauser, A.-G., in Oberndorf a. N. voraussichtlich wieder 10 Prozent Dividende ausschütten. Die Fabrique Nationale d'Armes de Guerre in Herstal-lez-Liége verteilt für 1911-12 eine Dividende von 30 (im Vorjahre 24) Prozent; auch für das laufende Jahr bestehe Aussicht auf ein gleiches Erträgnis. Die Dürener Metallwerke, A.-G., werden wieder 12 Prozent Dividende verteilen; auch für 1913 sei ein gutes Erträgnis zu erwarten.

Auch die Firma L. Loewe verteilt 18 Prozent Dividende und erklärt, im nächsten Jahre das Geschäft erweitern zu wollen. Natürlich! Der Rüstungswettbewerb feiert ja wahnsinnige Orgien.

Was private „Volksversicherungen" verdienen.

Die privaten Versicherungsunternehmen verfolgen die aus der organisierten Arbeiterschaft erstehende Volksfürsorge, bei der jede Profitmacherei ausgeschlossen ist, mit wütendem Haß und möchten am liebsten ihr Inslebentreten hintertreiben. Warum, das wird klar, wenn man untersucht, was die Erwerbsgesellschaften bei den Versicherungen verdienen. Nach uns vorliegenden Belägen ging Frau Sch., jetzt 30 Jahre alt, vor 15 Jahren folgende Versicherung ein: Wöchentlich waren 50 Pfg. Prämien zu bezahlen. Im Falle des Todes, spätestens aber nach 15 Jahren, sollten 270 Mk. zuzüglich der „Prämien und Zinsen" ausgezahlt werden. Das Risiko des Todesfalles war in der Alterperiode gering. Am 1. Februar des Jahres waren die 15 Jahre verstrichen. Mittlerweile war die vertragschließende Gesellschaft Fides zunächst in die Gesellschaft Prudentia und dann in die Arminia aufgegangen. Jedesmal war der Versicherungsnehmerin von der neuen Gesellschaft die ausdrückliche Versicherung zugegangen, daß ihre Ansprüche in vollem Maße mit übernommen worden seien und befriedigt werden würden. Die Versicherungsnehmerin forderte nun den Versicherungsbetrag und die ersparten Zinsen und Prämien ein. Großmütig zahlte man ihr 280 Mk. Nach erfolgter Beanstandung bekam sie von der Gesellschaft ein Schreiben des Inhalts, daß es mehr nicht gäbe, es seien keine Ueberschüsse gemacht worden. Anstatt ersparter Zinsen und Prämien sandte die Gesellschaft aber noch einige Auszüge von Artikeln aus Zeitungen, die zu dem besonderen Zwecke der Propaganda und Verteidigung der privaten Versicherungen gegründet worden sind. Die Artikel enthalten plumpe Schimpfereien auf die Sozialdemokratie und die „Belehrung", daß Versicherungen keine Sparkassen seien. Trotzdem aber arbeite man so sparsam — im Interesse der Versicherten —, daß bei dem Erlebensfall mindestens annähernd das eingezahlte Kapital — natürlich ohne Zinsen — an die Versicherungsnehmer gezahlt werde.

Das zu antworten, ist eigentlich etwas mehr als wie kühn. Wie bemerkt, erhielt die Versicherte 280 Mk. Eingezahlt hat sie 15 mal 52 mal 50 Pfg. gleich 390 Mk.! Es sind demnach 110 Mk. mehr eingezahlt worden als zur Auszahlung gelangten. Rechnet man weiter mit einer Zinseneinnahme von nur 110 Mk. für die Gesellschaft, dann stehen der Leistung von 280 Mk. rund 500 Mk. Einnahmen gegenüber!

So arbeiten die privaten Volksversicherungen! Sie schimpfen auf die Sozialdemokratie, weil die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge ihre feinen Geschäftchen stört!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0005

Gewerkschaftliches.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1912.

Soeben veröffentlicht der Metallarbeiter-Verband seine Jahresabrechnung für 1912. Es ist die Sprache der Zahlen! In Worte und Begriffe übersetzt, zeigen sie uns eine geradezu glänzende Entwicklung, die der Verband im Jahre 1912 genommen hat.

Der Verband zählte bei 182 558 Beitritten 561 547 Mitglieder am Jahresschluß (515 145 im Jahre 1911), das ist eine Zunahme von 46 402. Der Verband hat schon größere Mitgliederzunahmen gehabt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1912 der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverbande erfolgte. Die Zahl dieser Uebergetretenen wird nach einer vorläufigen Zusammenstellung in Nummer 2 der Metallarbeiterzeitung auf 14 875 angegeben. Der Wiesenthalsche Verband, der längere Zeit hindurch verzweifelte Anstrengungen machte, die Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverbande zu verhindern oder wenigstens einen größeren Teil Mitglieder für seine Organisation einzufangen, hat seinen Zweck nicht erreicht. Damit hat der Gedanke einer machtvollen Einheitsorganisation der Metallarbeiter Deutschlands einen weiteren beachtenswerten Fortschritt gemacht. Auf Grund der bisherigen Entwicklung des Metallarbeiterverbandes darf man die Hoffnung hegen, daß sich die Vereinigung des Schmiedeberufs in einer Organisation ebenso bewähren wird, wie das bei verschiedenen anderen Branchen bereits der Fall ist. Die wirkliche Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes beträgt nach Abzug der Schmiede 31 527, ein Resultat, mit dem man in einem Jahre industrieller Hochkonjunktur nicht zufrieden sein kann. Immerhin befriedigt die Gesamt-Mitgliederzunahme einschließlich des Uebertrittes der Schmiede, besonders angesichts der Tatsache, daß weder der christliche noch der Hirsch-Dunckersche Konkurrenzverband überhaupt soviel Mitglieder aufweisen können, wie die Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes in einem Jahre beträgt.

Die buchmäßige Gesamteinnahme und -Ausgabe, einschließlich des Kassenbestandes und der durchlaufenden Posten beziffert sich auf 18 694 111 Mk. Die Reineinnahme beträgt 17 934 086 Mk. (15 276 320 Mk. im Vorjahr), der eine Gesamtausgabe von 12 592 075 Mk. bei einem Vermögensbestand von 11 370 379 Mk. (6 360 419 Mk.) gegenübersteht. Der Vermögenszuwachs beträgt 5 009 960 Mk. Damit hat sich der Verband zu einem gewerkschaftlichen Großbetrieb sowohl im Hinblick auf die Zahl der ihm angehörigen Metallarbeiter wie auch in Bezug auf den Geschäftsumsatz, die Inangriffnahme und Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben entwickelt. Im einzelnen wurden verausgabt für:

	1912	1911	+ mehr — weniger
	M.	M.	M.
Reisegeld	344 246	309 649	+ 34 596
Umzugsunterstützung	140 831	124 268	+ 16 562
Arbeitslosenunterstützung	1 690 529	1 463 324	+ 227 205
Krankenunterstützung	3 435 106	3 139 848	+ 295 653
Maßregelungsunterstützung	177 294	190 974	— 13 681
Notfallunterstützung	70 871	64 120	+ 6 751
Sterbegeld	127 244	104 044	+ 23 201
Rechtsschutz	63 135	79 305	— 16 170
Streikunterstützung	2 342 257	4 247 667	— 1 905 411
Verbandsorgan, Bildungszwecke	438 821	408 276	+ 30 564
Agitation und Information	250 101	232 249	+ 17 852
Hauptverwaltung	264 294	251 828	+ 12 466
Konferenzen	2 177	63 900	— 61 723
Für ausgesperrte Tabakarbeiter	43 173	21 500	—
Steuern	21 224	13 818	+ 7 406
Sonstige Ausgaben (Generalkommission, internat. Verbindungen, Bureaueinrichtung, Versicherungsfonds 2c.	191 199	123 510	— 67 689

Den Verwaltungsstellen verblieb als Anteil an den Beiträgen die stattliche Summe von 2 989 573 Mk. Hiervon, sowie aus den Einnahmen von lokalen Extrabeiträgen bestreiten die Verwaltungsstellen ihre Verwaltungsausgaben, leisten aber nebenher aus diesen Mitteln noch beträchtliche Unterstützungen. Die Abrechnung der Lokalkassen, die 1911 eine Reineinnahme von 2 704 002 Mk. ergab und mit einem Vermögensbestand von 3 868 323 Mk. abschloß, liegt noch nicht vor. Auf Grund des günstigen Abschlusses der Hauptkasse kann angenommen werden, daß die Rechnungsergebnisse der Lokalkassen nicht hinter dem Jahre 1911 zurückbleiben werden.

Besonders erfreulich ist an der Abrechnung, auch für die übrige Arbeiterschaft, die finanzielle Erstarkung der Organisation der Metallarbeiter. Sie war nötig! Stellt doch die stete Kampfbereitschaft angesichts der Entwicklung der Unternehmerverbände und deren Aussperrungsgelüsten hohe Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Hinzu kommt, daß namentlich die Erwerbslosen-Unterstützung steigend große Mittel beansprucht. Hierfür allein sind für die Zeiten wiederkehrender Krisen beträchtliche Reserven erforderlich.

Die Metallarbeiter-Zeitung schreibt u. a. zur Vermögensentwicklung des Verbandes: „Es wäre nur wünschenswert, wenn sich eine solche Stärkung des Vermögens noch längere Zeit durchführen ließe. Je besser wir gerüstet sind, desto weniger brauchen wir die Aussperrungsdrohungen zu fürchten, desto erfolgreicher kann unser Verband die Interessen seiner Mitglieder vertreten und desto weniger wird er genötigt sein, zum äußersten Kampfmittel, zur Arbeitseinstellung, zu greifen."

Vom preußischen Arbeitswilligenschutz.

Gelegentlich des Metallarbeiterstreiks bei der Firma Mundlos u. Ko. in Magdeburg im Herbst vorigen Jahres soll der Arbeitswillige Gotthardt auf der Straße von mehreren streikenden Arbeitern umringt und bedroht worden sein, daß er Prügel erhalte, wenn er nicht die Arbeit niederlege. Wegen dieses Vorfalls wurde der Schlosser Engel, der Mitglied der Streikkommission war, unter Anklage gestellt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Vom Schöffengericht Magdeburg-Neustadt wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen. Gegen den Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. — Vor dem Landgericht Magdeburg bekundete der Arbeitswillige Gotthardt als Zeuge, daß Engel zwar in der Gruppe, von der er bedroht worden sei, gewesen sei, ob er aber selber auch Drohungen ausgestoßen habe, könne er nicht sagen. Auch andere Zeugen konnten derartiges nicht bekunden. Trotzdem verurteilte das Landgericht den Angeklagten wegen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis; er sei als Mittäter anzusehen, denn alles, was die Streikenden getan hätten, habe seinem Willen entsprochen. Der Staatsanwalt hatte „nur" vier Wochen Gefängnis beantragt.

Streik der Bäcker und Konditoren in München.

Schon seit dem Jahre 1902 besteht mit dem Bäckerverbande und der Bäckerinnung in München ein Tarifvertrag, der zuletzt 1909 auf vier Jahre erneuert wurde und jetzt am 1. April d. J. ablief. Die Gehilfen, die zu über 90 Prozent organisiert sind, stellten in der neuen Tarifvorlage neben durchschnittlich 2 Mk. Lohnforderung pro Woche auch den wöchentlichen Ruhetag als ihre hauptsächlichste Forderung mit auf. In vier Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam es zu keiner Einigung zwischen den Parteien, so daß ein Schiedsspruch gefällt wurde, der in der Hauptsache bestimmte: Einen Ruhetag in jeder Woche in allen Betrieben mit vier und mehr Gehilfen, in den kleinen Betrieben zunächst auf zwei Jahre alle 14 Tage, dann ein Jahr alle zehn Tage und schließlich im vierten Tarifjahre jede Woche. Ferner eine sofortige Lohnerhöhung von 1 Mk. wöchentlich, nach zwei Jahren eine weitere von 50 Pf.

Diesen Schiedsspruch lehnten die Versammlungen der organisierten Bäcker und Konditoren einmütig ab, weil er besonders in der Lohnfrage ein viel zu winziges Entgegenkommen zeigte. Einmütig wurde in beiden Versammlungen der Streik beschlossen, der am 5. April zum Ausbruch kam. In den geregelten Großbetrieben konnten sofort 200 Bäcker und Konditoren zu neuen Bedingungen weiter arbeiten, während 1340 Bäcker und Konditoren im Streik stehen. Der Streik ist also ein allgemeiner. Es handelt sich dabei um die Erkämpfung des wöchentlichen Ruhetages in allen Betrieben und um die geforderte Lohnerhöhung von 1,25 Mk. jetzt und nach zwei Jahren weiteren 1,50 Mk. die Woche. Zuzug von Bäckern und Konditoren ist von München fernzuhalten!

Der Streik in der Pommerschen Eisengießerei und Maschinenfabrik

ist für den Stralsunder Betrieb beendet. Es wurde eine allgemeine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde bewilligt, die ungeungenden Akkordpreise sollen eine Aufbesserung erfahren, auch einige weitere Wünsche der Arbeiter sind berücksichtigt worden. Die Sperre über Stralsund ist aufgehoben worden.

In Barth haben Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen seit Beginn des Ausstandes noch nicht stattgefunden. — Der Zuzug nach dort ist noch fernzuhalten.

Die Aussperrung in der holländischen Zigarren-Industrie.

Schon sechs Wochen dauert die große Aussperrung der holländischen organisierten Zigarrenarbeiter, die aus Anlaß eines Streiks in Rotterdam, der nun schon zehn Wochen dauert, von den Unternehmern über die Arbeiter verhängt wurde. Die Aussperrung erfordert wöchentlich mehr als 30 000 Gulden an Unterstützung, da über 3000 Arbeiter ausgesperrt sind. Der für das kleine Holland bedeutungsvolle Kampf wird von den organisierten Arbeitern mit großer Opferwilligkeit geführt. Der Diamantarbeiter-Verband hat beispielsweise allein schon 25 000 Gulden geopfert. Die Gewerkschaften haben in Holland in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Der Kampf gilt der Niederringung der Gewerkschaften durch die Unternehmer; der Tabakarbeiter-Verband soll dazu als Versuchsobjekt dienen. Die Absicht der Unternehmer wird aber zuschanden werden, da der Tabakarbeiter-Verband ausreichende Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten beschaffen wird. Die Solidarität der deutschen Tabakarbeiter und der deutschen Gewerkschaften ist ihm sicher.

Soziales.

Ein Stück deutscher Sozialreform.

Typisch für die Art, wie in Deutschland soziale Reform gemacht wird, ist der sogenannte Arbeiterschutz im Gastwirtsgewerbe. Für dieses Gewerbe besteht bekanntlich seit 1902 eine Verordnung des Bundesrats, worin eine Regelung der Ruhepausen für das gastwirtschaftliche Personal vorgesehen ist. Mit peinlichster Sorgfalt war fast ein ganzes Jahrzehnt vorher die Regierung in „Erwägungen" eingetreten, es wurden umfangreiche statistische Erhebungen und Untersuchungen angestellt, schließlich mündliche Vernehmungen von Auskunftspersonen vorgenommen — daß nicht etwa zu viel geschehe für den Schutz der menschlichen Arbeitskraft.

Und das Ergebnis dieser schweren geheimrätlichen Arbeit? Vorgeschrieben durch die Bundesratsverordnung ist: eine achtstündige ununterbrochene tägliche Ruhezeit; sodann: alle 14 Tage, in Städten von unter 20 000 Einwohnern alle drei Wochen ein Ruhetag; jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren dürfen „nur" 15 Stunden pro Tag beschäftigt werden. Das ist das Wesentliche des ganzen Arbeiterschutzes. Durchlöchert wird die Verordnung noch durch eine Bestimmung, nach der die tägliche Arbeitszeit 60 mal im Jahre überschritten werden darf. Kaum notwendig zu sagen, daß die Bestimmungen des Gesetzes auch nur überall dort eingehalten werden, wo die Machtverhältnisse der Gehilfenorganisation genügend stark sind.

Das schlimmste an der Verordnung aber ist, daß sie nur den geringeren Teil der im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen umfaßt, nämlich die gelernten Arbeiter, die Kellner, Köche, Köchinnen und die am Büfett beschäftigten Personen. Der weitaus größte Teil, das gesamte männliche und weibliche Hilfspersonal bleibt selbst von diesem geringen Arbeiterschutz ausgeschlossen. Was das bedeutet, zeigt uns die Statistik: 1907 wurden Oberkellner, Kellner und Geschäftsleiter gezählt: 106 000; das übrige Hilfspersonal inklusive der mithelfenden Familienangehörigen dagegen zählte rund 308 000. Es ist nicht einzusehen, warum ein junger Mensch von 14—15 Jahren geschützt ist, sobald er als Kellner oder Koch lernt, von den Bestimmungen des Gesetzes aber ausgeschlossen bleibt, wenn er als Liftführer, Page oder Hausdiener beschäftigt ist. Ebenso ist es mit dem weiblichen Personal: Das „Herdmädchen" untersteht dem Gesetze, weil es bei der „Zubereitung von Speisen" beschäftigt ist, daß bei schwerer Arbeit tätige Küchen- und Abwaschmädchen bleibt ungeschützt. Diesen Widersinn des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu beseitigen, bemüht sich der Verband der Gastwirtsgehilfen seit dem Bestehen der Verordnung. Bisher vergebens.

In diesen Tagen ist nun wieder eine Petition beim Bundesrat und beim Reichstag eingegangen, in der die Ausdehnung der Bundesratsverordnung auf das gesamte Personal gefordert wird. Diese Eingabe ist unter Führung der Gesellschaft für soziale Reform von einer ganzen Anzahl Korporationen und Verbände, u. a. auch von der freien Gewerkschaft der Gastwirtsgehilfen eingereicht worden. Darin wird die geradezu ungeheuerliche Ausbeutung des Hilfspersonals im Gastwirtsgewerbe, besonders die der Hoteldiener geschildert. Danach ergab eine von 1201 Hoteldienern beantwortete Umfrage des Verbandes der Gastwirtsgehilfen — amtliche Untersuchungen fehlen bisher — eine Beschäftigungszeit

von 16—17	Stunden	täglich	für 303	Personen	= 25,23 v. H.
„ 17—18	„	„	„ 481	„	= 40,5 v. H.
„ 18—19	„	„	„ 177	„	= 14,4 v. H.
„ 19—20	„	„	„ 49	„	= 4,8 v. H.

insgesamt eine Beschäftigung von über 16 Stunden täglich für 1010 Personen oder 84,10 v. H. der Beteiligten. Das sind Arbeitsverhältnisse, die unvermeidlich die Gesundheit der Angestellten rasch ruinieren müssen, ganz abgesehen davon, daß Personen mit täglich 17—20stündiger Beschäftigung oder Arbeitsbereitschaft weder ein geordnetes Familienleben führen, noch sich in irgendeiner Richtung weiterbilden können. Obendrein hatten von den Befragten 589, also fast die Hälfte, noch Nachtdienst zu verrichten, und zwar 131 täglich, 244 alle 2 Tage, 119 alle 3 Tage. Ausgehetzte, die

---

65]

Die Getreidebörse.

(Nachdr. verboten

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

Laura ging hinüber, wo ihr Mann lag. Sie nahm seinen Kopf in ihren Schoß und streichelte seine Stirne mit ihren schlanken weißen Händen.

„Oh, wenn ich dich nur immer so halten könnte," flüsterte sie, „dich so ungestört und lieb und gut ganz für mich haben dürfte. Das ist wieder mein Mann. Oh, du bist ein Mann, Curtis, ein großer, starker, guter Mann, ohne geziertes Vornehmtun und Bildungsprotzerei, ohne lächerliches Schönreden und falsche Talmipolitur. Ich lieb dich, ich liebe dich, mein Einziggeliebter!"

„Meine gute Alte!" sagte Jadwin und streichelte ihre Hand. „Soll ich dir jetzt etwas vorlesen?" fragte sie.

„Das wäre sehr schön."

Während er noch sprach, hörte man Schritte auf dem Flur, und schon klopfte jemand an die Tür.

Laura richtete sich stirnrunzelnd auf. „Ich habe doch gesagt, daß ich nicht gestört sein wollte!" rief sie im Flüstertone, und dann laut: „Herein!"

„Herr Gretry ist da," meldete der Diener. „Er müßte Herrn Jadwin sofort sprechen, soll ich bestellen."

„Laß ihm sagen," wandte sich Laura schnell an ihren Mann, „du wärest nicht zu Hause — du könntest ihn nicht empfangen."

„Ich muß ihn annehmen," entgegnete Jadwin, sich erhebend. „Er würde nicht hierherkommen, wenn es nicht was Wichtiges wäre."

„Darf ich eintreten, J?" fragte der Makler von draußen her. Und selbst durch den dicken Vorhang hindurch konnten sie die Aufregung und Besorgnis aus seiner Stimme heraushören.

„Darf ich eintreten? Ich bin nämlich dem Diener auf dem Fuße gefolgt. Ich weiß —"

„Ja, ja, kommen Sie nur 'rein!" rief Jadwin. Laura zog errötend ein Stück der Divandecke über ihr Kostüm, als Gretry, den Hut noch auf dem Kopfe, schnell ins Zimmer trat.

Jadwin ging ihm halbwegs entgegen, und Laura hörte von ihrem Platze auf dem Divan aus die zwischen dem General und seinem vertrauten Unterbefehlshaber rasch gewechselten Worte.

„Jetzt geht's los!" rief Gretry.

„So — was?" Jadwins Stimme klang so scharf und kurz wie der Schlag einer auf den Hackklotz herniederfausenden Axtschneide.

„Eben hab' ich herausgebracht," sagte Gretry, „daß Crookes und Genossen morgen zufassen wollen. Der Teufel wird los sein. Beim ersten Gongschlag wollen sie über uns herfallen."

„Wen haben sie noch auf ihrer Seite?"

„Ich weiß nicht, niemand weiß es. Sweeny natürlich. Aber er hat starke Hintermänner und außerdem guten Kredit bei den Banken. Ich hab' Ihnen ja gesagt, daß es früher oder später zum Kampfe kommen würde."

„Da werden wir eben kämpfen. Nur ruhig Blut! Crookes ist nicht der Großmogul."

„Heiliger Moses! Ich möchte wissen, wer's sonst ist."

„Ich bin's. Und er soll's merken. Bei dem Spiel haben Crookes und ich nicht zusammen Platz. Nur einer von uns kann den Markt kontrollieren. Wenn er mir in den Weg kommt, bei Gott, ich zerquetsche ihn!"

„Also J, wir haben heute nacht noch viel zu besprechen. Sie kommen am besten gleich mit ins Grand-Pacific-Hotel. Court ist schon dort. Das schneidige Kerlchen hat mit seiner Spürnase davon Wind bekommen, was Crookes vorhat. Können Sie sofort mitkommen? Guten Abend, Frau Jadwin. Es tut mir leid, Ihren Ihren Mann zu entführen, aber Geschäft ist Geschäft."

Nein, das war es nicht. Für die Frau des großen Spekulanten, die bangen Herzens den Bericht des von der Geschäftslinie kommenden Adjutanten mitanhörte, war es der Entscheidungskampf. Wieder standen die feindlichen Heere einander in Schlachtordnung gegenüber. Wieder rief die Trompete zum Streite, und die Erde dröhnte von dem Gleichschritte der aufmarschierenden Bataillone. Selbst hier in ihrem Hause, während des Gatten Haupt in ihrem Schoße ruhte, in der friedvollen Stille der von ihr ersehnten Stunde, drang das ferne Getöse an ihr Ohr. Weit, weit von hier rückten die Heeresmassen unter dem Schleier der Nacht in ihre Stellungen. Morgen würde es zum Kampfe, zum erbitterten Handgemenge kommen, und einer von beiden mußte fallen — ihr Gatte oder sein Gegner. Wie konnte sie ihn zurückhalten, wenn der große Kampf so nahe bevorstand? Sie wußte, wie die Kommandorufe der Unterführer und das Schlachtgeschrei der Streiter seinen Kampfesmut entflammte. Sie hatte eben gesehen, wie er sich aus ihren Armen riß und zu den Waffen sprang. Er besaß die ganze Mannheit, die sie noch eben an ihm gerühmt hatte, und wäre er weniger stark, weniger ungestüm, weniger tapfer gewesen, so hätte sie ihn weniger geliebt.

Aber sie hatte ihn wieder verloren, sie hatte ihn verloren gerade in dem Augenblicke, in dem sie glaubte, ihn sich zurückerobert zu haben.

„Ach, geh nicht, geh nicht," flüsterte sie, als er sie zum Abschied küßte. „O Liebster, geh nicht! Das war mein Abend!"

„Ich muß, ich muß, Laura. Gute Nacht, Alte! Halte mich nicht — du siehst, Sam wartet!"

Hastig küßte er sie zweimal.

„Vorwärts, Sam!"

„Gute Nacht, Frau Jadwin."

„Gute Nacht, Alte."

„Sehen Sie, der junge Court war unten auf der Bank, und da bemerkte er, daß Schecks —"

Die Stimmen erstarben, als der zur Seite geschobene Türvorhang wieder zurückfiel. Schallend wurde die Haustür zugeworfen.

Laura saß regungslos auf ihrem Platze und drückte die geballte Hand auf die Lippen.

Nichts rührte sich mehr. Die dem Schließen der Tür in dem großen, leeren Hause folgende Stille zog ihre Kreise um Laura her, wie die bei dem Falle eines Steines in unbewegtes Wasser um einen gemeinsamen Mittelpunkt sich weitenden Ringe. Sie preßte die Knöchel dichter und dichter über ihren Lippen zusammen, drückte ihre Finger an die Augen, faltete und löste langsam die Hände und horchte, sie wußte nicht worauf. Sie dachte an ihren Mann, der in der Hast und Hitze der Schlacht, ihre Liebe vergessend, so eilig von ihr gegangen war. Sie dachte an Corthell; auf immer hatte sie ihn von sich gewiesen und seine Liebe aus ihrem Leben verbannt.

Gebrochen und das Herz von bitterem Weh erfüllt, sank Laura, das Antlitz mit den Händen bedeckend, in die Kissen des Diwans. Fahle Schatten fielen in das Halbdunkel der sich um sie aufbauenden Rundung der Galerie, die nur von zwei abgeblendeten Lampen ihr trübes Licht erhielt. In mattem Glanze schimmerte das Gold der Bilderrahmen; die in ihren Umrissen verschwimmenden mächtigen Orgelpfeifen ragten hoch empor in das dämmerige Düster der Kuppel. Der ganze Raum mit seinen nur undeutlich zu erkennenden kostbaren Vorhängen und all seiner verdunkelten Pracht mutete an wie das matt erhellte Innere eines hochgewölbten byzantinischen Prunkbaues.

Verlassen und verloren inmitten des weiten, dämmerigen Raumes lag Laura Jadwin, noch angetan mit all dem Tand und Flitterstaat von Arm- und Ohringen, seidenen Stoffen, hohem Schildpattkamm und zierlichen, rosettengeschmückten Halbschuhen, halb verborgen zwischen den Kissen des Diwans. Es waren stumme Tränen, die sie vergoß; die tiefe Stille, die den weiten Raum wie in einen schweren, jeden Laut erstickenden Schleier hüllte, wurde nur einmal unterbrochen, als ein Klagelaut, halb Flüstern, halb Schluchzen in dem tauben, blinden, Dunkel verhallte: „O, jetzt bin ich allein, allein, allein!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0006

durchschnittlich etwa 7—9 freie Stunden zu umfassen pflegen, wurden 329 der Befragten nur ganz unregelmäßig und gelegentlich, den übrigen fast nie häufiger als alle 2—4 Wochen einmal gewährt. In der Mehrzahl sind es Personen recht jugendlichen Alters, die als Hotel- und Hausdiener beschäftigt sind. Deswegen fordert die oben bezeichnete Petition eine Erweiterung des Schutzes für die jugendlichen Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

Es wäre wirklich an der Zeit, wenn der Reichstag, der die Eingabe der Gehilfen wiederholt dem Reichskanzler „zur Berücksichtigung" überwiesen hat, endlich ein energisches Wort mit der Reichsregierung spräche, so daß die berechtigten und bescheidenen Wünsche der Gastwirtsgehilfen endlich erfüllt würden.

Der Geburtenrückgang in Baden

ist so stark, daß nach dem amtlichen, jetzt erst vorliegenden Feststellungen für das Jahr 1911 man seit hundert Jahren keine so niedrige Geburtenziffer zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1815 wurden pro Tausend der badischen Bevölkerung 28 Kinder geboren; genau so viel ebenfalls im Jahre 1911. Ein Jahr vorher zählte die Statistik noch 30 geborene Kinder pro tausend Einwohner. Die verschlechterten Lebensbedingungen und die steigende Teuerung machen sich mit mathematischer Sicherheit bemerkbar. Da helfen alle Beichtstuhlermahnungen, die man neuerdings in Baden anwendet, nichts.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 8. April 1913.

Frauenversammlung d. Sozialdemokratischen Vereins.

Am Donnerstag, den 10. April, findet im Volkspark eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Redakteurs Genossen Koenen über die Verfassung des Deutschen Reiches. Es soll den Genossinnen einmal in gedrängter Form klar gelegt werden, was Reichstag und Landtag bedeuten und was sie zu beraten und zu beschließen haben und wie weit auf der anderen Seite die Macht des Kaisers, des Königs und des Bundesrats geht.

Die Frauen und Mädchen werden ersucht, recht zahlreich zu dieser wichtigen für sie veranstalteten Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung brachte endlich mal wieder mancherlei Interessantes. Gleich Anfangs, bei der Verlesung der üblichen Eingänge und Mitteilungen kam es zu Konflikten, die wiederum zeigten, daß die Hallenser zwar ihre **Polizei bezahlen dürfen, aber ihr absolut nichts zu sagen haben.**

Zunächst gab der Vorsteher bekannt, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten auf Berücksichtigung der Petition betreffend die Anbringung von Reklameschildern keine Folge gegeben habe. Die Versammlung hatte beschlossen, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung insofern zu übergeben, daß er seinen Einfluß bei der Polizeiverwaltung im Sinne der Petenten geltend machen möge, und den künstlerischen Beirat verstärke. Es handelt sich nach Auffassung des Magistrats aber um eine Angelegenheit, die einzig die Polizeiverwaltung angehe, also nicht der Kompetenz des Magistrats unterstehe. Auch die Verstärkung des Beirats sei nicht angängig, solange nicht das betreffende Ortsstatut geändert sei. Die Versammlung beschloß, die Sache dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen, und es bleibt nun abzuwarten, ob die Stadtverordneten sich durch die ewige bequeme Ausrede des Oberbürgermeisters und Polizeichefs, er habe keinen Einfluß auf die Polizei, abschieben lassen werden. Noch deutlicher trat diese unglaublich kleinliche, aber um so peinlichere kommunalpolitische Zwiespältigkeit in einem weiteren noch wichtigeren Fall in Erscheinung.

Es lag eine Petition des Herrn Karl Lehmann vor, der wieder über Belästigung durch die Dünste der Kröllwitzer Papierfabrik klagt. Am Sonntag sei das ganze Saaletal verpestet gewesen, und der Gestank sei auch in die Wohnungen gedrungen.

Stadtv. Helmecke führte dazu aus: Bei einzelnen Leuten, die die Fenster in jener Stadtgegend geöffnet hätten, habe sich sogar Brechreiz gezeigt. Er fragte beim Magistrat an, welche Maßregeln der Magistrat gegen diese unausstehliche Belästigung zu tun gedenke.

Auch die Stadtvv. Döhler und Höschele forderten nun endlich energisches Vorgehen. Und was sagt die verantwortliche Stelle dazu.

Der Oberbürgermeister Rive erklärte ganz gelassen, daß die Einwirkungen der Polizeiverwaltung zur Abstellung des Uebelstandes bisher ohne sonderlichen Erfolg gewesen seien. Die Polizei nimmt Kenntnis von den Beschwerden, ob aber Besserung zu erlangen ist, erscheine zweifelhaft.

Und da saßen die Stadtväter ganz ruhig dabei; sie müssen sich gefallen lassen, daß man ihnen erklärt: Zu sagen habt ihr eigentlich gar nichts, sondern nur zu bezahlen. Das nennt man dann stolz: Die städtische Selbstverwaltung. Und um ihre Ohnmacht ausdrücklich zu dokumentieren, faßten die Stadtverordneten noch den allerunterträgsten Beschluß, diese heikle Angelegenheit zum tausendsten Male dem Magistrat, der sie eben so schön vor den Bauch stieß, als — Material zu überweisen. Und wenn jetzt der Magistrat gar nichts unternimmt, ist's auch gut. Dann stinkt's eben weiter, damit die Kapitalisten der Kröllwitzer Papierfabrik nur ja nach wie vor ungeschmälert ihre riesigen Profite einstreichen können.

Bei den Eingängen gab es dann noch eine kleine, für die Arbeiterschaft bemerkenswerte Auseinandersetzung. Vom **Verbande der Glaser** lag eine Petition vor, die darum ersuchte, die Vergebung von Glaserarbeiten an städtischen Neubauten möglichst rasch vorzunehmen, um der steigenden Arbeitslosigkeit im Glasergewerbe etwas entgegen zu wirken.

Der Vorsteher wollte dieses Gesuch ohne Vorberatung dem Magistrat übergeben. — Die Stadtverordneten interessieren sich eben für Arbeiterfragen absolut nicht!

Stadtv. Emmer aber meinte, daß doch das Bauamt aufgefordert werden müsse, die Arbeiten so rasch wie möglich auszuschreiben, damit nicht, wie es jetzt immer ist, die Arbeiten Hals über Kopf erledigt werden müssen. Unter diesen Umständen können meist nur Großbetriebe sich auf Ausschreibung städtischer Arbeiten hin melden. Kleinmeister scheiden von vornherein aus. Es ist jetzt der Wunsch der Glasergesellen, daß allgemein für eine rechtzeitigere Vergebung der Arbeiten Sorge getragen wird, um damit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, die auch in neueren Gewerben um sich greift, zu steuern. Er ersuche das Bauamt, die Petition in diesem Sinne zu berücksichtigen.

Stadtbaurat Jost erklärte, daß selbstverständlich städtische Arbeiten so rechtzeitig wie möglich ausgeschrieben werden müßten. (Genosse Emmer ruft: Das geschieht aber nicht!) Für das in der Petition erwähnte Siechenhaus sei es noch nicht so weit, aber er habe trotzdem schon ein Probefenster anfertigen lassen, um schleunigst die Ausschreibung der Glaserarbeiten erfolgen zu lassen. In diesem Sinne habe er auch schon die ebenfalls an ihn gerichtete Petition der Glasergesellen schriftlich geantwortet. — Mit dieser Mitteilung wurde die Petition für erledigt erklärt.

Bevor die laufenden Tagesordnungspunkte zur Behandlung kamen, wurde jetzt die Vorlage über

das Schwimmhallen-Projekt

vorweg zur Beratung gestellt. Nicht weniger wie drei Referenten waren bestimmt, die sich ausführlich über die schon wiederholt von uns behandelte Vorlage äußerten und ihre Annahme auf Grund der einstimmigen Beschlüsse der Bau- und Finanzausschüsse beantragten.

Die städtischen Körperschaften haben im Jahre 1907 beschlossen, auf dem Grundstück der Stadtgärtnerei an der Schimmelstraße, unter Zukauf des Weinholdt'schen Grundstücks Gr. Steinstraße 66, eine Schwimm- und Badeanstalt zu errichten. Nach Veranstaltung eines öffentlichen Wettbewerbs zur Erlangung von Entwürfen für die zu errichtende Anstalt und nach Ausarbeitung verschiedener Vorentwürfe durch das Hochbauamt wurden durch Gemeindebeschluß vom 18. Dezember 1908 und 27. Juni 1910 die Mittel zur Ausarbeitung eines Hauptentwurfs bereitgestellt. Der daraufhin ausgearbeitete Hauptentwurf nebst Wirtschaftsberechnung und Kostenanschlag — letzterer abschließend mit 1 153 000 Mk. — wurde am 3. Juni 1911 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. Zufolge eines Beschlusses des Magistrats und einer gleichzeitigen Anregung des Bauausschusses wurden nun Ermittlungen angestellt über die Verwendbarkeit von Kondensationskühlwasser vom städtischen Elektrizitätswerk zu den Zwecken der Schwimm- und Badeanstalt. Die genauen Untersuchungen haben die Brauchbarkeit des vom Elektrizitätswerk vorgewärmten Wassers ergeben. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist vom Hochbauamt ein neuer Vorentwurf sowie eine neue Wirtschaftsberechnung aufgestellt worden, wonach der von der Stadtgemeinde zu leistende Betriebszuschuß ganz erheblich geringer sein wird, nämlich etwa 24 000 Mk.

Der Magistrat zieht seine Vorlage vom 3. Juni 1911 zurück und beantragt unter Bezugnahme auf die vorgelegten Erläuterungen nebst Wirtschaftsberechnung, den neu aufgestellten Vorentwurf zu genehmigen; zur Ausarbeitung eines neuen Hauptentwurfs den Betrag von 3000 Mk. aus dem von privater Seite gestifteten Beitrag, dessen Höhe einschließlich Zinsen rund 52 000 Mk. beträgt, zu bewilligen. In diesem Sinne machten auch die Referenten ihre Ausführungen.

In der Debatte kam zuerst die Reaktion zu Worte.

Stadtv. Frost ist gegen die Errichtung von Schwimmhallen durch die Gemeinde. Er bestreitet vor allem, daß gesundheitliche Gründe für die Errichtung der Schwimmhalle sprechen. Weiter bedeute ihre Errichtung einen schweren Eingriff für die bestehenden Gewerbeunternehmungen und drittens erwarte er für die Stadt große finanzielle Mißerfolge. In gesundheitlicher Beziehung, meinte der erstklassige Herr, habe nur dann das Schwimmen Nutzen, wenn es in frischer Luft gepflegt werde und nicht in dem Dunst der geschlossenen Anstalt. Auf einen Zwischenruf: Und wie ist's im Winter! antwortete der Herr Frost kurz und bündig: Im Winter braucht man nicht zu baden! Dieser kennzeichnende Ausspruch gesteigerten Reinlichkeitsgefühls rief ein so stürmisches Gelächter hervor, daß die weiteren sehr wichtigtuerischen Ausführungen keinen besonderen Eindruck machten.

Der Oberbürgermeister trat den Ausführungen des Herrn Frost recht wirkungsvoll entgegen. Er setzte auseinander, daß die Erwägungen des Vorredners nicht davon zeugten, daß der Herr Kaufmann ist. Würde man nach seinen Vorschlägen in der Stadtverwaltung verfahren, so würde völlige Stagnation eintreten und wir würden in einen Zustand des Banausentums verfallen. Aber wir hätten jetzt die Männer im Bauamt, die das Projekt künstlerisch verwirklichen könnten und da sollten wir uns jetzt beeilen.

Stadtv. Emmer schloß sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters im wesentlichen an. Die Rückschrittler hätten schon oft große Projekte verhindern wollen, hätten aber nachher erleben müssen, daß die in eigene Regie übernommenen Unternehmungen nachher glänzend florierten. Das Schwimmhadprojekt sei besonders durch Leute, die den Aktionären des Parkbades nahe stehen, bekämpft worden. Und diese uns schon Jahrzehnte entgegenwirkende Interessenpolitik sei jetzt wieder in Wirksamkeit. Es sei schon so oft die Notwendigkeit des Bades nachgewiesen, daß die Aeußerung Frosts, das Schwimmen sei kein gesunder Sport, das kurioseste ist, was hier je im Saale ausgesprochen worden ist. Die Rückschrittler hätten jetzt lange genug dem Projekt mit solchen unglaublichen Redensarten Hindernisse gemacht, daß es unbedingt nötig sei, jetzt mit großer Mehrheit das nötige zu bewilligen.

Der Vorsteher hielt es für nötig, Genossen Emmer zu ersuchen, die Auseinandersetzungen nicht noch durch persönliche Angriffe, die stark an Beleidigung grenzen, zu verschärfen.

Herr Frost verkroch sich nun hinter diese Erklärung und hatte so nicht mehr nötig, auf die sachlichen Aeußerungen des Genossen Emmer einzugehen. Er machte aber doch noch den Versuch, zu beweisen, daß er auch für Reinlichkeit und sogar fürs Schwimmen ist, nur für den Winter nicht.

Stadtv. Hoë wies noch darauf hin, daß auch im Interesse der Studenten etwas für die Reinlichkeit und zur Schaffung von Schwimmmöglichkeiten getan werden müßte, da sonst Halle unter den Studierenden für deren ganzes Leben lang als dreckige Stadt verrufen bleibe. Die Saale komme als Schwimmgelegenheit nicht in Frage, über deren Schmutz kursierten in Studentenkreisen sehr kräftige abfällige Witze, und tatsächlich sei man ja auch in Gefahr, beim Baden schmutziger aus der Saale herauszusteigen, als man hineingegangen ist. Weiter stellte Redner fest, daß prinzipiell die Schwimmhalle ja schon bewilligt sei, es komme jetzt nur auf die Ausführung an.

Stadtv. Reuß wandte sich gegen diese letzte Feststellung, die er als Legende bezeichnete. Es sei nach seiner Ansicht vorläufig noch gar nichts bestimmtes beschlossen.

Der Oberbürgermeister zählte nun dem Herrn gleich eine ganze Serie von Beschlüssen auf — Verlegung der Stadtgärtnerei, Ankauf von Gelände, Studienreisen, Anleiheerhebungen von einer Million und Bewilligung von Geldern für Projekte — das alles sei doch keine Legende mehr.

Stadtv. Emmer stellte noch fest, daß er schon von Jahren einmal Referent über das Hallenschwimmbadprojekt war, und daß damals schon prinzipiell die Errichtung des Hallenschwimmbades beschlossen worden sei.

Stadtv. Herzau trat als Arzt noch der Ansicht entgegen, daß das Schwimmbad besonders geeignet sei, ansteckende Krankheiten zu verbreiten. Das Schwimmbassin kann zum Infektionsherd werden, aber in gleicher Weise kann man das von jeder Schule, jedem Versammlungslokal, jeder Kirche, überhaupt von allen Stätten, wo Menschen sich versammeln, sagen. Die Uebertragung geschieht ebenso durch die Luft wie durch das Wasser. Und bei unserem Bad wird genügend vorgesorgt werden. Für den, der ins Schwimmbassin will, sind zunächst die Fußbäder zu passieren und auch für die Reinigung diskreter Körperteile ist aufs peinlichste gesorgt.

Nachdem dann noch die Stadtvv. Döhler und Reuß Bedenken geäußert, folgte die Abstimmung. Sie ergab mit 33 gegen 16 Stimmen die Annahme der Magistratsvorlage. Es stimmten für die Magistratsvorlage:

Beige, Borchert, Brehmer, Bruß, Dehne, Döhler, Emmer, Föhring, Gerig, Gradehand, Grempler, Günter, Helmecke, Herzau, Herzfeld, Hoë, Höschele, Kallmeyer, Kühme, Lembfer, Mekus, Meyer, Michel, Oiterburg, Pfautsch, Pritschow, Probst, Rabe, Rammelt, Renner, Scharschmidt, Schrader, Springer;

gegen die Magistratsvorlage:

Achtelstetter, Ahrenholz, Beuche, Daniel, Feldmann, Fischer, Frost, Haase, Kobert, Nesse, Reiling, Reuß, Riediger, Schulze, Spindler, Strumpf.

Ein Antrag Frost, keine Wannenbäder und keine medizinischen Bäder einzubauen, wird abgelehnt. Ein Antrag Kallmeyer, für Wannenbäder und medizinische Bäder nicht billigere Preise als die Privatanstalten haben, einzuführen, angenommen. — Dieses Trostpflästerchen haben die Interessenpolitiker ihren Freunden nun also doch noch gerettet. Im übrigen ist noch gar nicht sicher, daß der Widerstand der kleinen Reaktionsgruppe gebrochen ist. Wenn das Spezialprojekt erst vorgelegt wird, geht der Kampf nochmals los. Also wiegen wir uns nicht in Sicherheit. Die Reaktion wühlt weiter.

*

Ohne Debatte genehmigte die Stadtverordnetenversammlung, daß für das Reformrealgymnasium ein Mannborg-Harmonium sowie ein Flügel angeschafft werden und zur Deckung der Kosten ein Betrag bis zu 4000 Mk. aus dem Baufonds für das neue Gebäude des Reformrealgymnasiums genommen wird. — Die Stadtverordneten erklärten sich weiter damit einverstanden, daß der Ertrag der Warenhaussteuer, der sich mit Schluß des Rechnungsjahres 1912 auf 26 149,89 Mk. beläuft, in Höhe von 20 157,60 Mk. dazu verwendet wird, daß von der Gewerbesteuerklasse 4 den beiden untersten Stufen die volle Jahressteuer und der drittletzten Stufe die halbe Jahressteuer erlassen wird.

Der Magistrat legt ein von ihm genehmigtes Projekt über notwendige Erweiterungen des Elektrizitätswerkes vor. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um die Beschaffung von zwei Dynamo-Maschinen à 1200 Kilowatt, einschließlich der vorzunehmenden Fundament- und Ergänzungsarbeiten und Schaffung neuer Kühlanlagen. Die nachgeforderten 338 000 Mk. wurden bewilligt. Weiter wurde beschlossen, die für die Neueindeckung der Dachflächen des Hospitals bewilligten Mittel in Höhe von 12 500 Mk. um den zu erwartenden Erlös aus dem Verkaufe von Altmaterialien (zirka 1200 Mark) zu verstärken zur Bestreitung der Kosten für unvorhergesehene Arbeiten. Die Stadtverordnetenversammlung gab auch ihre Zustimmung zur Verstärkung des Fonds für Feuerlöscheräte um 500 Mk. und beschloß, auf Grund der in dem Bericht der Branddirektion enthaltenen Beurteilung des Benzinkrankenwagens einen zweiten Krankenwagen dieses Typs zu beschaffen und die Kosten in Höhe von 14 500 Mk. dem Kap. XII. C. 2 des Haushaltsplans für 1913 zu entnehmen. Im Prinzip ist die Beschaffung eines zweiten Benzinkrankenwagens bereits durch Feststellung des Haushaltsplans für 1913 genehmigt worden.

Es ist notwendig, mit der Belegung des neuen Friedhofes an der Dessauer Straße bereits im Vorherbst dieses Jahres zu beginnen. Das generelle Projekt über die Bauten und Anlagen auf dem Friedhof ist von der Stadtverordnetenversammlung im Prinzip genehmigt worden. Das spezielle Projekt wird in Kürze vorgelegt werden. Um dem Friedhof den zunächst öden Eindruck möglichst zu nehmen, ist es empfehlenswert das erste zur Belegung kommende Quartier schon jetzt zu umpflanzen. Der Magistrat ersuchte daher die Stadtverordnetenversammlung, ihm zu diesem Zwecke vorschußweise 8000 Mk. aus den für Anlage des neuen Friedhofes zu bewilligenden Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Vorlage wurde angenommen. Und schließlich stimmte die Stadtverordnetenversammlung noch dem zu, daß die Wege in der alten Schrebergartenanlage auf dem ehemaligen Grunebergschen Ackerplan instandgesetzt und die Kosten aus den Ersparnissen der für die letzte Gartenerweiterung bewilligten Mittel — 1024,50 Mk. — gedeckt werden. Die Wege der alten Gartenanlage sind seinerzeit nicht befestigt worden und befinden sich jetzt in einem derart schlechten Zustande, daß eine Instandsetzung dringend erforderlich ist.

*

In der geschlossenen Sitzung wurden der Polizeikommissar Johannes Weniger aus Altenweddingen und der Polizist Ewald Krug angestellt.

Gewerkschaftsfestumzug und Oberverwaltungsgericht.

Der Festzug, den die Gewerkschaften Halles für den 7. Juli vorigen Jahres geplant hatten, beschäftigte das Ober-Verwaltungsgericht zum zweiten Male, ohne daß es zu einer Entscheidung kam. Die Polizei hatte damals zwar einen Gewerkschaftsumzug mit Musik gestattet, aber nur unter der Bedingung, daß er seinen Weg durch die Ludwig-Wucherer-, Händel- und Gartenstraße nehme. Insbesondere sollte die beantragte Bernburger Straße nicht berührt werden. Ferner hatte die Polizei die Bedingung gestellt, daß die Fahnen, die mitgeführt werden sollen, der Polizei vorher vorgewiesen werden. Die vom Genossen Koenen, als zweiten Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells gegen das polizeiliche Verbot des beantragten Umzugs durch die Stadt eingereichte Klage beschäftigte gestern, am 7. April, zum zweiten Male das Oberverwaltungsgericht. Es war das erstemal Beweis beschlossen worden darüber, wie sich Sonntags die Verkehrsverhältnisse in den namentlich von der Polizei beanstandeten Straßen: Albrechtstraße, Bernburgerstraße und Mühlweg gestalteten. Die Polizeiverwaltung war um eine amtliche Auskunft ersucht worden. Sie hatte nun so unglaubliche Zahlen beigebracht, daß Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine in der neuen Verhandlung am Montag sagen konnte, wenn die Zahlen richtig wären, dann müßten Sonntag nachmittags sämtliche Hallenser, einschließlich der Wickelkinder, unterwegs sein. Im übrigen kritisierte der Anwalt auf Grund genauer Informationen die Angaben der Polizeiverwaltung über die örtlichen Verhältnisse. Auch bernwies der Anwalt darauf, daß man hier doch eigentlich die Gegenpartei um Auskunft ersucht habe, wenn auch formell der Oberpräsident der Beklagte wäre. Es müßte verlangt werden, daß die Polizeiverwaltung mindestens die Unterlagen für ihre Zahlen angebe. Man müßte doch wissen, wie ihre Umfrage sich gestaltet habe.

Das Oberverwaltungsgericht kam noch zu keiner Entscheidung. Es beschloß, die Polizeiverwaltung aufzufordern, zu den von den ihren abweichenden Angaben des Klägers über die Verkehrsfrequenz Stellung zu nehmen und sich zu äußern, inwieweit sie ihre eignen Angaben aufrechterhalte. Dann wird ein neuer Termin stattfinden. — Selbstverständlich werden wir dann zu gegebener Zeit die unglaublichen Zahlen der Polizei, die Genossen Heine zu der Bemerkung von den Wickelkindern reizte, der Oeffentlichkeit zur Erheiterung preisgeben. Wir sind nur gespannt, was die Polizei jetzt noch bringen wird!?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0007

* **Die Dienstmädchen, Köchinnen, Aufwärter- und Waschfrauen** halten Mittwoch, den 9. April, abends 9 Uhr, in Wilsdorfs Konzerthaus, Karlstraße 14, eine öffentliche Zusammenkunft ab. Frau Auguste Hennig aus Leipzig spricht über: „Der Dienstboten Leiden und Freuden." Es wird um zahlreichen Besuch der Veranstaltung gebeten. Namentlich werden die aufgeklärten Arbeiter, die Familienangehörige haben, die dem „dienenden Stande" angehören, gebeten, diese auf die Versammlung hinzuweisen. Gerade diese Personen sind der Organisation noch vielfach ferngeblieben.

* **„Studentische Unterrichtskurse."** Die Befürchtung, daß der starke Rückgang der Teilnehmerzahl der Kurse im vorigen Sommer auch das Winter-Semester beeinflussen würde, ist glücklicherweise nicht eingetroffen. Von 300 im Sommer ist die Zahl der Anmeldungen in diesem Semester auf 504 gestiegen. Dieses erfreuliche Resultat ist, abgesehen davon, daß im Winter die Beteiligung stärker zu sein pflegt als im Sommer, doch vor allem wohl der energischen Propaganda der Ferienkommission zuzuschreiben, die darauf sah, daß die versandten Unterrichtspläne auch wirklich in die Hände der Arbeiter gelangten, was zu Beginn des vorigen Sommers nicht immer der Fall war. Und so sind denn auch die Vorbereitungen für das nächste Semester mit größter Sorgfalt zu betreiben, denn wenn auch dieses verflossene Semester einen großen Fortschritt gegenüber dem Sommer bedeutet, gegenüber dem vorigen Winter, wo die Zahl der Anmeldungen 600 betrug, bleibt er doch erheblich zurück. Auch ist zu hoffen, daß die Beteiligung der Studierenden noch größer wird, es machte zu Beginn des Semesters Mühe, für jeden angekündigten Kursus einen Leiter zu bekommen, ein sog. Helfer, der für manchen Kursus, z. B. Rechnen, überaus wichtig ist, fand sich für keinen Kursus.

Die auf alle Abende der Woche verteilten Kurse betrugen 36 (im vorigen Semester 32), und zwar 26 Männerkurse und 10 Frauenkurse. Die Unterrichtsgebiete waren: Deutsch in vier Stufen, Rechnen in drei Stufen, Französisch Mathematik in zwei Stufen, ferner Stenographie (Stolze-Schrey), Schönschreiben, Buchführung, Englisch, Griechisch (nur für Schriftsetzer) Gesundheitslehre und schließlich für Männer- und Frauenkurse zusammen Gesang.

Wie bisher lag der Schwerpunkt des Unterrichts in der deutschen Sprachlehre und im Rechnen und es ist in der Folgezeit stets darauf zu achten, daß die Kurse ihrem Hauptziel, den Arbeitern Elementarkenntnisse zu vermitteln, treu bleiben. Als wichtige Neuerung in dieser Richtung ist zu bezeichnen, daß vom nächsten Semester an für die fremdsprachlichen Kurse sowie für Mathematik ein Nachweis der erforderlichen Vorkenntnisse im Deutschen bezw. im Rechnen verlangt wird.

Unter den Lehrkräften (31 Studenten und 7 Studentinnen) war die Zahl der Korporierten und Nichtkorporierten etwa gleich groß. Die größte Zahl der Studierenden gehörte der philosophischen Fakultät an, an zweiter Stelle kamen dann die Theologen, außerdem beteiligten sich je ein Mediziner und Jurist.

Die Hörerzahl in den Männerkursen betrug 261. Sie verteilten sich auf 48 Berufe, von denen besonders zu nennen sind: Schlosser mit 35, Bahnbeamte mit 35, Schriftsetzer und Drucker mit 28, Arbeiter mit 16, Schmiede mit 12, Dreher mit 12, Tischler mit 10, Militär mit 10, Postbeamte mit 8, Schreiber und Bureaugehilfen mit 2 Anmeldungen. Einen Kursus hatten belegt 159, zwei 92, drei 9 und vier 1 Hörer, sodaß von den 261 Hörern 374 Anmeldungen vorlagen.

Die Hörerzahl in den Frauenkursen betrug 102. 34 Hörerinnen gaben keinen Beruf an, die übrigen verteilten sich auf 19 Berufe, von denen besonders zu nennen sind: Kontoristinnen mit 25, Buchhalterinnen mit 13, Verkäuferinnen mit 11, Schneiderinnen mit 11, Weißnäherinnen mit 5, Stenotypistinnen mit 4, Hausfrauen mit 3 Anmeldungen. Einen Kursus hatten belegt 50, zwei 20 und drei 4 Hörerinnen, so daß von 102 Hörerinnen 130 Anmeldungen vorlagen.

An außerordentlichen Veranstaltungen sind neben den Veranstaltungen einzelner Kursleiter mit ihren Hörern zwei Vorträge für alle Kurse zu nennen, 3 Besichtigungen des Museums in der Moritzburg und eine Besichtigung der Ausstellung des Kunstvereins.

Der Beginn der Kurse ist auf Montag, 28. April, festgesetzt. Am Sonntag, 20. April, findet ein orientierender Vortrag statt, auf den zurzeit nochmals aufmerksam gemacht werden wird.

* **Generalversammlung der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten.** Die 12. ordentliche Generalversammlung der A.-G. Zoologischer Garten fand am vergangenen Sonnabend, abends 6 Uhr im Restaurant des Zoologischen Gartens statt. Die Beteiligung war eine schwache, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß das Besitzinteresse der Aktionäre seit dem Verkauf des Gartens an die Stadtgemeinde nicht mehr in dem Maße ausgeprägt ist, wie früher. Der gedruckte Geschäftsbericht ist vor einigen Tagen erschienen. Wir werden daraus noch einen Auszug bringen. Nachdem Herr Direktor Dr. Staudinger als Vorstand der Gesellschaft Erläuterungen zu dem Geschäftsbericht gegeben und Herr Bankier Ludwig Lehmann die Bilanz sowie die Verlust- und Gewinnrechnung in ihren einzelnen Positionen kommentiert hatte (woran sich eine kurze Debatte schloß), wurde die Bilanz und die Verlust- und Gewinnrechnung genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die aus dem Aufsichtsrate turnusmäßig ausscheidenden Herren: Gutsbesitzer H. Bardenwerper-Büschdorf, Rechtsanwalt Wolfgang Herzfeld und Bankier Ludwig Lehmann wurden einstimmig wiedergewählt.

* **Die öffentlichen unentgeltlichen Schutzpockenimpfungen** finden in diesem Jahre statt: in Halle-Trotha am Montag, den 28. April, und Montag, den 1. September, nachmittags 4 Uhr, im Schulgebäude Petersberg Straße 90; in Halle-Giebichenstein im Monat Mai an jedem Freitag, sowie Freitag, den 5. und 12. September, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle der Schule Gr. Brunnenstraße 5 (Eingang Friedenstraße); in Halle-Kröllwitz am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Schulgebäude Schulberg 19; in der Altstadt am Dienstag, den 29. April, in den Monaten Mai, Juni und September jeden Dienstag, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle der Schule Taubenstraße 13, sowie Mittwoch, den 30. April, in den Monaten Mai, Juni und September jeden Mittwoch, und Mittwoch, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle des Schulgebäudes Dreyhauptstraße 5. In den Monaten Juli und August werden öffentliche Impfungen nicht vorgenommen. Der Impfung sind die Kinder zu unterziehen, die im Jahre 1912 oder früher geboren und bisher überhaupt nicht oder zum ersten und zweiten Male erfolglos geimpft worden sind oder kranktheitshalber nicht geimpft werden konnten.

* **Opfer einer bösen Unsitte.** In der Kl. Ulrichstraße trat am heutigen Morgen eine anscheinend auswärts wohnende Frau auf eine Apfelsinenschale. Sie fiel nieder und war nicht imstande, sich selbst wieder zu erheben. Sie mußte von hilfsbereiten Straßenpassanten nach einem benachbarten Grundstück getragen werden, wo sie sich erst nach längerer Zeit erholte, aber über innere Schmerzen klagte, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

* **Stadttheater.** Heute abend zum Benefiz für den ersten Kapellmeister Karl Oneßorg — 7 Uhr beginnend — Siegfried von Richard Wagner. — Mittwoch zum 5. Male Filmzauber. — Für Donnerstag ist eine interessante Erstaufführung angesetzt: Jesuiten, ein dreiaktiges Schauspiel des Holländers van Mens in der deutschen Uebertragung von Else Otten. Wie schon der Titel sagt, behandelt das zeitgemäße Schauspiel die Jesuitenfrage, über die gerade in den letzten Wochen auch in Deutschland viel geschrieben und gesprochen worden ist. Die Inszenierung leitet Herr Sieg. Vorzugsarten der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit. Freitag ist das Benefiz des beliebten Ehepaares Alice v. Voss-Gruselli und Fritz Gruselli, Eine der schönsten deutschen Spielopern — Die lustigen Weiber von Windsor — haben sich die beiden Künstler für ihren Ehrenabend ausgewählt. Hoffentlich ist ihnen ein volles Haus beschieden. Sonnabend zum dritten Male Opernnovität Theodor Körner. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Eva (Das Fabrikmädel).

* **Straßenunfälle.** An der Krukenberg- und Forsterstraßen-Ecke überfuhr heute morgen in der achten Stunde ein Geschirr der Firma Roeder, Gr. Ulrichstraße, einen Radfahrer, der gerade im Begriff war, von der Forsterstraße in die Krukenbergstraße einzubiegen. Der Radler wurde gegen die Bordschwelle geschleudert und erlitt starke Verletzungen im Gesicht und an den Händen, sein Rad wurde von den Hufen der Pferde völlig zertrümmert. — Auf dem Harz wurde heute vormittag ein alter Invalide umgefahren, wobei er Verletzungen am linken Auge erlitt. Vom Druckereipersonal des Volksblattes wurde dem Verletzten ein Notverband angelegt. Ob der Invalide auch noch innere Verletzungen erlitten hat, muß erst die ärztliche Untersuchung ergeben.

* **Straßensperrung.** Behufs Neupflasterung wird die Liebenauer Straße zwischen Rannischem Platz und Wolfstraße vom 9. d. Mts. ab bis auf weiteres für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Löbejün. Stadtverordnetensitzung. Da der jetzige Bürgermeister Beling in Lübbenau im Spreewald als Bürgermeister gewählt ist und unseren Ort in nächster Zeit verläßt, wurde die Neuausschreibung der Stelle beschlossen. Als Anfangsgehalt soll 3000 Mk. mit zwei Zulagen a 300 Mk. von 3 zu 3 Jahren gezahlt werden. Der Stadtverordnete Fuchs beantragte die Stelle mit 2400 Mk. auszuschreiben. Da die Regierung jedoch, bei der vorigen Ausschreibung diesen Satz als ungenügend erachtet und deshalb die Zustimmung versagt hat, zog Herr Fuchs seinen Antrag zurück. Der Genosse Röber beantragte hierauf die Zulagen wegzulassen, doch wurde dieser Vorschlag abgelehnt und mit 5 gegen 4 Stimmen, wie oben beantragt, beschlossen. Hätten unsere anderen beiden Vertreter, die man widerrechtlich vom Rathause fernhält, mit abstimmen können, so hätte der Stadt eine hübsche Summe erspart werden können. Außer dem Gehalt bezieht der Bürgermeister noch 450 Mk. Nebeneinnahmen und Reisespesen. Die Einwohnerzahl und die Steuerkraft unserer Stadt gehen aber ständig zurück. — Hierauf wurde der Bürgermeister Beling ermächtigt, in der Klage Rost-Spangenberg, wegen Ungültigkeitserklärung ihrer Wahl als Stadtverordnete, seine Vertretung auf seinen Amtsnachfolger oder einen Rechtsanwalt zu übertragen.

Allerlei.

Eisenbahnunglück in Ungarn.

Der Schnellzug Budapest-Fiume ist am Montag früh in der Nähe von Ogulin mit einem Lastzug zusammengestoßen. Beide Züge wurden schwer beschädigt. Ein Schlafwagen, der mit Passagieren voll besetzt war, wurde, da er unter die Lokomotive des Lastzuges kam, vollständig zertrümmert. Die beiden Heizer, beide Lokomotivführer und der Zugführer des Schnellzuges wurden getötet. Der Schnellzug, der zahlreiche Badegäste von Budapest nach der ungarischen Reviera führte, war dicht besetzt.

Budapest, 7. April. Bei dem Eisenbahnzusammenstoß auf der Strecke Budapest-Fiume sind vier Personen getötet und fünf schwer verletzt worden; dies sind sämtlich Bahnbedienstete. Von den Passagieren ist niemand verletzt. Der Verkehr ist unterbrochen.

Die Pferdefleischvergiftungen in Solingen.

Bei vielen der an Fleischvergiftung erkrankten Personen, besonders Kindern, stellte sich jetzt ein Hautausschlag des Gesichts ein. An Magen- und Darmkatarrh leiden besonders die älteren Erkrankten. Man zweifelt, daß das Fleisch, durch das die Vergiftung hervorgerufen wurde, nur von einem Pferde stammte. In medizinischen (!) Kreisen hält man Paratyphusbazillen für die Ursache der Vergiftung. (?)

Ein unverständliches Urteil.

Wenige Tage nach der Ermordung des Genossen Schuhmeier kam ein gewisser Freiberger aus München nach Wien, der die Absicht hatte, den Bruder des Mörders, den christlichsozialen Landtagsabgeordneten Kunschak, zu erschießen. Freiberg wurde verhaftet und vor das Gericht gestellt, das ihn wegen des Vergehens der gefährlichen Drohung zu zwei Jahren schwerem Kerker verurteilte, obgleich an seiner gesunden Vernunft mancher Zweifel möglich ist.

Schweres Brandunglück.

Der Maurer Abrell in Markt Rottenbach kam beim Brand seines Hauses **mit seinen drei Kindern** im Alter von 6 bis 11 Jahren in den Flammen um.

Bensein a. d. Bergstraße, 7. April. Heute nacht gegen 3 Uhr brach in dem Hause des Wirts und Spediteurs Kraft in der Bahnhofstraße ein Feuer aus, das den größten Teil des Gebäudes in Asche legte. Der 28jährige Kutscher Arnold erlitt schwere Brandwunden und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man die verkohlte Leiche des 38 Jahre alten Fuhrmanns Leis, der dort genächtigt hatte. Außerdem wird noch der Fuhrmann Rau vermißt.

Ernste Mahnworte an die Kaiserin.

Im Simplizissimus veröffentlicht Ratatöskr folgende beherzigenswerte Mahnung:

Der Krokus blüht, die Amsel schlägt.
Du fühlst dich gleichfalls angeregt
Und weil das denn so Sitte ist,
Reimst du den innerlichen Mist.

In Gottes Namen! — Aber gelt,
Verschweig's der übrigen Welt
Und pack es nicht in ein Kuvähr
Und schick es keinem Redaktör.

Du ahnst nicht, wieviel Seelenzimmt
Der Aernste täglich zu sich nimmt!
Er klappert mit dem Backenzahn,
Er schlottert wie in Fieberwahn.

Und scheint dir's trotzdem, daß du mußt,
Und sprengt es dir die Hemdenbrust,
Und wirst du anderswie nicht froh,
Dann wenigstens mit Rückporto...

Letzte Nachrichten.

Die Blockade wird beginnen.

London, 8. April. Aus amtlichen Kreisen erfährt das Reutersche Bureau, daß jetzt vorgeschlagen wird, binnen drei Tagen die Blockade zu beginnen, falls Montenegro sich den Wünschen der Mächte nicht fügt. Die Botschafter halten morgen ihre nächste Sitzung ab.

Die Wirkung auf Frankreich!

Paris, 8. April. Die Autorité schreibt: Falls nach der Rede des deutschen Reichskanzlers das französische Parlament noch zögert, die uneingeschränkte dreijährige Dienstzeit zu bewilligen, dann würden sich seine Mitglieder einfach des Hochverrats schuldig machen und die Todesstrafe verdienen.

Quittung.

Für Parteizwecke: Versammlung Beesenlaublingen 6,50 Mk. Von Aug. Loß 10 Mk. Reiwand.

Kontrollversammlungen

im Kreise Wittenberg.

Kemberg (Schützenhaus): 11. April, 9 Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen aus Ateritz, Bergwitz, Bietegast, Dorna, Gaditz, Globig, Gniest, Gommlo, Kemberg, Klitzschena, Lammsdorf, Lubast, Mertwitz, Pannigkau, Rackith, Reuden, Rötzsch, Rotta, Schnellin, Selbitz, Uthausen, Wachsdorf 11. April, 11 Uhr, für die Ersatzreservisten aus den vorstehend aufgeführten Ortschaften. 11. April, 1.30 Uhr, für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie aus den vorstehend aufgeführten Ortschaften.

Wittenberg (Hotel zur Reichspost): 12. April, 8 Uhr, für die Reservisten der Provinzial-Infanterie aus der Stadt Wittenberg. 12. April, 11 Uhr, für die Landwehrleute 1. Aufgebots der Provinzial-Infanterie aus der Stadt Wittenberg. 12. April, 3 Uhr, für die Reservisten der Spezialwaffen aus der Stadt Wittenberg. 14. April, 8 Uhr, für die Mannschaften der Landwehr 1. Aufgebots der Spezialwaffen aus der Stadt Wittenberg. 14. April, 11 Uhr, für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie (Reserve und Landwehr 1) aus Abtsdorf, Apollensdorf, Bleesern, Boos, Dabrun, Euper, Eutzsch, Hohndorf, Kleinwittenberg, Labetz, Melzwig, Piesteritz, Pratau, Reinsdorf, Rothemark, Seegrehna, Teuchel, Thießen, Trajuhn, Wiesigk, Zörnigall. 14. April, 3 Uhr, für die Mannschaften der Ersatzreserve aus vorstehend aufgeführten Ortschaften. 15. April, 8 Uhr, für die Ersatzreservisten der Jahresklassen 1900 bis 1906 aus der Stadt Wittenberg. 15. April, 11 Uhr, für die Ersatzreservisten der Jahresklassen 1907 bis 1912 aus der Stadt Wittenberg. 15. April, 3 Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen aus den vorstehend aufgeführten ländlichen Ortschaften.

Rudersdorf (Gasthof Möbius): 16. April, 9 Uhr, für die Mannschaften aller Waffen einschließlich der Ersatzreservisten aus Berkau, Braunsdorf, Dobien, Grabo, Rudersdorf, Schmilkendorf, Straach.

Feldheim (Gasthof Meske): 16. April, 3 Uhr, für die Mannschaften aller Waffen einschließlich der Ersatzreservisten aus Danna, Eckmannsdorf, Feldheim, Kurzlipsdorf, Marzahna, Schmögelsdorf, Schönefeld, Schwabeck.

Kropstädt (Stadt Berlin): 17. April, 9 Uhr, für die Mannschaften aller Waffen einschließlich der Ersatzreservisten aus Jahmo, Kerzendorf, Köpenick, Kropstädt, Mochau, Weddin, Wergzahna.

Zahna (Rathaussaal): 17. April, 2½ Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen aus Jahmo, Blönsdorf, Bülzig, Klebitz, Leetza, Mellnsdorf, Ottmannsdorf, Rahnsdorf, Raßdorf, Wüstemark, Zallmsdorf. 18. April, 7.45 Uhr, für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie aus vorstehend aufgeführten ländlichen Ortschaften. 18. April, 9.30 Uhr, für die Ersatzreservisten aus den vorstehend aufgeführten Ortschaften.

Elster (Anker): 18. April, 2.30 Uhr, für die Mannschaften aller Waffen einschließlich der Ersatzreservisten aus Dietrichsdorf, Elster, Gallin, Gielsdorf, Jerbegka, Külso, Listerfehrda, Prühlitz und Wartenburg.

Pretzsch (Lokal Sensenhauser): 19. April, 9.45 Uhr, für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie, ohne die Unteroffiziere und Unteroffizier-Aspiranten, da dieselben nachmittags 1 Uhr zu erscheinen haben, aus Bleddin, Bösewig, Greudnitz, Kleinzerbst, Merschwitz, Pretzsch mit Domäne, Prietzig, Proschwitz, Sachau, Trebitz, Wörblitz. 19. April, 1 Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen sowie für die Ersatzreservisten aus vorstehend aufgeführten ländlichen Ortschaften.

Anmerkung: Sämtliche Unteroffiziere und Unteroffizier-Aspiranten aller Waffen des Kontrollplatzes Pretzsch haben nur zur Kontroll-Versammlung am 19. 4. 13, nachmittags 1 Uhr, zu erscheinen.

Schmiedeberg (Schützenhaus): 21. April, 8 Uhr, für die Mannschaften der Provinzial-Infanterie aus Dahlenberg, Großwig, Großkorgau, Kleinkorgau, Leipnitz, Meuro, Moschwitz, Oesterritz, Ockeln, Patzschwig, Reinharz, Schmiedeberg, Scholis, Splau, Sackwitz. 21. April, 11 Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen und Ersatzreserve aus den vorstehend aufgeführten Ortschaften.

Sunlicht Seife

wird aus streng geprüftem, edelstem Rohmaterial hergestellt! Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Seife Millionen Hausfrauen jeden Standes!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 82 Halle (Saale), Mittwoch den 9. April 1913 24. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

186. Sitzung vom 7. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, v. Heeringen, Kühn, v. Jagow, Lisco, v. Schorlemer, Kraetke, Delbrück.

Die Wehrvorlage.

Reichskanzler **v. Bethmann Hollweg:** Nach dem einmütigen Urteil unserer militärischen Autoritäten ist die Wehrvorlage notwendig, um durch die Verstärkung unserer Wehrmacht die Zukunft Deutschlands zu sichern. Wir nützen gegenwärtig die Wehrfähigkeit, unserer Bevölkerung nicht voll aus. Trotz der Verstärkung, die wir periodisch uns noch im vorigen Jahre vorgenommen haben, hat die Entwickelung unseres Heeres mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt gehalten. Sollte uns jetzt ein Krieg aufgenötigt werden, so können und werden wir ihn schlagen im Vertrauen auf die Tapferkeit unseres Heeres. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Aber die Frage ist nur die: Können wir uns weiterhin den Luxus gestatten, auf Tausende von ausgebildeten Soldaten zu verzichten, die wir haben könnten, jetzt aber nicht einstellen? (Sehr richtig! rechts.) Kein Mensch weiß, ob und wann uns ein Krieg beschieden sein wird, aber sodiel ist sicher: kein europäischer Krieg wird entbrennen, in den nicht auch wir verwickelt werden und dann werden wir um unsere Existenz zu kämpfen haben. Wer will die Verantwortung dafür tragen, daß wir bei einem Ringen auf Leben und Tod nicht so stark sind, wie wir stark sein können. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.)

Seit Beginn des Balkankrieges waren die Großmächte bestrebt, den Krieg zu lokalisieren. Und doch hat monatelang eine Spannung bestanden und Oesterreich und Rußland haben zu außergewöhnlichen militärischen Maßnahmen gegriffen. Wiederholt hat es des ganzen Verantwortlichkeitsgefühls der interessierten Kabinette bedurft, um den Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätzen die Schärfe zu nehmen, die zu einem gewaltsamen Ausbruch hätte führen können. Europa wird dem englischen Minister des Auswärtigen Dank wissen für den Geist der Versöhnlichkeit, mit dem er die Londoner Botschafterbesprechungen leitete. Deutschland nimmt an diesem Dank umso innigeren Anteil, als es sich mit den Zielen der englischen Politik eins weiß und treu zu seinem Bundesgenossen stehend in demselben Sinne gearbeitet hat. (Bravo! bei der Volkspartei.) Jetzt gilt es, die Entschließungen der Großmächte zur Geltung zu bringen, und wir werden auf das Energischste dabei mitwirken. Gegenüber dem herausfordernden Widerstand von Montenegro (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) kommt es darauf an, daß das bisherige Zusammenarbeiten der Großmächte auch weiterhin standhält. Die Londoner Beschlüsse müssen schleunigst durchgeführt werden, dann wird sich auch für die noch ungelösten Fragen eine friedliche Erledigung finden. An die Stelle der europäischen Türkei mit ihrem passiv gewordenen staatlichen Leben sind Staaten getreten, die eine ganz außergewöhnliche aktive Lebenskraft dokumentieren. (Sehr richtig!) Wir alle haben ein Interesse daran, daß die Balkanstaaten einer Epoche langer Friedenszeit entgegengehen, die sie in wirtschaftliche Zusammenhänge mit ihren Nachbarn und Europa bringt. Dann werden auch sie ein Faktor des europäischen Friedens sein.

Trotzdem bleibt das eine unzweifelhaft: sollte es einmal zu einem europäischen Zusammenstoß zwischen Slawen und Germanen kommen, dann ist es für uns ein Nachteil, daß an die Stelle der Türkei jetzt zum Teil slawische Staaten getreten sind. Aus dieser Verschiebung der militärpolitischen Situation müssen wir jetzt die Konsequenzen ziehen. Ich sage das nicht, weil ich diesen Zusammenstoß für unausbleiblich halte, aber manche Publizisten vertreten diese These und diese in die Ohren fallenden Schlagwörter düngen den Boden, auf dem mißleitete Volksleidenschaften in die Keime schießen. (Zustimmung.) Mit Rußland stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen. (Beifall rechts.) Sie aufrecht zu erhalten, habe ich von vornherein für meine Aufgabe angesehen und ich habe den Eindruck, daß meine Bestrebungen nicht unerwidert geblieben sind. (Erneuter Beifall rechts.) Deutschland und Rußland brauchen sich nicht ins Gehege zu kommen, aber die Siege der Balkanslawen haben die panslawistische Strömung mächtig gefördert.

Unsere Beziehungen zur französischen Regierung sind gut, und ich habe allen Grund, zu glauben, daß die gegenwärtige französische Regierung in nachbarlichem Frieden mit uns zu leben wünscht. Ob und welchen Wechsel die Zukunft bringen mag, weiß niemand. Im Vergleich zu der Zeit vor 25 Jahren sind, wie ich glaube, die Chancen dafür, daß die Kabinette der Großmächte den Mittelpunkt kriegerischer Absichten bilden, nicht gestiegen, sondern gesunken. (Sehr richtig! links.) Von den Dimensionen eines Weltbrandes, von dem Elend und der Zerstörung, die er über die Völker bringen würde, macht sich kein Mensch eine Vorstellung. Alle bisherigen Kriege werden wahrscheinlich ein Kinderspiel dagegen sein. (Sehr richtig!) Kein verantwortungsvoller Staatsmann wird gesonnen sein, die Lunte leichtfertig ans Pulver zu legen. Die Neigung dazu hat abgenommen, zugenommen aber hat die Macht der öffentlichen Meinung und innerhalb dieser der Druck derer, die sich am lautesten gebärden. Das pflegen, je demokratischer die Einrichtungen sind, in leidenschaftlich erregten Zeiten nicht Majoritäten, sondern Minoritäten zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube nicht, daß das Volk der Franzosen in seiner Gesamtheit zum Kriege drängt. Aber weite französische Kreise, nicht nur Chauvinisten, glauben, uns wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gewachsen zu sein, im Vertrauen auf die Güte der eigenen Armee, auf das Bündnis mit Rußland, vielleicht auch in der Hoffnung auf England. Man pocht auf die Ueberlegenheit der französischen Artillerie, den Vorsprung der französischen Fliegerkunst und die bessere Ausbildung des französischen Feldsoldaten. Der Anschluß der Balkanstaaten und der Anschluß Elsaß-Lothringens wird im voraus angenommen. Als Bismarck 1887 das Septennat forderte, bestand der Dreibund, aber noch kein Zweibund und keine Tripleentente. Die Gruppierung der Mächte bestimmt die Situation. Fest steht der Dreibund wie je. (Lebhafter Beifall.) Er dient der Welt, die Probe hat er abgelegt. Trotzdem bleibt Deutschland auch mit dem Dreibund wie kein anderes Land eingekeilt zwischen Slawen und Franzosen. Der Kriegsminister wird Ihnen in der Kommission eingehende Angaben über die militärische Stärke unserer Nachbarn machen. Uns leitet nicht der Gedanke des Wettrüstens oder der Frage de nombre (Zahlenwut) (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Mit unseren russischen Nachbarn können wir doch niemals um die Wette rüsten. Aber wir werden Ihnen zahlenmäßig nachweisen, welch außerordentliche militärische Anstrengungen unsere Nachbarn machen. In Rußland vollzieht sich mit einer staunenswerten ökonomischen Entwickelung die Reorganisation der Armee. Frankreich stellt seit langem den letzten Mann ein, und wenn es jetzt auf die dreijährige Dienstzeit zurückgreift, so liegt darin für uns keine Provokation. Frankreich will sich eben so stark machen, als es vermag. Da hieße es geradezu, das Schicksal heraufordern, wollten wir sagen: wenn ein Krieg kommt, sind wir stark genug. Wir machen Ihnen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben, und wenn Krieg kommt, Sieger bleiben wollen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Wir werden niemals der Störenfried sein. Aber politische Freundschaften sind politische Gesellschaften, und Gesellschafte schließt man am besten unter starken Partnern ab; der Schmache kommt immer unter die Räder. Lord Churchill hat für das Schiffsverhältnis auf ein Jahr Bauferiertag angeregt. Wir werden bei den großen Schwierigkeiten des Problems abwarten müssen, ob die englische Regierung ex uno mit konkreten Vorschlägen herantreten wird. Aber schon die Aussprache dieses Gedankens bedeutet einen großen Fortschritt. Ich hoffe, daß die Zeiten der alten Flottenhetze, die immer wieder die Beziehungen beider Länder vergiftete, für immer der Vergangenheit angehören werden. Die Feststellungen der englischen Minister, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern zurzeit gut sind, kann ich nur bestätigen und freue mich, es tun zu können. Auch wir wollen, was Churchill für England gefordert hat, frei und stark sein, nicht um andere zu unterdrücken, sondern um uns frei zu entfalten und wenn es nottut, unser Wort mit dem ganzen Gewicht unserer Stärke für den allgemeinen Frieden in die Wagschale werfen zu können. Wir wollen einer ungewissen Zukunft mit gutem Gewissen entgegengehen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Ich färbe nicht schön und ich färbe nicht schwarz, beim Reichstag liegt jetzt die Entscheidung. Er wird vor der Größe der Forderungen nicht zurückschrecken.

Bei jeder deutschen Militärvorlage hat es geheißen: jetzt kommt der Krieg und bisher ist der Friede erhalten geblieben. Trotz der ungeheuren Aufwendungen für unsere Rüstung haben wir uns wirtschaftlich noch nie so stark wie heute gefühlt. Die Weltgeschichte kennt kein Volk, das zugrunde gegangen wäre, weil es sich in seiner Wehrhaftmachung erschöpft hätte, wohl aber viele, die verkommen sind, weil sie über Wohlleben und Luxus ihre Wehrhaftigkeit vernachlässigt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ein Volk, das nicht reich genug zu sein glaubt, um seine Rüstung instandzuhalten, zeigt nur, daß es seine Rolle ausgespielt hat. (Sehr richtig! rechts.) Bedroht uns jemand Haus und Hof, dann stehen wir bereit bis auf den letzten Mann! (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum, bei den Nationalliberalen. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **v. Heeringen:** Die Verstärkung unserer Rüstung soll nicht einer akuten Gefahr begegnen. Nicht in der überwiegenden Zahl ist die Ueberlegenheit einer Armee zu suchen, sondern in der guten Organisation, Ausbildung und Führung. Aber schließlich kommt auch der ziffernmäßige Vergleich unserer Wehrvorlage in Betracht. Im Kriegsfalle müßte die Ergänzung des deutschen Heeres ganz erheblich auf ältere Jahrgänge zurückgreifen und damit würden wir unsere Truppen quantitativ wie qualitativ schwächen. Zwingend ist das Bedürfnis nach Verstärkung des Grenzschutzes, das Luftfahrwesen ist aus dem Stadium vorsichtigen Tastens herausgetreten, daher fordert die Vorlage eine ganz bedeutende Verstärkung der Luftstreitkräfte. Der größte Teil der Ergänzung unserer Friedensstärke an Mannschaften und Pferden soll dazu verwandt werden, die Etats der einzelnen Waffen zu erhöhen. Eine solche Erweiterung unserer Friedensarmee verlangt eine entsprechende Verstärkung an Offizieren und Unteroffizieren und als logische Folge davon eine ebenso ausreichende Verstärkung unserer materiellen Streitkräfte. Die Wehrvorlage ist keine Bedrohung unserer Nachbarn, sie will nichts anderes sein als eine starke Bürgschaft für den Frieden und die Weiterentwickelung von Deutschlands Arbeit, Handel und Industrie. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Haase (Soz.):

Die Heeresvorlage fordert vom Volke ungeheure Opfer. Sie übersteigt alles, was jemals in Friedenszeiten einem Volk von einer Regierung zugemutet worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts einer solchen enormen Vermehrung der persönlichen und finanziellen Lasten hätte man erwarten können, daß die Regierung für so ungewöhnliche Maßregeln auch außergewöhnliche Gründe beibringen würde. Aber was der Kriegsminister vorgetragen hat, ist im Grunde nichts anderes als allgemeine Redewendungen, mit denen auch jede andere Militärvorlage hätte begründet werden können und mit denen auch frühere Militärvorlagen begründet worden sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission soll wohl der Schleier erst gelüftet werden. Der Reichskanzler hat immer und immer wieder von der Veränderung der politischen Lage infolge des türkischen Krieges gesprochen und von den Volksstimmungen in Frankreich und Rußland. Aber sind denn diese Volksstimmungen etwas Neues? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wußte der Reichskanzler das nicht schon ebensogut im vorvorigen und vorigen Jahre? Der Reichskanzler hat auch heute wieder betont, daß unsere Beziehungen zu England sehr gut seien. Beide Regierungen haben, wie wir vernommen haben, im Einvernehmen gehandelt und einen Weltkrieg verhindert. Die Wolken des Mißtrauens diesseits und jenseits des Kanals derziehen sich, das Vertrauen steigt, wurde gesagt. Sehr interessant war, daß der Kanzler auch zugestand, daß ein Freijahr in den Marinebauten, das Churchill eingelegt wissen will, einen Fortschritt bedeuten würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Partei hat immer wieder darauf gedrungen, daß die Regierung mit England Verhandlungen anknüpfen und Vorschläge zu einer Verständigung machen sollte. Wir wurden als Utopisten verspottet und heute muß derselbe Reichskanzler, der sich an diesem Spott beteiligte, zugeben, daß das, was in der Richtung unserer Forderungen liegt, als Fortschritt zu bezeichnen ist. Die Zwangsvorstellung, daß der Krieg mit England unvermeidlich ist, schwindet immer mehr, und auch die Legende eines Geheimabkommens zwischen England und Frankreich ist von Grey vor dem englischen Parlament gründlich zerstört worden.

Bei früheren Rüstungsvorlagen hieß es immer: wir würden unsere Rüstung einschränken können, wenn sich eine Entspannung zwischen England und Deutschland herbeiführen ließe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Zustand ist heute eingetreten. Man müßte also logischerweise eine Einschränkung der Rüstung erwarten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen erhalten wir eine Heeresvorlage von einer Maßlosigkeit ohnegleichen. Der Militarismus hat eben seine eigene Logik. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kanzler führt uns die große Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der slawischen und der germanischen Welt vor Augen, um seine Vorlage zu begründen. Hört man ihn, so müßte man glauben, die Balkanvölker hätten ein germanisches Volk niedergeschlagen und nicht das osmanische Reich. All den Prophezeiungen, daß die Balkanvölker mit den anderen Slawen gegen uns vorgehen könnten, stehen wir skeptisch gegenüber. Zunächst steht nur das eine fest: Der Sieg im Balkankriege hat für die Balkanvölker selbst erschreckende Verluste an Gut und Blut mit sich gebracht. Es wird viele Jahre erfordern, um die Völker erst wieder zu kräftigen; sie scheiden also zunächst als Machtfaktor aus. Und mit keinem Worte ist erwähnt worden, daß Rumänien, der treueste Freund des Dreibundes, gestärkt dasteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Reibungen zwischen Bulgaren und Griechen nicht aufgehört haben, und daß die latenten Differenzen über die Teilung der Beute zwischen Serben und Bulgaren nun akut werden. (Hört! hört!) Wie kann man da gegenwärtig von dem Balkanbund als einem neuen Staatengebilde sprechen, das sein Gewicht in die Wagschale gegen den Dreibund werfen könnte. Und weiter: „und denn die Griechen Slawen? Glaubt der Reichskanzler wirklich, daß sie bei einem Kampf zwischen Germanen und Slawen, der ja eine rein phantastische Vorstellung ist, begeistert auf die Seite der Slawen treten würden? Auch ist durchaus nicht ausgemacht, daß der Balkanbund, wenn er sich wirklich zu einem einheitlichen Staatengebilde entwickelt, in Gegensatz zum Dreibund tritt. So weit das Deutsche Reich in Betracht kommt, wird das von seiner Politik abhängen, und wenn Oesterreich die Versuche unterläßt, die Serben wirtschaftlich zu erwürgen, so ist die Gefahr einer ernstlichen Verwickelung zwischen Oesterreich und Serbien beseitigt. Das deutsche Volk würde es in seiner überwältigenden Mehrheit ablehnen, für die Machtgelüste einer österreichischen Prestigepolitik in den Kampf zu ziehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man hat behauptet: wir müßten unser Heer verstärken, weil Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführt. Wer das behauptet, begeht Falschmünzerei. Ohne unsere Heeresvorlage würden die Franzosen nie an die dreijährige Dienstzeit gedacht haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Propaganda der französischen Hetzer für die dreijährige Dienstzeit hatte vollständig Fiasko gemacht. Erst als unsere Heeresvorlage in der „Post" angekündigt wurde, bekamen die französischen Chauvinisten Wasser auf ihre Mühlen. Gewiß, gibt es in Frankreich Chauvinisten; der Reichskanzler hat nur vergessen, hinzuzufügen: wie bei uns auch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterklasse in Frankreich ist genau so friedlich gesinnt wie die deutsche. Mit einer Entschiedenheit, die nicht übertroffen werden kann, hat die sozialdemokratische Partei, haben die Gewerkschaften in Paris und ganz Frankreich eine Verständigung mit Deutschland gefordert. (Abg. **v. Gamp:** Was hat das genutzt?) Der Erfolg hat sich schon darin gezeigt, daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit hinausgeschoben worden ist, und daß der Widerstand gegen sie immer größere Fortschritte macht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 1. März ist in Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Manifest der Sozialdemokratie in Millionen von Exemplaren verbreitet worden. Der Reichskanzler sagt: die Macht der öffentlichen Meinung habe zugenommen, aber gerade in demokratischen Ländern könne eine Minderheit die Massen in den Krieg hineintreiben und die Regierung mit sich fortreißen. Er sollte aber nicht lediglich von einer französischen Minderheit sprechen. Wie ist es denn bei uns? Die Militärvorlage ist ein Produkt der Agitation des Wehrvereins und der alldeutschen Blätter. Der Reichskanzler ist dieser kleinen Minderheit unterlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sollte also nicht an demokratische Länder denken, sondern an sich selbst, an unser Reich und sich stark machen gegen solche Hetzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nur ein paar Zitate als Beweis dafür, wie die Chauvinistenströmungen in Frankreich von deutscher Seite gestärkt wurden. In einem alldeutschen Blatt hat jüngst gestanden: „Auf die eine oder andere Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Blatte hieß es: „Frankreich muß so völlig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann." (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu halte man sich die Brandartikel der „Kölnischen Zeitung" vor Augen. Dann braucht man sich nicht zu wundern, daß aufgeregte Kreise in Frankreich an einen deutschen Ueberfall glauben. Die aufgeregten Gemüter haben sich nun einigermaßen beruhigt, und zwar im wesentlichen durch das verständige Verhalten der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen. Alle Parteien haben dort ausgesprochen, daß sie keinen Krieg wollen. Die wuchtige Kundgebung der sozialistischen Fraktion des Elsaß-Lothringischen Landtages hat auf die Revanchepolitiker in Frankreich abkühlend gewirkt, wie die chevaleresque Art der französischen Behörden in Luneville gezeigt hat. Niemals war die Situation zu einer Verständigung mit Frankreich so günstig wie jetzt. Von dort droht uns also kein Angriffskrieg. Mit England ist unser Verhältnis fast intim. Wozu dann die Heeresvorlage? Soll etwa wegen Stukari ein Weltkrieg entbrennen? Die europäischen Regierungen würden sich vor der Weltgeschichte bis auf die Knochen blamieren, und es würde ein frivoles und unverantwortliches Unterfangen sein, wegen einer solchen Lappalie einen Weltkrieg herbeizuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch unsere Beziehungen zu Rußland sind nach dem Reichskanzler gute. Die Bedeutung der panslawistischen Strömungen in Rußland hat der Kanzler ganz gewaltig übertrieben. Aber ganz abgesehen davon, entwickelt sich Rußland nach Osten und nicht nach Westen. Es treibt ir Ostasien eine Raubpolitik. Die russischen Arbeiter aber denken an keinen Krieg, sie wollen zunächst mit dem zaristischen Regime aufräumen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus dem blutgedüngten Boden Rußlands wachsen täglich neue Streiter gegen den Absolutismus, und diese Kämpfer lassen sich nicht durch auswärtige Abenteuer von ihren Freiheitsgedanken abbringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Würde Rußland einen Krieg wagen, es würde ihm ebenso gehen wie beim Kriege mit Japan, und eine Revolution würde heraufbeschworen, deren Folgen nicht abzusehen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch eine Verschiebung der Machtverhältnisse durch den Balkankrieg allein kann nicht der Grund für die Vorlage sein. Man will Elbogenfreiheit schaffen für imperialistische Eroberungspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb kann von einer friedlichen Tendenz der Vorlage keine Rede sein. Heute hat der Reichskanzler gesagt, die Regierung handle unverantwortlich, wenn sie nicht bis zum äußersten für den Krieg rüste. Im vorigen Jahre aber hat derselbe Reichskanzler erklärt, Deutschland sei schon damals kriegsbereit gewesen. Auch der Kriegsminister hat nach der Annahme der damaligen Heeresvorlage gesagt, damit sei die Sicherheit des Reiches garantiert. Weshalb kann auf einmal diese wahnwitzigen Opfer? Noch im Dezember 1912 versicherte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß nur ein Nachtragsetat mit Forderungen für Luftschiffe und Flugzeuge kommen würde. (Hört! hört!) Damals hatte sich die Verschiebung der Verhältnisse auf dem Balkan schon vollzogen. Deshalb kann diese Verschiebung nicht die wahre Ursache sein. Die Regierung ist auch der Hetze der Panzerplattenpresse bis zum Anfang dieses Jahres entgegengetreten, bis sie dieser Hetze erlag und bis der Reichskanzler und der Kriegsminister vor dem Wehrverein und dem Generalstab die Segel streichen mußten. Da wurden auf einmal gewaltige Mehrforderungen für notwendig erklärt, nachdem auch die höchste Stelle die Entscheidung zugunsten des Generalstabes gestellt hatte. Ist das auch alles richtig, dann fallen alle Ausführungen des Reichskanzlers in nichts zusammen. Und daß es richtig ist, zeigt die Dürftigkeit der vom Kriegsminister vorgetragenen Gründe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch nie hat in einem Parlament ein Kriegsminister eine solche Vorlage so nichtssagend zu begründen versucht; kein Wort davon, warum noch vor wenigen Monaten diese Forderungen für die Sicherheit des Reiches nicht notwendig waren. Am 22. Februar 1911 hat er die damalige Vorlage als den Niederschlag aus jahrelangen Erfahrungen, als letzte Mehrforderung für absehbare Zeit hingestellt. Jetzt aber fordert er alles, was der Wehrverein in seinen Treibereien verlangt. Wenn sich die Volksvertretung nicht von unverantwortlichen Politikern ins Schlepptau nehmen lassen will, muß sie ein energisches Nein sprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Zentrumsblatt „Germania" schrieb noch im Januar, daß kein Mensch in Deutschland sich eine solche Vorlage zu eigen machen könnte. Die „Kölnische Volkszeitung" bezeichnete die Inhaltsangabe der Vorlage in der „Post" als hysterisch verwirrte Phantasie. Was wird Herr Spahn nachher sagen? Und was für Worte fanden früher die Freisinnigen gegenüber Militärvorlagen von viel geringerem Umfang! Von den Nationalliberalen, hinter denen die rheinischen Großunternehmer stehen, die die Profite aus dieser Vorlage ziehen werden, erwarten wir ja nichts anderes, als daß sie sie annehmen. Jeder Gegner des Imperialismus aber muß sie verwerfen.

Alle militärpflichtigen jungen Leute sollen Mann für Mann aus der Luft des selbständigen Denkens in die dumpfe Kasernenatmosphäre gesteckt werden. Hat doch die „Kreuzzeitung" am 30. März die Erziehung in der Armee das stärkste Gegengewicht gegen die revolutionären Strömungen im Volke genannt. Alles läuft schließlich darauf hinaus, daß man das Heer als Instrument zur Niederhaltung der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse gebraucht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Handelte es sich nur um unsere Landesverteidigung, dann brauchten wir den ganzen Militarismus nicht. (Lebhaft wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts und im Zentrum.) Gerade

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0009

wir Sozialdemokraten haben mit freudigster Bewunderung in diesem Jahr an die große Volkserhebung von 1813 gedacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) *Aber die Sieger über den fremden Eroberer waren nicht militaristisch geschult. Wäre es damals nach der Regierung und den Junkern gegangen, dann wäre die große Befreiungstat niemals Wirklichkeit geworden. (Widerspruch rechts.) Das hat doch der damalige Kriegsminister v. Boyen festgestellt; die Adligen beteiligten sich nicht selbst an den Kriegshandlungen und fürchteten die Rache der eigenen Landsleute ebenso wie die Napoleons. So wandte sich damals ein preußischer Kriegsminister gegen den Adel (Abg. Lebebour: Das kommt jetzt nicht mehr vor!) Er wurde ja auch deshalb in die Wüste geschickt. (Heiterkeit.) Nur ein bis zwei Monate militärischer Ausbildung hatten damals die jungen Preußen, haben später die nordamerikanischen Freiheitskämpfer genossen und über die militärischen Leistungen der Schweizer Miliz haben sich der Kaiser und auch das „Militärwochenblatt" höchst lobend ausgesprochen. Diese Miliz wird aber in 173 bis 198 Tagen ausgebildet. Generalleutnant v. Pohlmann hat einmal gesagt, er könne in 16 Monaten jeden Soldaten vollkommen felddienstfähig ausbilden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein preußischer Kriegsminister erwiderte ihm, daß er es schon in 8 bis 10 Monaten könne, freilich schrieb er nachher, daß die nötige Disziplin nur in langjähriger Dienstzeit zu erlangen sei. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit war der Gehorsam gemeint, mit dem es gegen den inneren Feind gehen und auf Vater und Mutter geschossen werden soll. (Großer Lärm rechts und im Zentrum.) Das Wort vom Schießen auf Vater und Mutter hat sich tief eingepflanzt in die Brust des deutschen Arbeiters. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Einjährig-Freiwilligen beweisen, daß eine kürzere Dienstzeit genügt; sind sie denn von vornherein für den Militärdienst geeigneter als z. B. unsere Bauernsöhne, die mit den Pferden aufwachsen? Was heute gegen die einjährige Dienstzeit vorgebracht wird, ist seinerzeit auch gegen die zweijährige vorgebracht worden. Würden die Söhne der Besitzenden auch drei Jahre in der Kaserne dienen müssen, dann würden Sie selbst für die Verkürzung der Dienstzeit eintreten. Die geplante dreijährige Dienstzeit in Frankreich kennt keine Ausnahmen, entspricht also der Gerechtigkeit. Bilden Sie schon die Jugend militärisch aus, freilich nicht zum Paradedienst, dann können Sie die Dienstzeit verkürzen. Freilich, der brutale Terrorismus der preußischen Regierung gegen die Arbeiterjugend führt nicht zum Ziel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Der preußischen Regierung dürfen Sie nicht brutalen Terrorismus vorwerfen!

Abg. Haase (fortfahrend): Das Wettrüsten muß schließlich über sich selbst hinaus treiben und in das Milizsystem umschlagen. Schließlich werden Ihnen die Mittel ausgehen. Glauben Sie denn, daß der Wehrbeitrag mit Begeisterung gezahlt wird? Auf den Rausch folgt der Katzenjammer. Windthorst und Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere Kaiser, sowie eine Reihe von Kriegsministern haben ausgesprochen, daß die Heranziehung aller waffenfähigen Mannschaften unerschwingliche Kosten verursachen würde. Wenn man dem Volke so ungeheure Lasten auferlegt, müßten doch auch Gegenleistungen geboten werden. Aber nichts davon? Keine Herabsetzung der Dienstzeit, keine Aenderung des Militärgerichtswesens, das eine Scheidewand zwischen Zivil und Militär aufrichtet und dessen Urteile immer mehr dem Volksempfinden widerstreiten, keine Beseitigung all des überflüssigen kostspieligen Krams! Deutschland gibt jetzt schon für Heer und Flotte jährlich 1,57 Milliarden Mark aus, England 1,47 Milliarden Mark und Frankreich 1,24 Milliarden Mark. Sogar die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" erklärte, daß die Rüstungslasten auf das höchste Maß gestiegen sind. Und dazu nun noch eine Milliarde einmaliger Ausgaben und 186 Millionen jährlich mehr! Niemals ist ein falscherer Satz aufgestellt worden, als der, daß wer Frieden haben wolle, zum Krieg rüsten müsse!

Der Zentrumsführer Reichensperger hat ausgeführt, daß, wenn man den Krieg nicht wolle, man nicht rüsten dürfe, und wenn man den Frieden wolle, man den Frieden bereiten soll. Die Rüstungen erzeugen Mißtrauen, das Mißtrauen wieder Rüstungen. Nicht wegen, sondern trotz der Rüstungen ist es möglich gewesen, den Krieg noch hintanzuhalten. Welches Volk meinte der Reichskanzler, als er von Wohlleben und Luxus sprach? Das deutsche etwa, das unter der furchtbaren Teuerung leidet?! Nicht bloß die physische Tüchtigkeit, sondern die kulturelle Tüchtigkeit muß den Maßstab für die moralischen Kräfte eines Volkes bilden; dann aber ist diese Vorlage ein Schlag in das Gesicht des Volkes der Dichter und Denker! Wenn man sagt: Kanonen und Offiziere wären wichtiger als die Professoren an den Universitäten, so ist das ein Zeichen des Abstiegs. Machen Sie das Volk tüchtig durch besseren Arbeiterschutz, durch Verbesserung des Wohnungsgesetzes, durch Beseitigung der ungünstigen sozialen Zustände, und dann wird es den heimatlichen Boden zu schützen in der Lage sein. Vor 100 Jahren rief Fichte der deutschen Nation zu: „Wir wollen ein wahrhaftes Reich des Rechtes, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, mit aller Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, für Freiheit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt." Wenn diese Gedanken uns erfüllen, dann werden wir uns nicht stark machen, um übereinander herzufallen, sondern dann wird unser ganzes Streben sein, die Zivilisation zu fördern, den Frieden und die Freiheit der Völker. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) — fast unverständlich — hätte vom Kriegsminister eine eingehendere Begründung erwartet. Das Bündnis mit Rußland und mit England stärkt die Kriegslust in Frankreich. Des Reichskanzlers Bemerkungen über den Ausfall der Türkei aus dem europäischen Kräfteverhältnis sind richtig. An den Uebergang zur Miliz können wir allein ohne die anderen großen Staaten nicht denken. (Die weitere Rede bleibt unverständlich.)

Abg. **v. Liebert** (Rp.) beglückwünscht den Reichskanzler zu dieser Vorlage und bedauert, daß sie nicht zur Zeit der Marokkokrise gekommen ist; sie ist getragen von der Volksstimmung. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, denen der Redner zuruft, daß er sie nicht zum deutschen Volke rechne! Gelächter.) Wie stellen sich nur die Sozialdemokraten zur Jahrhundertfeier! Napoleon war ein Blutsauger und Ausbeuter, den Abg. Wendel in einem Frankfurter Vortrag verherrlicht hat. Sogar Arbeiter schließen sich dem Wehrverein an. Im Interesse der Deutschen gegen die Slawen akzeptieren wir begeistert die Vorlage. (Beifall rechts.)

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.) schließt sich an. Die Vorlage führe die allgemeine Wehrpflicht durch.

Abg. **Wendel** (Soz.) erklärt persönlich Lieberts Behauptung gegen ihn für unwahr, wofür allerdings dem Reichsverbandsvorsitzenden mildernde Umstände zukommen. (Heiterkeit.)

Dienstag 1 Uhr Weiterberatung. — Schluß 6½ Uhr.

Aus der Provinz.

Die indirekte Steuerlast der Provinz Sachsen.

Die Naturgesetze von Vererbung und Anpassung haben in unverkennbarer Weise die Entwicklung der direkten Besteuerung beeinflußt. Unter der Wirkung dieser beiden Faktoren hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten ein homogenes System der direkten Besteuerung herausgebildet. Allgemein hat die Personalbesteuerung über die Ertragssteuern gesiegt. Dabei ist es merkwürdig, daß die Steuergesetze der einzelnen Staaten meist nur geringfügige Abweichungen zeigen. Sowohl die leitenden Grundgedanken, als auch die steuertechnischen Einzelheiten kehren überall in formeller Gleichheit wieder. Die typischen Fortschritte eines Staates werden mit Sicherheit baldigst von den anderen Staaten übernommen. Es ist, als ob eine gewisse Gesetzmäßigkeit darüber waltet.

Leider haben wir von diesem Entwicklungs- und Anpassungsprozesse bei der indirekten Besteuerung gar nichts zu spüren. Ihre wissenschaftliche Grundlage ist so unsicher, daß nicht einmal eine allgemein gültige Definition des Begriffes möglich ist. Der bekannte Kollegscherz von der Hundesteuer, wonach diese Steuer „darum" als indirekte Steuer anzusprechen ist, weil sie nicht direkt vom Hund, sondern von seinem Herrn bezahlt wird, kennzeichnet die Hilfslosigkeit der Steuerlehrer in dieser Frage am treffendsten. Ein tieferer steuerpolitischer Sinn oder irgend welche Logik liegt der indirekten Besteuerung überhaupt nicht zugrunde, und wer sich z. B. in den Charakter der Salz- und Zuckersteuer vertieft, dem erscheint das Durchhalten gerade dieser beiden Verbrauchs- und Lebensmittelsteuern so ungeheuerlich, daß man sich wundern muß, derartige Steuerarten heute noch in modernen Staaten vorzufinden. Es ist noch viel zu wenig bekannt, wie schwer die breiten Volksmassen, also gerade die minderleistungsfähigen Kreise, von den indirekten Verbrauchs- und Verkehrssteuern betroffen werden, und am meisten wird man bedauern müssen, daß es das Reich ist, welches seine Steuerwirtschaft ganz auf die rücksichtslose und ungerechtigste Besteuerung aufgebaut hat. Nun droht dem Verzehr und Verkehr abermals die Gefahr indirekter Besteuerung durch das Reich. Wir wollen an der **Provinz Sachsen** zeigen, welche enormen Summen auf diesem indirekten Wege bereits heute aus der Bevölkerung herausgepreßt werden.

Die unverständigste indirekte Steuer ist die Salzsteuer. Sie belastet jedes Pfund Salz mit 6 Pf. Auf den Kopf werden jährlich 16 Pfund verbraucht, so daß die jährliche Steuerlast pro Person 1 Mk. beträgt. Ein Arbeiter mit 5 Kindern hat also jährlich allein 7 Mk. Salzsteuer zu zahlen, das ist mitunter viel mehr, als seine Einkommensteuer beträgt. Die Provinz Sachsen leistet 5,7 Mill. Mk. Salzsteuer. Da hier für auswärts mit produziert wird, fließt allerdings ein Teil wieder zurück. Das gleiche gilt für den Zucker, den die Wissenschaft nicht mehr als Genußmittel, sondern als vorzügliches Nahrungsmittel ansieht. Die Zuckersteuer verteuert das Pfund um 7 Pf. Da der jährliche Verbrauch pro Kopf 14½ Kilogramm ist, beträgt die Belastung auf die Person jährlich 2 Mk. Auf unsere Provinz als Hauptproduzent von Zucker kommen fast 40 Millionen Mark Steuern, die wie beim Salz zum Teil zurückerstattet werden. Das Bier liefert in der Provinz Sachsen, abgesehen von der vielfach noch vorhandenen Gemeindebesteuerung, an Brausteuer usw. 6,4 Mill. Mk., und der Tabak 6,38 Mill. Mk. **Es kamen also allein auf die vier Objekte Salz, Zucker, Bier und Tabak aus der provinzsächsischen Bevölkerung über 58 Millionen Mark indirekte Reichssteuern.**

Für sämtliche indirekte Reichssteuern, also auch für die Leuchtmittel, Zündwaren usw. beträgt die durchschnittliche Kopfbelastung etwas über 10 Mk. Dazu kommt noch fast genau derselbe Satz an Zöllen (brutto 11 Mk.). Eine Familie mit 5 Kindern hat demnach dem Reiche eine alljährliche stille Abgabe von 150 Mk. zu leisten, und zwar der kleine Mann mit 900 Mk. Einkommen genau so wie der Millionär. Das charakterisiert den rohen Charakter der indirekten Steuern am schlagendsten und erklärt den Widerwillen, den die Mehrzahl der modernen Volkswirte gegen diese Steuerform hat. Gerade die Salzsteuer zeigt in ihren Einzelbestimmungen, wie ihr förmlich die Aufgabe aufgedrängt wird, die Nahrung zu verteuern; für die landwirtschaftliche oder gewerbliche Verwendung des Salzes bestehen Steuerbefreiungen, aber ausdrücklich nicht für solche Gewerbe, die Nahrungs- und Genußmittel bereiten. Etwas widersinnigeres läßt sich kaum denken.

Das Deutsche Reich ist ein Bundesstaat. Die Gliedstaaten sind auf eigene Finanzwirtschaft und Finanzgewalt angewiesen. Es machte große Schwierigkeiten, das Finanzwesen des Reiches und der Gliedstaaten so zu regeln, daß die Existenz beider Faktoren nicht gefährdet wird. Mit rücksichtsloser Konsequenz verfolgte Bismarck das Ziel, die Bundesstaaten sowohl vor neuen Steuern, als vor ungemessenen Reichsumlagen (Matrikularbeiträge) zu sichern. Obwohl die Reichsverfassung ebenso indirekte wie auch direkte Steuern zuläßt, wurde von Anfang an der Grundsatz durchgehalten, dem Reiche die indirekten Steuern (Zölle, Verbrauchs- und Stempelsteuern), den Gliedstaaten die direkten zuzuweisen. 1906 wurde diese Praxis durch Einführung der Reichserbschaftssteuer durchbrochen, und die Steuertheoretiker definierten sie „in steuertechnischem Sinne" einfach als indirekte Steuer. Ebenso erging es der Tantiemesteuer, bei der es sich doch offenbar um die Besteuerung eines speziellen Einkommens handelt. So wurde der Wirrwarr der direkten und indirekten Steuern immer mehr vergrößert. Mag man zur indirekten Steuer stehen wie man will, mag man selbst einen Unterschied zwischen Luxussteuern (auf Tabak, Sekt, Bier, Branntwein) und Steuern auf notwendige Lebens- und Verkehrsmittel machen. Das eine steht fest, daß es sehr unangebracht ist, dem kleinen Steuerzahler andauernd vorzurechnen, wie er nur wenig oder gar keine Einkommensteuer zahle. Er zahlt übergenug nach der andern, der indirekten Methode. Es ist eine durchaus falsche Ansicht Bismarcks, wenn er sagte: „Wer dahin strebt, daß in der Bevölkerung Zufriedenheit herrscht, der wird mehr für die indirekten Steuern sein." Denn das ist ja das gemeinste der indirekten Steuer, daß man sie nicht sofort greifbar fühlt. Wenn heute wieder neue derartige Lasten drohen, wenn sogar ein Staatsrechtslehrer wie Laband die Anregung nicht scheute, die Stempelsteuern „rationeller" auszugestalten und sie noch auf „Quittungen, Zeitungen und andere Objekte" auszudehnen, so sollte das Anlaß genug sein, das Problem der indirekten Steuern der schärfsten Kritik zu unterziehen.

Lützen. Schadenfeuer. Sonntag abend stand hier das Seitengebäude des Gasthofes Stadt Berlin in Flammen. Es brannte vollständig nieder. Mit ihm wurden eine große Menge Heu und die Warenniederlage des im Nachbargrundstücke sich befindlichen Eisenwarengeschäfts von Mittwoch vernichtet. Die Entstehung des Schadenfeuers ist unbekannt.

Querfurt. Achtung, Landtagswähler! Am 10., 11. und 12. April liegen während der gewöhnlichen Dienststunden im Stadtsekretariate die Urwählerlisten zur Einsicht aus. Für diejenigen, welche nicht imstande sind, die Wählerliste selbst einzusehen, wird der Genosse Behrend dasselbe besorgen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen Wählers, sich sofort in eine beim Genossen Behrend im Konsumverein ausliegende Liste einzuzeichnen. Es ist auch Pflicht eines jeden Wählers, sich sein weniges Recht auch wirklich zu sichern.

Mücheln. Sind das die Erfolge der Fürsorgeerziehung? Der Fürsorgezögling Heinrich Dünnhaupt aus Schönebeck war zum Bäckermeister Naumann in Mücheln in die Lehre gebracht worden. Dort rückte er aus, nächtigte in einer Feldscheune und kehrte an einigen Morgen zum Lehrmeister zurück und stahl aus der Ladenkasse Geldbeträge sowie Brot und Wurstwaren. Die Naumburger Strafkammer verurteilte den Jungen zu sechs Monaten Gefängnis. Ob er von dort „gebessert" zurückkehren wird?

Laucha. Großfeuer. Sonnabend nachmittag brannte der neue Zuckerboden der hiesigen Zuckerfabrik, auf welchem 26 000 Zentner Zucker lagerten. Der Schaden soll einige hunderttausend Mark betragen, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Delitzsch. Protest gegen den Rüstungswahn. Am Sonntabend fand auch hier eine Volksversammlung statt. Da über das zeitgemäße Thema: Die neue Militärvorlage, eine wirkliche Kriegsgefahr! gesprochen wurde, hatte es sich die Arbeiterschaft nicht nehmen lassen, recht zahlreich zu erscheinen. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Gen. Raute-Eilenburg, fand lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Diskussion erreichte die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Düben. Neue Industrie? Mit dem Kohlenabbau in der Hühnermark und dem angrenzenden Gelände wird wahrscheinlich in nächster Zeit begonnen werden. In den letzten Tagen sind wieder Verträge mit den in Frage kommenden Feldbesitzern geschlossen worden. Wie verlautet, beabsichtigt eine Elektrizitäts-Gesellschaft die Kohle zur Erzeugung von Elektrizität zu verwerten und in der Nähe eine neue Kraftstation zu erbauen.

Helfta. Die „Wunderglocken" von Helfta. Die älteste Glocke Deutschlands, die sich in der hiesigen St. Georgskirche befindet, die sogenannte Wunderglocke, ist jetzt „außer Betrieb" gesetzt worden. Die Glocke hat einen größten Durchmesser von 1,09 und eine Gesamthöhe von 1,30 Metern. Die Inschriften (Spiegelschrift) bestehen aus einem Gemisch von römischen und frühgotischen Schriftzeichen. Nach Prof. Dr. Grössler lauten sie auf deutsch: „Sei gegrüßt Maria du Gnadenreiche, der Herr ist mit dir. Im Jahre 1234 bin ich gestiftet worden," und: „Jesus von Nazareth, König der Juden. Aus so viel Zentnern bin ich 18." Im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit schrieb man den Inschriften geheime Kraft zu; Kranke und Gebrechliche sollten durch ihr Berühren geheilt werden. (!) Damals war die Glocke das Wallfahrtsziel vieler Tausende, die sogar aus Frankreich und Spanien nach Helfta pilgerten. Vor kurzem nun erhielt die Glocke einen 70 Zentimeter langen Riß. Die Reparaturen, die von den ersten deutschen Glockengießern vorgenommen wurden, erwiesen sich als umsonst; die Glocke hat ihren Ton nicht wieder erlangt. Die Gemeinde hat deshalb eine neue Glocke anfertigen lassen. Das Schicksal der alten „Wunderglocke" steht noch nicht fest.

Hettstedt. Selbstmord. Mit einem Jagdgewehr erschossen hat sich am Sonnabend in seiner Wohnung der 70jährige frühere Getreidehändler Richard Baluschek. Da der Verstorbene in den besten Verhältnissen lebte, so mag nur sein krankhafter Zustand die Ursache zu der bedauernswerten Tat gewesen sein.

Leimbach. Unglück im Schacht. Auf dem Freieslebensschacht verunglückte der 26jährige Hauer Gustav Gesting bei der Bohrarbeit, indem er auf einen sitzengebliebenen Schuß kam. An Kopf und Armen schwer verletzt, wurde der Verunglückte nach Anlegung eines Notverbandes in die Hallesche Augenklinik überführt.

Sangerhausen. Die Urwählerliste für die Landtagswahl liegt nur noch bis morgen, Mittwoch, im Zimmer 3 des Rathauses innerhalb der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Wer die Liste noch nicht auf ihre Richtigkeit hin geprüft hat, beeile sich, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, seines Wahlrechts verlustig zu gehen.

Kölleda. Die Eröffnung des Stadtbades soll im Mai oder Juni erfolgen. Nach den in der letzten Stadtverordneten-Sitzung genehmigten Betriebsbestimmungen wird das Bad geöffnet sein Mittwochs und Sonnabends von vormittags 8 Uhr bis abends ½9 Uhr, sowie Sonntags von 7 bis 12 Uhr. Die Dauer eines Bades mit Aus- und Ankleiden soll im Brausebad 20, im Wannenbad 40 Minuten nicht überschreiten. Es kosten ein Brausebad 15 Pf., Wannenbad 1. Klasse 60 Pf., Dutzend 6 Mk.; Wannenbad 2. Klasse 40 Pf., Dutzend 4 Mk.; Schulbrausebad 5 Pf., Dampf- und medizinische Bäder nach besonderem Tarif.

Naumburg. Ein gestürzter Sittenwächter. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Lehrer Harnisch wegen einer ganzen Anzahl unsittlicher Verfehlungen an größeren Schulmädchen zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich schuldig, daß er sich seit 1908 sowohl in den Schul-, wie auch in den Nachtstunden an acht größeren Mädchen vergangen habe, ebenso wurde er von einer jetzt verheirateten Frau schon aus früherer Zeit belastet. Harnisch wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwaltsantrag lautete auf zwei Jahre Zuchthaus. Wegen seines Pflichteifers auf dem Gebiete war der gewesene „Sittenwächter" oben gut angeschrieben.

Zeitz. Ins Gefängnis wegen Landratsbeleidigung. Der politische Redakteur des Volksboten, Genosse Stroinsky mußte am Montag auf zwei Monate ins Gefängnis wandern, weil er den Weißenfelser Landrat beleidigt haben soll. Er hat sich im vorigen Jahre energisch für die Interessen der Naundorfer Einwohner ins Zeug gelegt, und dafür muß er nun die schönste Zeit des Jahres hinter schwedischen Gardinen verbringen. Auch wir hoffen, daß unser Genosse die vielfeitigen Gefahren der Gefängnisluft ohne dauernde Gesundheitsschädigungen übersteht, damit er nach der „Besserungszeit" im Kampfe für die Befreiung des Proletariats wiederum wie seither seinen Mann stellen kann.

Vereine und Versammlungen.

Merseburg. Heute, Dienstag, abends ½9 Uhr, Frauen-Diskussionsabend in der Kaiser-Wilhelmshalle.

Soziales.

Säuglingsfürsorge.

Um der ungeheuer umfangreichen Sterblichkeit der Säuglinge mit Erfolg entgegenzutreten, will die Stadt Dortmund ein Säuglingsheim errichten. Namentlich die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen unehelichen Kinder ist dort unverhältnismäßig hoch. Es starben im Jahre 1911 40,12 Prozent der unehelich geborenen Kinder im ersten Lebensjahre. Bei den ehelich geborenen Kindern war das Sterblichkeitsverhältnis im Jahre 1911 18,01 Proz. — Das neue Säuglingsheim soll im eigenen städtischen Gebäude untergebracht werden und „vornehmlich zur Behandlung, Pflege und Wartung armer und kranker sowie unehelich geborener Kinder bestimmt" sein. Es soll 100 Betten enthalten, wovon 70 für Säuglinge bestimmt sind. Im ganzen wird die Anlage 300 000 Mk. kosten, worin die Grunderwerbskosten noch nicht einbegriffen sind. — Eins ist an der Geschichte merkwürdig: Es waren die Sozialdemokraten, die seit ihrem Eintritt in das Stadtparlament nachdrücklichst eine systematische und zweckentsprechende Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit forderte. Jetzt wird diesem Verlangen Rechnung getragen aus Anlaß — des Regierungsjubiläums Wilhelms II.

Versammlungsberichte.

Handlungsgehilfen. In der durch Kollegen Sanow eröffneten Monatsversammlung sprach Kollege Möller in beifällig aufgenommener Weise über Das Wesen der Börse. Kollege Sanow ersuchte die Mitglieder, sich in einer aufliegenden Liste zur Teilnahme an den demnächst beginnenden Kursen in Rechnen, Stenographie und Schreibmaschine einzuzeichnen. Gegen die Konkurrenzklausel wurde an den Reichstag eine Eingabe abzusenden beschlossen. Sodann wurde über die Art der Einkassierung der Beiträge für das geplante gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen Volksfürsorge beraten. Nach einer von den Kollegen Gelhaar, Möller und Friedrich geführten Debatte beschloß die Versammlung einstimmig, dem zweiten Vorschlage, der bezirksweise gegliederten Inkassoorganisation, beizutreten. Zum Schlusse gab Kollege F. einen kurzen Bericht über den Osterausflug nach Merseburg. Nach Schluß der gutbesuchten Versammlung fand ein gemütliches Beisammensein statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130409-12/fragment/page=0010